

Jahresbericht 2022

Berliner Register

zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin



Inhalt

Einleitung	03
Berlin im Jahr 2022	04
Charlottenburg-Wilmersdorf	08
DOSTA-Jahresbericht 2022	12
Friedrichshain-Kreuzberg	13
Lichtenberg	17
EACH ONE Beratung	20
Marzahn-Hellersdorf	21
Mitte	25
Neukölln	29
<i>Die Zahlen im Detail</i>	32
<i>Feindschaft gegen trans Menschen auf dem Vormarsch</i>	37
Pankow	39
Reinickendorf	43
KIDs - Kinder vor Diskriminierung schützen	46
Spandau	47
RIAS - Antisemitische Vorfälle 2022	51
Steglitz-Zehlendorf	53
Die LADS-Ombudsstelle stellt sich vor	56
Tempelhof-Schöneberg	57
Treptow-Köpenick	60
<i>Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin</i>	63

Impressum

Koordination der Berliner Register

Post: pad gGmbH
Kastanienallee 55, 12627 Berlin
Mail: info@berliner-register.de
Tel.: 01590 - 13 07 803

Die jeweiligen Artikel wurden von den bezirklichen Registerstellen oder der Koordinierungsstelle verfasst.

Redaktion: Kati Becker
Layout: Michael Mallé
Auflage: 1.000 Stück
Stand: August 2023
Fotos: Berliner Register

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, Kastanienallee 55, 12627 Berlin



Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.



Einleitung

Wir leben in einem Zeitalter existenzbedrohender Krisen und globaler Veränderungen. Die Corona-Pandemie führte uns vor Augen, dass kein Winkel der Erde unabhängig von allen anderen existieren kann. Auch wenn die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie Erfolg zeigten und im März 2022 weitestgehend ausliefen, bleibt unklar, welche Langzeitfolgen Covid-19 haben wird und wann die nächste Pandemie ausbricht. Ende Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine erneut. Ein Krieg, der undenkbar erschien, nach dem Leid, das der erste und zweite Weltkrieg verursacht hatten. Er machte uns bewusst, wie zerbrechlich der Frieden in Europa ist.

Flucht- und Migrationsbewegungen, die zunehmenden Folgen des Klimawandels, hohe Energie- und Lebensmittelpreise, bedingt durch eine weltweite Inflation und die Angst davor, keinen Wohnraum zu finden oder die Miete nicht mehr bezahlen zu können, trieben die Menschen nicht nur in Berlin um.

Der gesellschaftliche Wandel wird öffentlich debattiert. Dort, wo Minderheiten ihre Perspektiven in die Öffentlichkeit tragen, werden sie mit gegensätzlichen Meinungen und Abwehr konfrontiert. Die Positionen zwischen denjenigen, die gesellschaftlichen Wandel einfordern, und denen, die auf alte Muster beharren, verhärten sich. So wird beispielsweise zunehmend die historische Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen während des Kolonialismus thematisiert. Damit einher gehen Forderungen „Raubkunst“ in deren Herkunftsländer zurückzugeben oder Straßen, die die Namen von Kolonialverbrechern tragen, umzubenennen. Eine weitere öffentliche Auseinandersetzung beeinflusste die Zahl der LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle in Berlin. Der Vorstoß, das seit 1980 geltende diskriminierende Transsexuellengesetz, mehr als 40 Jahre nach

seiner Einführung durch ein Selbstbestimmungsrecht zu ersetzen und den Umgang mit Transsexualität an wissenschaftliche Erkenntnisse und gesellschaftliche Realitäten anzupassen, führte ebenso zu Gegenbewegungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Diese Krisen und Debatten sind nicht lokal auf Berlin oder Deutschland beschränkt, sondern betreffen viele Länder und sie werden uns in Zukunft begleiten. Die Reaktionen auf gesellschaftlichen Wandel und Krisen fallen unterschiedlich aus. Sie werden geleugnet, z.B. der Klimawandel, das Corona-Virus oder die Existenz von trans Menschen. Es wird mit vereinfachenden Verschwörungserzählungen auf die Komplexität von Entwicklungen reagiert. Auch Falschinformationen im Rahmen politischer Kampagnen, bei denen Fakten und Fiktion nur noch schwer voneinander zu trennen sind, tragen zur Verhärtung inhaltlicher Positionen bei, die in der extremen Rechten stark verbreitet sind.

Die dokumentierten Vorfälle der Registerstellen zeigen, welche Auswirkungen diese politischen Debatten auf der Straße für Betroffene haben, aber sie zeigen auch, wieviele Betroffene dem etwas entgegensetzen. Jede Meldung kommt von einer Person, die Diskriminierung und Ausgrenzung beobachtet oder selbst erlebt hat und sie ablehnt. Immer mehr Menschen beteiligen sich mit ihren Vorfallsbeschreibungen an der Erstellung der Lagebilder der Berliner Register und jedes Jahr kommen weitere Anlaufstellen in den Bezirken dazu. Wir danken an dieser Stellen allen, die Vorfälle melden und denjenigen, die uns als Anlaufstelle unterstützen! Ihr macht den Unterschied!

Die Berliner Registerstellen,
August 2023

Inhaltliche Kategorien:

- Rassismus mit den drei Unterkategorien
 - Antiziganismus (z.B. Feindschaft gegen Feindschaft gegen Rom*nja und Sinti*zze)
 - Antimuslimischer Rassismus
 - Rassismus gegen Schwarze Menschen/ Anti-Schwarzer Rassismus
- Antisemitismus (z.B. Feindschaft gegenüber Jüd*innen)
- LGBTIQ*feindlichkeit (richtet sich gegen Lesben, Schwule, bi-, trans-, intersexuelle und queere Menschen)
- Antifeminismus
- Sozialchauvinismus (z.B. Feindschaft gegen Obdachlose)
- Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung/ Ableismus
- Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus
- Rechte Selbstdarstellung (z.B. Propaganda die für extrem rechte Gruppen wirbt)
- Politische Gegner*innen (der extremen Rechten)

Berlin im Jahr 2022

Vorfälle spiegeln gesellschaftliche Reaktionen auf globale Entwicklungen wider

Im Jahr 2022 erfassten alle Berliner Registerstellen zusammen 4.156 Vorfälle (2021: 4.841). Das ist ein Rückgang von ca. 700 Vorfällen und 14 Prozent weniger gegenüber dem Vorjahr. Im Durchschnitt wurden pro Tag ca. 11 Vorfälle dokumentiert. Abgenommen haben Vorfälle, die im Zuge der Corona-Pandemie angestiegen waren. Die beiden Ausnahmen, in denen Anstiege verzeichnet wurden, waren die Veranstaltungen und LGBTIQ*-feindliche Vorfälle.

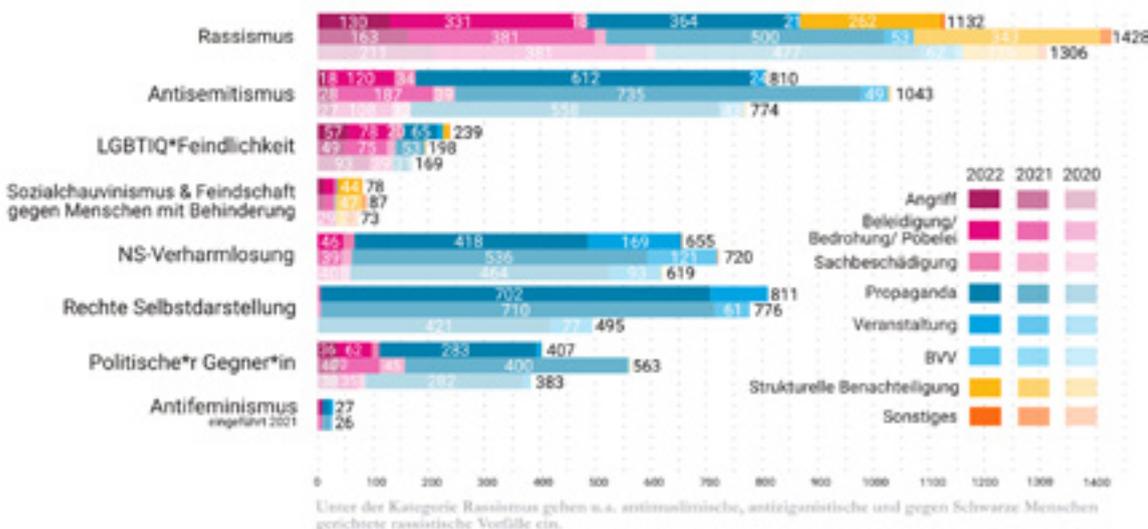
Auslaufen der Corona-Maßnahmen – Ausbruch des Krieges in Ukraine

Anfang März des Jahres 2022 endeten viele der Maßnahmen, die zur Eindämmung der Corona-Pandemie erlassen worden waren. Einschränkungen im öffentlichen Leben, das Tragen von Masken und die Impfpflicht in einigen Berufsfeldern waren bis zu diesem Zeitpunkt noch Anlass für Verschwörungsglauben und Protest.

Durch die „Spaziergänge“ der Querdenker*innen waren bundesweit bis zum Frühjahr 2022 antisemitische Vorfälle angestiegen. Auch NS-Vergleiche waren an der Tagesordnung. Dass die Maßnahmen jemals auslaufen würden, hatte das protestierende Milieu nicht erwartet. Als Ende Februar 2022 der Krieg Russlands gegen die Ukraine startete, wurde in den verschwörungsideologischen Kanälen, die zuvor die Corona-Pandemie thematisiert hatten,

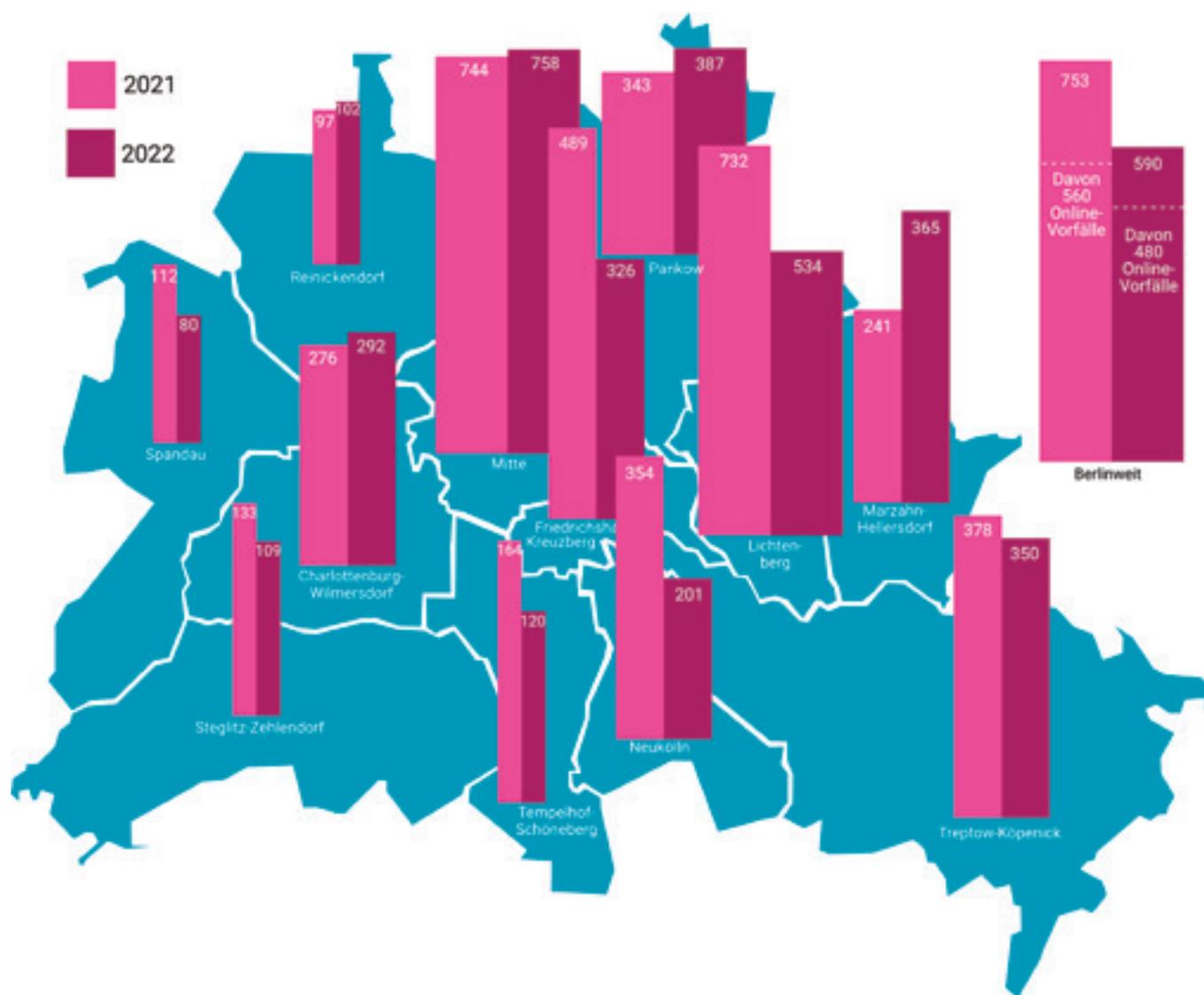
das neue Thema aufgegriffen. Der Protest gegen die Corona-Maßnahmen verebte und mit ihm die „Spaziergänge“ und ein Teil der antisemitischen und NS-verharmlosenden Propaganda. Judensterne mit der Aufschrift „Ungeimpft“ und zahlreiche antisemitische Kommentare im Internet hatten das Vorjahr geprägt. Diese nahmen nun ab. Dass die Propagandavorfälle um fast 500 Fällen sanken, hat noch einen anderen Grund. Gegen einen Online-

2022: 4156 Vorfälle in Berlin
 2021: 4841 Vorfälle in Berlin
 2020: 3822 Vorfälle in Berlin



Vorfallsarten:

- Propaganda (z.B. Aufkleber und Schmierereien)
- Veranstaltungen
- Angriffe (z.B. Körperverletzung, massive Bedrohungen)
- Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien
- Sachbeschädigungen (z.B. an Gedenktafeln oder Stolpersteinen)
- Strukturelle Benachteiligung (z.B. behördliche Diskriminierung)
- Sonstiges



Versand aus Halle (politaufkleber.de), der Sympathisant*innen und Mitglieder der rechten Szene in den vergangenen Jahren massenhaft und niedrighschwellig mit Aufklebern versorgte, wurden strafrechtliche Schritte eingeleitet. Der Versand existiert nicht mehr, der Nachschub fehlte und konnte bisher nicht aus anderen Quellen gedeckt werden. Vor allem in Lichtenberg und in der Region um den Boxhagener Platz in Friedrichshain wurden deutlich weniger Aufkleber des extrem rechten Versandhandels angebracht.

Das neue Thema Krieg in der Ukraine konnte nicht das Mobilisierungspotenzial entwickeln, dass die Anti-Corona-Maßnahmen bis zum Frühjahr 2022 entfaltet hatten. Die Zahl der Demonstrationen stieg zwar (2022: 341; 2021: 294), aber nicht die Zahl der Teilnehmer*innen. Bei einem erheblichen Anteil der Demonstrationen handelte es sich um wöchentlich stattfindende Kundgebungen des Reichsbürger*innenspektrums im Berliner Bezirk Mitte, die zwischen 10 und 25 Teilnehmer*innen verzeichneten. Personen, die 2020 und 2021 die Sorge geteilt hatten, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wären nur ein Vorwand, um demokratische Grundrechte dauerhaft einzuschränken, protestierten 2022 kaum noch. Es kamen jedoch neue Personengruppen zu den Verschwörungsgläubigen hinzu: Menschen aus der Friedensbewegung und aus linken Strömungen, die traditionell anti-imperialistisch, anti-kapitalistisch und anti-amerikanisch eingestellt sind. NS-Vergleiche blieben an der Tagesordnung und stiegen bei den Veranstaltungen an.

Angriffe sinken – Informationen der Ermittlungsbehörden fehlen

Die Zahl der Gewalttaten ist um 39 Vorfälle gesunken (2022: 255; 2021: 294). Während sich die Zahl der Meldungen über Gewalttaten aus zivilgesellschaftlichen Quellen erhöhte, sanken die Angriffe, die über Pressemeldungen der Polizei veröffentlicht wurden. Trotz des Rückgangs änderten sich die Verteilung der Motive der Angriffe und die Verteilung über die Bezirke kaum. Die meisten Gewalttaten waren rassistisch motiviert, an zweiter Stelle kamen die Gewalttaten gegen LGBTIQ*-Personen, an dritter die gegen politische Gegner*innen und an vierter Stelle antisemitische Angriffe.

Innerstädtische Regionen, in denen sich viele Menschen aufhielten oder durchreisten, wiesen mehr Angriffe auf als weniger dicht besiedelte Ortsteile am Rand der Stadt. Der Bezirk Mitte lag mit 63 Angriffen weiterhin an erster, Friedrichshain-Kreuzberg mit 36 Gewalttaten an zweiter Stelle. Es folgten Pankow mit 28 und Neukölln mit 21 Angriffen.

Strukturelle Benachteiligungen sinken – weniger Meldungen aus Beratungsstellen

Die Zuversicht der vergangenen zwei Jahre, dass das Dunkelfeld von Diskriminierungen mit dem Bekanntheitsgrad von Dokumentationsstellen kleiner wird, wurde für das Jahr 2022 gedämpft. Die Zahl der erfassten strukturellen Benachteiligungen nahm von 389 im Jahr 2021 auf 316 Vorfälle im Jahr 2022 ab. Diese Mel-

Inhaltliche Zuordnung der strukturellen Benachteiligungen



dungen stammten in den vorhergehenden Jahren überwiegend aus Antidiskriminierungsberatungsstellen und spezifischen Dokumentationsstellen, die Antiziganismus, anti-Schwarzen und anti-muslimischen Rassismus erfassen. Der Rückgang von ca. 80 Fällen verteilt sich nicht gleichmäßig auf die Themenfelder, sondern konzentriert sich allein auf den Bereich Rassismus. Im Abgleich mit den Dokumentationsstellen gab es kein Defizit im Vergleich zum Vorjahr, aber einige Beratungsstellen, die 2021 Vorfälle übermittelt hatten, taten dies 2022 nicht.

Eine der Ursachen ist die Belastung der Beratungsstellen durch den Zuzug von Geflüchteten aus der Ukraine nach Berlin. Sie und andere Sozialarbeitende waren im Alltag am Limit, weil sie existenzielle Probleme der Zugezogenen bearbeiteten. Die Palette der Themen betrafen Unterkunft und Wohnraum, Schulbesuch, Arbeitssuche und Aufenthaltsbescheinigungen. Die Beratungsstellen, die auch ohne den Zuzug Geflüchteter häufig unterbesetzt sind, hatten kaum Ressourcen, um der Dokumentation der Registerstellen Diskriminierungsfälle zuzuarbeiten. Für das Jahr 2022 muss daher von einem großen Dunkelfeld an struktureller Benachteiligung, die einen rassistischen Hintergrund hatte, ausgegangen werden. Denn ehrenamtliche Helfer*innen und Sozialarbeiter*innen, die am Hauptbahnhof oder am Landesamt für Flüchtlinge (LAF) eingesetzt waren oder sich engagierten, berichteten den Kolleg*innen der Registerstellen von diversen Diskriminierungen, die Schwarze Geflüchtete und Rom*nja aus der Ukraine betrafen. Diese wurden nicht als Vorfälle gemeldet, sondern während der Gespräche beschrieben. Auch Fälle von Racial-Profiling wurden weniger gemeldet.

Vorfälle mit Ukraine-Bezug

Für das Jahr 2022 wurden 259 Vorfälle dokumentiert, in denen der Krieg in der Ukraine im Vordergrund stand. Schwerpunkt dieser Vorfälle waren Veranstaltungen, die den Nationalsozialismus verharmlosten sowie Fälle von Diskriminierung, die Schwarze Menschen und Rom*nja betrafen, die aus der Ukraine geflüchtet waren und Propagandavorfälle, in denen Akteur*innen der extremen Rechten auf den Krieg Bezug nahmen, entweder pro Ukraine („III. Weg“) oder pro Russland (Compact, AfD).

Die zeitliche Verteilung (siehe Grafik S.7) der Vorfälle zeigt, dass die strukturellen Benachteiligungen mit Ankunft der Geflüchteten im März und April und später im August ihre Höhepunkte erreichten. Die dokumentierten Veranstaltungen setzten sich aus unterschiedlichen Spektren zusammen und waren ausnahmslos pro-russisch. Wurden im März nur 2 Veranstaltungen mit Ukraine-Bezug erfasst, so waren es im Oktober und November schon über 20 pro Monat. Verschwörungsideolog*innen und sogenannte Reichsbürger*innen vermischten sich mit Aktivist*innen der

Friedensbewegung und einigen Linken, deren Fundament eine antisemitische Kapitalismuskritik bildet. Die extreme Rechte hatte keine einheitliche Position zum Krieg gegen die Ukraine. „Der III. Weg“ positionierte sich für die Ukraine, das Compact-Magazin blieb seiner Sympathie zu Putin und Russland treu.

Der Krieg in der Ukraine mobilisierte im Jahr 2022 weniger Menschen zu verschwörungsideologischen Demonstrationen als die Corona-Maßnahmen in den Jahren 2020 und 2021 es vermochten. Im Frühjahr 2022 konnte man den Eindruck gewinnen, das Thema der Querdenker*innen würde durch den Krieg ersetzt werden. Der Eindruck erhärtete sich nicht. Stattdessen sind diejenigen Protestierenden geblieben, die vor der Pandemie rassistische Veranstaltungen organisiert hatten, diejenigen, bei denen sich der Verschwörungsglaube verfestigt hat, und Menschen aus der Friedensbewegung und der Linken, die sich nicht von Reichsbürger*innen und weiteren Akteur*innen der extremen Rechten distanzieren. Im Verlauf der Pandemie hatten sich Menschen, die der Impfung und den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gegenüber skeptisch waren, in sozialen Netzwerken (z.B. Telegram, Facebook, Instagram, Twitter) Bestätigung gesucht und diese bei extremen Rechten und sogenannten Alternativmedien gefunden. Dadurch hat sich in diesem Spektrum eine Akzeptanz gegenüber extrem rechten Ideologien entwickelt. Eine ähnliche Entwicklung war bei den Protesten gegen den Krieg in der Ukraine im Jahr 2022 zu beobachten. Teile der pro-russischen Demonstrationen sind weder Neonazis, noch sympathisieren mit ihnen. Sie lassen aber zu, dass Akteur*innen der extremen Rechten mit ihnen demonstrieren und ihre Propaganda verbreiten.

Anstieg transfeindlicher Vorfälle – Vom Netz auf die Straße

Bis 2020 prägten Gewalttaten gegen schwule Männer, die bei der Polizei angezeigt worden waren, die Kategorie LGBTIQ*-Feindlichkeit. In den vergangenen beiden Jahren 2021 und 2022 verstärkten die Registerstellen ihre Netzwerkarbeit im Themenfeld LGBTIQ*-Feindlichkeit. Außerdem wurde ein Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit auf die unterschiedlichen Zielgruppen der LGBTIQ*-Community in Berlin gelegt.

Dies führte dazu, dass trotz des Rückgangs von Meldungen der Polizei die Zahl der Vorfälle in diesem Themenfeld anstieg. Im Jahr 2022 waren es 239 Vorfälle (2021: 199; 2020: 169; 2019; 222). Es stellt sich die Frage, woher die zusätzlichen Vorfälle stammen und was für Vorfälle dazugekommen sind. Einzelpersonen, die ihre Beobachtungen oder Erlebnisse direkt an die Registerstellen meldeten, und Fälle der Beratungsstelle L-Support machen den Anstieg aus.

Im Jahr 2019 gab es weder eine Pandemie, noch hinderte der Datenschutz die Übermittlung von Informationen über angezeigte Straftaten durch die Polizei. Dementsprechend hoch war die Zahl der Angriffe. Das Jahr 2020 war von der Pandemie und den Lockdowns geprägt. Bars und Clubs waren geschlossen, der Christopher Street Day wurde nicht als Parade gefeiert. Angriffe auf LGBTIQ*-Personen wurden nicht mehr in den Partykneipen, sondern in Wohngebieten der Stadt verübt. Durch den Rückzug ins Private gab es weniger Vorfälle auf der Straße. 2021 ist mit der Wiederaufnahme des öffentlichen Lebens ein Anstieg LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle zu beobachten. Im ersten Quartal 2021 waren noch Daten zu Hasskriminalität in einer parlamentarischen Anfrage veröffentlicht worden, für die letzten drei Quartale 2021 nicht mehr. Dadurch nahm die Zahl der Körperverletzungen in der Statistik ab. Es ist davon auszugehen, dass weiterhin LGBTIQ*-feindliche Körperverletzungen zur Anzeige bei der Polizei gebracht werden, für die Registerstellen sind sie jedoch unsichtbar. Das Dunkelfeld ist 2021 und 2022 durch den Datenschutz größer geworden.

Auch die extreme Rechte, wie „Der III. Weg“, nutzte Queerfeindlichkeit in ihrer Propaganda.

Hinzu kam, dass ähnlich dem Themenfeld Rassismus, die Pandemie dazu geführt hat, dass sich Betroffene von queerfeindlichen Vorfällen in sozialen Netzwerken organisierten und dadurch an Öffentlichkeit und Sichtbarkeit gewannen. Sie erfuhren zudem Solidarität, wenn sie einen Angriff auf sie veröffentlichten.

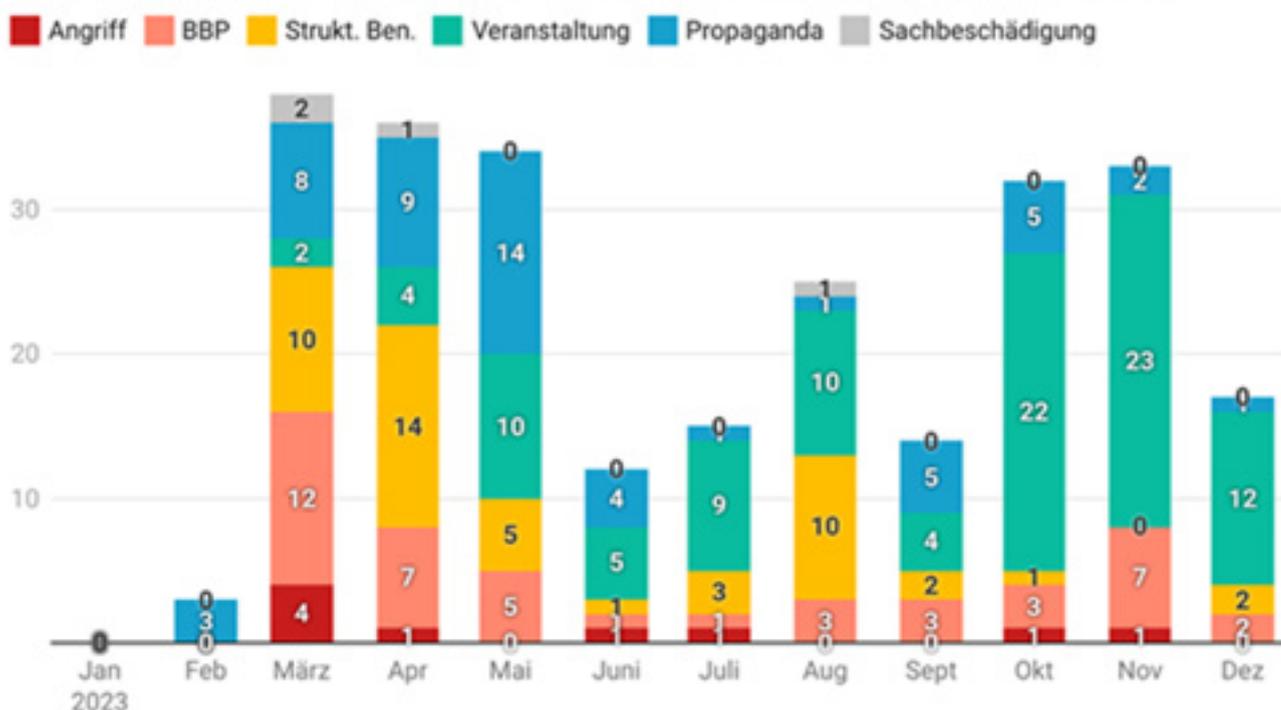
Der Anstieg insbesondere transfeindlicher Vorfälle, der im Jahr 2022 zu beobachten war, ist erstaunlich, denn es gibt deutlich weniger sichtbare trans als beispielsweise schwule Menschen in Berlin. Es gibt weniger Treffpunkte, weniger Beratungsangebote und kaum Clubs oder Partys, die sich ausschließlich an trans oder inter Menschen richten. Mittlerweile sind die Angriffe und die Beleidigungen und Bedrohungen gegen sie auf dem gleichen Niveau wie die gegen schwule Männer, und das bei deutlich weniger potenziell Betroffenen.

Tödliche Attentate gegen queere Menschen gab es im Juni 2022 in Oslo, im Oktober in Bratislava und im November in Colorado Springs (USA). Auch der tödliche Angriff auf Malte C. im August 2022 bei der Parade des Christopher Street Day in Münster und die offene Hetze ultrakonservativer Politiker*innen in den USA und Großbritannien versetzten die trans-Community in Angst und Sorge.

Die Abschaffung des Transsexuellengesetzes, das seit 1981 gilt, und der Ersatz durch das geplante Selbstbestimmungsgesetz für trans- und intergeschlechtliche Menschen heizt auch in Deutschland die Gemüter an. Wertkonservative Akteur*innen verbreiteten Falschinformationen, um die Vorstellung, das Geschlecht sei unveränderbar, weiterhin zu zementieren. Von der gesellschaftlichen Akzeptanz für homo- und bisexuelle Menschen profitieren trans und intergeschlechtliche Menschen aktuell noch nicht. Sie organisieren sich zunehmend, sind dadurch sichtbarer geworden, aber auch angreifbarer.

Die Berliner Register erfassen seit 6 Jahren in allen Bezirken Vorfälle. Seitdem hat sich viel verändert. Die Kategorien, in welche die Vorfälle eingeordnet werden, helfen dabei, zu verstehen, wie die Menschen in dieser Großstadt auf gesellschaftlichen Wandel reagieren und wie sie selbst dazu beitragen. Die Vorfälle bilden Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten in unserer Gesellschaft ab, aber sie zeigen auch, dass sich der Kampf dagegen lohnt. Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich langsam, die Dokumentation der Berliner Registerstellen begleitet und beschreibt ihn.

Verteilung der Vorfälle mit Ukraine-Bezug im Jahr 2022

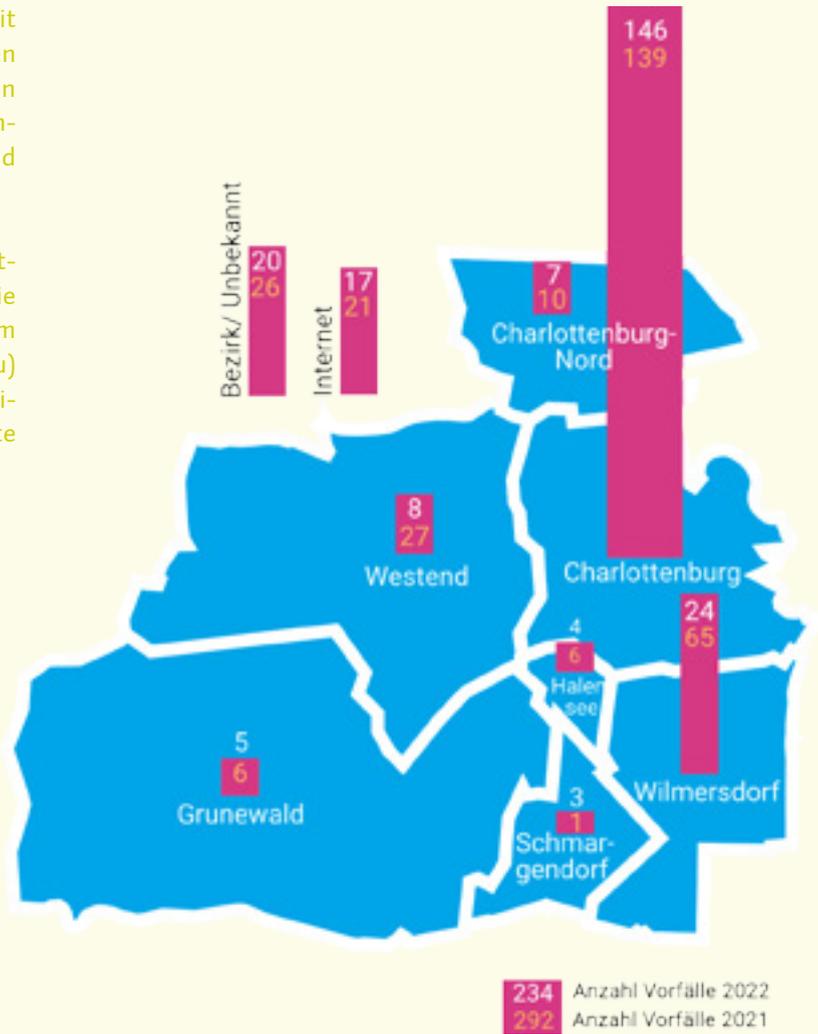




Charlottenburg-Wilmersdorf

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk mit über 340.000 Bewohner*innen. Hier befinden sich die City West, die neben der historischen Mitte eine Zentrumsfunktion in Berlin einnimmt, zentrale Verkehrsknotenpunkte und touristische Attraktionen.

In den lokalen Zentren der Ortsteile Charlottenburg und Wilmersdorf werden jährlich die meisten Vorfälle dokumentiert. Vor allem im Berliner Westen sitzen verschiedene (Neu) Rechte Institutionen, die wichtige Kommunikations- und Vernetzungspunkte für das rechte Spektrum darstellen.



„III. Weg“-Kerze am Breitscheidplatz

Queer-feindliche Schriftzüge am CO Berlin



Kontakt: Register Charlottenburg- Wilmersdorf

Schloßstr. 19
14059 Berlin

Tel.: 0163 - 081 21 28

Mail: cw@berliner-register.de

Twitter: @RegisterCW

Instagram: @RegisterCW

Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2022

Im Jahr 2022 wurden in Charlottenburg-Wilmersdorf insgesamt 234 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle dokumentiert. Diese Zahl entspricht einem Rückgang von etwa 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2021: 292). Damit sind die Zahlen etwa auf dem gleichen hohen Niveau wie vor der Corona-Pandemie. 2019 betrug die Gesamtzahl der Vorfälle 243.

Durchschnittlich ereignet sich alle ein bis zwei Tage ein diskriminierender Vorfall im Bezirk. Die meisten Vorfälle, 62 Prozent der Gesamtzahl, wurden im Ortsteil Charlottenburg (2022: 146) gemeldet. Das liegt vor allem daran, dass sich dort zentrale Verkehrsknotenpunkte, wie der Bahnhof Zoologischer Garten sowie Einkaufsstraßen befinden. An den Wochenenden kommen Menschen, um im Europacenter einzukaufen oder auf dem Breitscheidtplatz eine Bratwurst zu essen. Dementsprechend halten sich dort viele Menschen auf, sei es tagsüber oder in den Nachtstunden. Da viele Menschen aufeinander treffen, kommt es dort immer wieder zu Situationen, in denen Menschen diskriminierendes und menschenverachtendes Verhalten im öffentlichen Raum artikulieren und aggressiv körperlich ausleben. So fand etwa ein Drittel der 19 körperlichen Angriffe 2022 in öffentlichen Verkehrsmitteln oder in Bahnhöfen statt. An belebten Orten beobachten zudem mehr Menschen die Taten und können sie dem Register melden.

Die meisten Meldungen im vergangenen Jahr betrafen **Propaganda**-Vorfälle. Über 100 Mal wurden dem Register Charlottenburg-Wilmersdorf Aufkleber, Flyer, Plakate oder Schmierereien gemeldet, die vor allem Werbung für extrem rechte Gruppierungen zeigten oder rassistische, antisemitische und NS-verherrlichende Inhalte abbildeten (2022: 123; 2021: 154). So wurde beispielsweise Ende Mai 2022 an einem Zaun am Spree-

ufer nahe der Helmholtzstraße in Charlottenburg mit schwarzer Sprühfarbe ein Hakenkreuz angebracht sowie der Schriftzug „AFD“.

Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien ereigneten sich mit 46 Vorfällen am zweithäufigsten, 2021 waren es 52. Dabei waren in 6 Fällen auch Kinder und Jugendliche von Beleidigungen betroffen. Anfang März beschimpfte im Preußenpark in Wilmersdorf ein 54-jähriger Mann auf einem Spielplatz jüdische Kinder, die aus der Ukraine geflüchtet waren, mit pro-russischen Äußerungen. 6 Bedrohungen richteten sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten (2021: 3). So erhielt eine Person über Social Media eine Morddrohung der türkischen extrem rechten „Grauen Wölfe“. Die Zahl der **Angriffe** ist weiter zurückgegangen (2022: 19; 2021: 24), was jedoch nicht als „Entwarnung“ verstanden werden kann. Vielmehr kann von einer Untererfassung ausgegangen werden. So wurde im Jahr 2021 die anonymisierte Weitergabe von Daten zu politisch motivierten Straftaten vom LKA an zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch die Register, eingestellt und lediglich 3 vom LKA erfasste Angriffe wurden dem Register durch eine kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus bekannt. Im vergangenen Jahr 2022 hingegen konnten nur noch die im Rahmen von Polizeimeldungen veröffentlichten Vorfälle aufgenommen werden. Die meisten Angriffe waren rassistisch motiviert (2022: 12; 2021: 12) und ereigneten sich oftmals in öffentlichen Verkehrsmitteln. So wurde zum Beispiel am 01.08.2023 einer schwangeren Frau im Bus in Wilmersdorf von einem Mann ins Gesicht gespuckt. Er stieß ihr in den Bauch und versuchte, ihr das Kopftuch herunterzureißen.

Im vergangenen Jahr wurden weniger Fälle von **struktureller Benachteiligung** dokumentiert (2022: 18; 2021: 26). Das sind Fälle, in denen Ämter, Behörden oder In-

stitutionen diskriminierend handeln. Zum Beispiel, wenn Menschen aufgrund ihres Nachnamens nicht zu einer Wohnungsbesichtigung eingeladen werden oder wenn ein*e Schüler*in, deren Eltern eine Migrationsgeschichte haben, bei gleicher Leistung schlechter benotet wird als andere Kinder. Der Rückgang hat seine Ursache darin, dass das Register Charlottenburg-Wilmersdorf weniger Vorfälle von Beratungsstellen übermittelt bekommen hat als in den vergangenen Jahren. Aufgrund der zusätzlichen Belastung durch die Beratung von Menschen aus der Ukraine geriet die Dokumentation von Fällen für die Register ins Hintertreffen. Die erfassten Diskriminierungen ereigneten sich vor allem auf dem Wohnungsmarkt, in Bildungs- und Arbeitskontexten, im Gesundheitssystem und in Behörden.

Rassismus und Antisemitismus bleiben häufigste Tatmotive

Die häufigsten Motive der erfassten Vorfälle waren Rassismus und Antisemitismus. Jeder dritte Vorfall war rassistisch motiviert (2022: 80; 2021: 122). Von den insgesamt 80 erfassten **rassistischen Vorfällen** waren wiederum 14 antiziganistisch motiviert (2020: 10; 2021: 3). Bei den antiziganistischen Vorfällen handelte es sich fast ausschließlich um Bedrohungen und Beleidigungen sowie strukturelle Benachteiligungen: Beispielsweise wurde Betroffenen der Zugang zu Corona-Teststellen oder Arztpraxen verwehrt.

Während die Zahl **antisemitischer Vorfälle** berlinweit gesunken ist, bleibt sie in Charlottenburg-Wilmersdorf auf konstant hohem Niveau (2022: 48; 2021: 46). Im Gegensatz zu den meisten anderen Berliner Bezirken gibt es in Charlottenburg eine sehr sichtbare und aktive jüdische Community. Sie wird immer wieder zum Ziel antisemitischer Anfeindungen und Angriffe. So wurden unter anderem antisemitische Schmierereien gesprüht, das Schloss einer Synagoge beschädigt und

Beispielvorfälle

7. und 17. Januar 2022

Es wurde zwei mal nachts auf das Büro einer Initiative mit Sitz in Charlottenburg geschossen. Dabei wurde die Schaufensterscheibe getroffen und beschädigt, in welcher ein Aushang mit dem Spruch „Black Lives Matter“ hing. Bereits im Dezember 2021 war auf das Büro geschossen worden. Es wurde niemand verletzt. *Quelle: rog_agency for open culture and critical transformation gGmbH*

31. Januar 2022

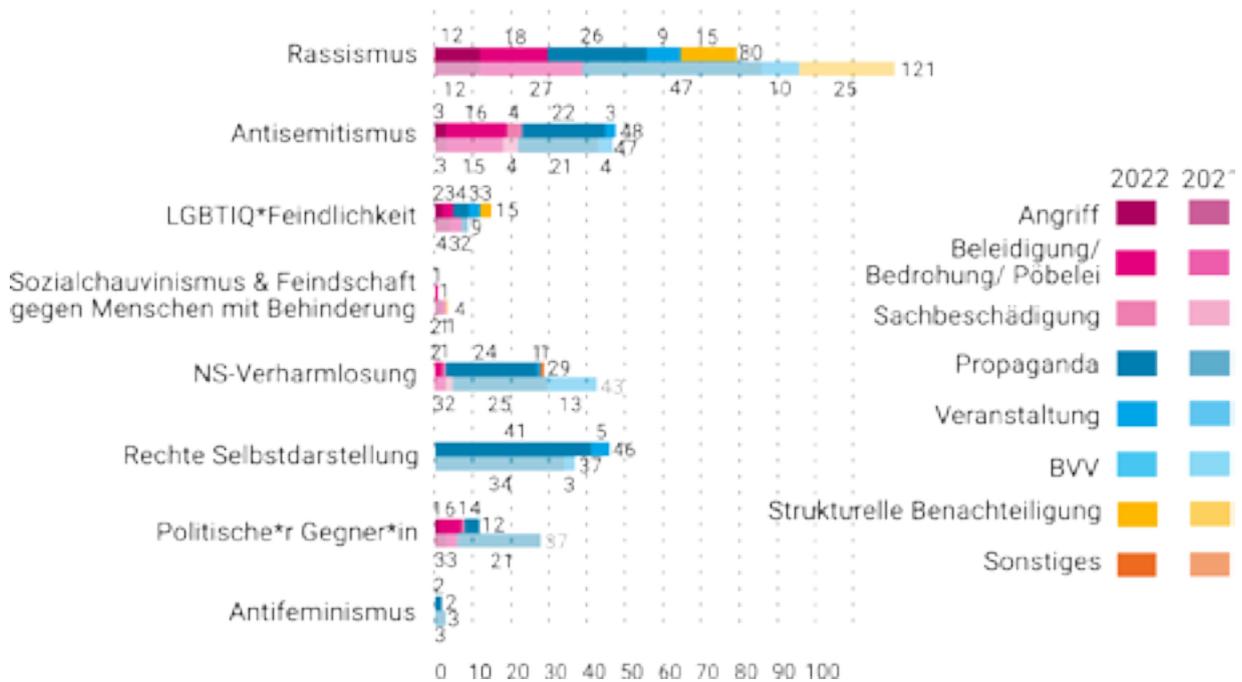
In einer gynäkologischen Praxis in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg verweigerte die Ärztin die Aufnahme von trans Patient*innen, auch als sie darauf angesprochen wurde. Nach einen Inhaber*innenwechsel hieß es auf der Website „Aufgrund von Strukturveränderungen unserer Praxis und aus Kapazitätsgründen ist es uns leider nicht mehr möglich, neue Patienten mit Geschlechtsidentitätsstörung anzunehmen.“ *Quelle: TransInterQueer e.V.*

15. April 2022

Auf dem Schulhof an einer Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf haben Kinder der einen Schule, Kinder der benachbarten Schule als Juden beschimpft, weil sie auf einer Schule sind, dessen Namensträgerin Jüdin war. *Quelle: Bürger*innenmeldung*

21. Mai 2022

Am S-Bahnhof Charlottenburg wurden eine Frau und ihr 6-jähriges Kind beim Verlassen eines russischen Ge-



Menschen aus antisemitischer Motivation geschlagen. Antisemitismus ist im Bezirk das zweithäufigste Vorfallesmotiv. Mit den hohen Zahlen von 16 Bedrohungen, Beleidigungen und 3 körperlichen Angriffen liegt der Bezirk im Hinblick auf diese Vorfallesart auf dem berlinweit zweiten Rang nach Mitte. Übereinstimmend mit dem berlinweiten Trend gab es auch in Charlottenburg-Wilmersdorf bei den **LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen** einen Anstieg (2022: 15; 2021: 9). Ein Grund hierfür kann die verstärkte Thematisierung von Transgeschlechtlichkeit im Zuge der Debatten um die Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes sein. Dabei wurde die Existenz von Transgeschlechtlichkeit als Gefahr dämonisiert oder geleugnet. Anders als in den letzten beiden Jahren wurden 2022 auch 3 LGBTQI*-feindliche Veranstaltungen dokumentiert. Diese fanden in der Bibliothek des Konservatismus (BdK) statt. Die Debatte war von einem konservativen Familienverständnis geprägt. Es wurde die These vertreten, ein Abwei-

chen von der Zweigeschlechtlichkeit, die nur aus Mann und Frau bestehen dürfe, sei unnatürlich. Dass homo- oder transsexuelle Menschen Eltern werden könnten, wird abgelehnt.

Die „Neue Rechte“ im Bezirk: 10 Jahre Bibliothek des Konservatismus (BdK)

Doch nicht nur LGBTQI*-Feindlichkeit wurde in den Veranstaltungen der BdK verbreitet. Auch rassistische und NS-verharmlosende Inhalte wurden propagiert. Oft verschränkten sich dabei die unterschiedlichen Diskriminierungskategorien: So wurde beispielsweise mehrfach antifeministische und rassistische Argumentationen im Bild des vermeintlich übergreifigen Fremden zusammengeführt.

Im Jahr 2022 feierte die BdK ihr 10-jähriges Bestehen. Sie ist eine Denkfabrik der „Neuen Rechten“ und dient als Veranstaltung- und Vernetzungsort. Der Begriff „konservativ“ wird dabei benutzt, um die inhaltliche Nähe zu extrem rechten Ideologien zu ver-

schleiern. Zudem bietet er die Möglichkeit, unterschiedliche rechte, neonazistische, antifeministische und christlich-fundamentalistische Strömungen zu vernetzen und deren Inhalte als politische Mitte darzustellen. Neben einem großen Bestand an (extrem) rechter Literatur finden in der BdK Vorträge zu unterschiedlichen (extrem) rechten Themen statt. Von den Veranstaltungen in der BdK wurden 10 Veranstaltungen durch das Register dokumentiert. Im vergangenen Jahr startete die BdK außerdem zwei neue Podcast-Formate.

Auch die neurechte Zeitung „Junge Freiheit“ hat ihren Sitz in Charlottenburg-Wilmersdorf und veranstaltete im vergangenen Jahr ein Sommerfest mit etwa 1000 Gästen. Dieses Fest in den Redaktionsräumen am Hohenzollerndamm diente dazu, bundesweite und internationale Netzwerke der „Neuen Rechten“ zu stärken. Es nahmen Journalist*innen und Vertreter*innen verschiedener extrem rechter Organisationen teil, darunter u. a. Akteure, die dem völ-

schäfts von zwei Männern aus antislawischer Motivation angepöbelt. Die Männer beschimpften die Betroffenen als „Scheiß Russen“, schrien sie an und machten sie für den Krieg in der Ukraine verantwortlich.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

11. Juli 2022

An den stillgelegten Bahngleisen zwischen Rönnestraße und Heilbronner Straße in Halensee wurde ein wohnungsloser Mann von drei Perso-

nen angegriffen. Die beiden Männer und eine Frau beklauten, traten und schlugen den 32-Jährigen.

Quelle: BAG-Wohnungslosenhilfe, Berliner Morgenpost 11.07.22

8. Oktober 2022

Einer jüdischen Familie, die aus der Synagoge kam, wurde von zwei Personen auf einem Roller „Juden“ zugerufen und beim nochmaligen Vorbeifahren an der Familie der „Hitlergruß“ gezeigt.

Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

24. Dezember 2022

Entlang des Kurfürstendamms wurden mehrere selbstgemachte Aufkleber einer extrem rechten Gruppe entdeckt. Diese enthielten v.a. Slogans wie „Kommies Kremieren“ und „Anti-Antifa“.

Quelle: Register CW via Twitter

kisch-nationalistischem „Flügel“ der AfD zugerechnet werden können, Führungspersonen der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, Abgeordnete des Europaparlaments in der rechtspopulistischen Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) mit Verbindungen zur Identitären Bewegung (IB) sowie der Chef der Alt-Right Plattform „Gettr“ und Sprecher des ehemaligen US-Präsidenten Trump.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass mit der Bibliothek des Konservatismus und der „Jungen Freiheit“ in Charlottenburg-Wilmersdorf zentrale Orte der „Neuen Rechten“ in Berlin existieren, die darüber hinaus bundesweite Bedeutung für deren Vernetzung und Ideologiebildung besitzen.

Verschwörungsideologien und Ukraine-Krieg

Die Zahl der erfassten extrem rechten und diskriminierenden **Veranstaltungen** ist im letzten Jahr auf 21 gesunken (2021: 30). Das liegt vor allem am Rückgang der Demonstrationen und Autokorsos mit Bezug zur Corona-Pandemie. Dennoch fanden weiterhin verschwörungsideologische Versammlungen statt, wenn auch mit weniger Teilnehmenden, wie beispielsweise die montäglichen Demonstrationen in der Wilmersdorfer Straße. Diese Versammlungen wurden nicht pauschal aufgenommen, sondern nur dann, wenn es währenddessen zu diskriminieren-

den Vorfällen kam. Nach dem Wegfall der Corona-Maßnahmen wurde zunehmend der Ukraine-Krieg zum Gegenstand von Versammlungen und es wurden pro-russische Verschwörungsideologien verbreitet.

Auch wenn nur wenige Vorfälle mit Bezug zum Ukraine-Krieg dokumentiert wurden, gab es drei Angriffe in diesem Zusammenhang. So wurde eine Frau, die eine Tasche in den Farben der ukrainischen Flagge trug, beleidigt und ein Passant, der ihr helfen wollte, geschlagen (02.07.2022). Zudem wurden die Fenster einer russisch-orthodoxen Kirche, in der ukrainische Geflüchtete untergebracht waren, eingeworfen (15.03.2022). Auf eine Werkstatt, an der eine ukrainische Flagge angebracht war, wurde mit einer Eisenstange eingeschlagen, wobei der Inhaber leicht verletzt wurde (19.03.2022). Auch wurden Personen, die russisch sprachen, beim Verlassen eines russischen Supermarktes beleidigt und für den Krieg verantwortlich gemacht (21.05.2022).

Charlottenburg-Wilmersdorf unterscheidet sich von den Randbezirken dahingehend, dass hier Menschen in den Bezirk kommen, um zu demonstrieren oder einzukaufen. Es gibt eine sichtbare jüdische Community, die deshalb angefeindet werden kann. Mit den Standorten der Neuen Rechten unterscheidet sich der Bezirk ebenso von allen anderen. Aber es gibt auch positive Entwicklungen. So wurden die Berliner Stadtmission in

Halensee und am Zoo als Anlaufstellen für das Register gewonnen. Dadurch wird das Melden von alltäglicher Diskriminierung vereinfacht und die Perspektive wohnungsloser Menschen stärker in die Öffentlichkeit gebracht.

Den ausführlichen Jahresbericht für Charlottenburg-Wilmersdorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Jahresbericht 2022
Register zur Erfassung
extrem rechter und
diskriminierender Vorfälle in
Charlottenburg-Wilmersdorf



DOSTA-Jahresbericht 2022 für die Berliner Register

Die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) erfasst seit 2014 systematisch antiziganistisch motivierte Vorfälle und unterstützt Betroffene von Diskriminierung. Antiziganismus ist eine spezifische Form von Rassismus gegen Menschen mit selbst oder fremd zugeschriebenem Roma-Hintergrund. Seit Projektbeginn arbeitet DOSTA eng mit den Berliner Registern zusammen, um Antiziganismus auch im Rahmen der umfassenden Monitoring-Arbeit der bezirklichen Registerstellen sichtbar zu machen.

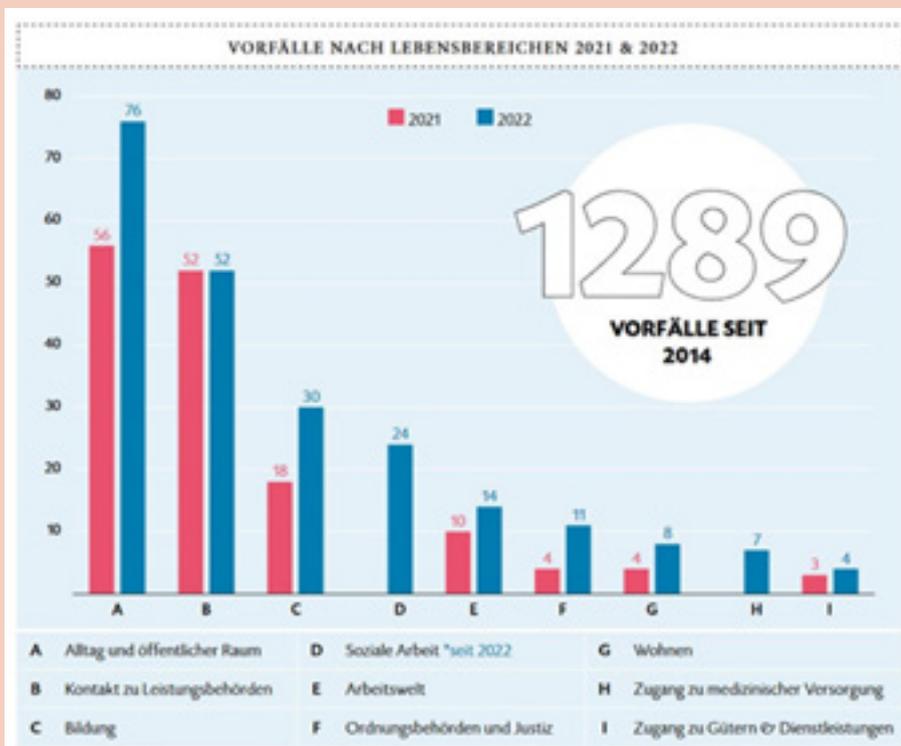
2022 verzeichnete DOSTA einen Anstieg der Fallzahlen um 53 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Damit haben wir 2022 die meisten Vorfälle seit Projektbeginn verzeichnet. Insgesamt haben wir 1289 Vorfälle seit 2014 dokumentiert.

Das vergangene Projektjahr war von anhaltenden gesellschaftlichen und globalen Krisen wie der Covid-19-Pandemie und dem Angriffskrieg auf die Ukraine geprägt. Diese Entwicklungen haben sich in den bei DOSTA gemeldeten Fällen widerspiegelt. Rom*nja oder so gelesene Menschen waren pandemiebedingt besonders vulnerabel und erlebten in Berlin immer wieder Antiziganismus durch Institutionen wie Leistungsbehörden und Bildungseinrichtungen, aber auch antiziganistische Anfeindungen im öffentlichen Raum.

Nach dem Höhepunkt der Covid-19-Pandemie fordert seit Februar 2022 Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine als neue große Krise die Gesellschaft heraus. Dies hat sich in den bei DOSTA gemeldeten Vorfällen ebenfalls niedergeschlagen. Antiziganistische Diskurse ziehen sich bereits seit Jahrzehnten durch die gesellschaftlichen und medialen Debatten rund um das Thema Asyl. Dies beobachtet und erfasst DOSTA auch seit Beginn des Projekts, so auch in Bezug auf Geflüchtete aus der Republik Moldau. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs beobachten wir dieselben antiziganistischen Mechanismen, mit denen als Rom*nja wahrgenommene Geflüchtete auch in den Jahren zuvor konfrontiert waren: Ausschlüsse aus den Versorgungs- und Leistungsstrukturen, Benachteiligung in Unterkünften, antiziganistische Diskurse, Parolen und Beleidigungen in der Öffentlichkeit.

Nicht nur, aber auch mit Bezug zur Situation geflüchteter Menschen in Berlin hat uns in den letzten zwei Jahren der Bereich Bildung besonders beschäftigt. Bei Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus ist der Zugang zu Schulplätzen nicht gewährleistet und insgesamt ist eine deutliche Benachteiligung von migrantisch gelesenen Menschen zu beobachten. Dies betrifft aber auch EU-Bürger*innen, die von Antiziganismus betroffen sind, beispielsweise aus Bulgarien und Rumänien. Im Zusammenhang mit Bildung werden junge Menschen mit selbst oder fremd zugeschriebenem Roma-Hintergrund häufig Opfer von rassistischem Mobbing, sowohl seitens der Mitschüler*innen als auch durch Lehrkräfte. Betroffene berichten von teilweise täglichen antiziganistischen Beschimpfungen im Schulalltag.

Im Bereich Kontakt zu Leistungsbehörden beobachten wir seit Jahren antiziganistische Praktiken, die sich existenzbedrohlich auswirken können. Antragsteller*innen, die Rom*nja sind oder für solche gehalten werden, müssen nach wie vor mit der Anforderung irrelevanter Unterlagen rechnen, vor allem im Kontakt mit dem Jobcenter. Die meisten Vorfälle wurden 2022 in den Lebensbereichen Alltag und öffentlicher Raum (76), Kontakt zu Leistungsbehörden (52) und Bildung (30) dokumentiert. Außerdem erfasst DOSTA Vorfälle in den Bereichen Soziale Arbeit (24), Arbeitswelt (14), Ordnungsbehörden und Justiz (11), Wohnen (8), Zugang zu medizinischer Versorgung (7) und Zugang zu Gütern & Dienstleistungen (4).



Der DOSTA-Bericht findet sich auf: amaroforo.de/projekte/dosta

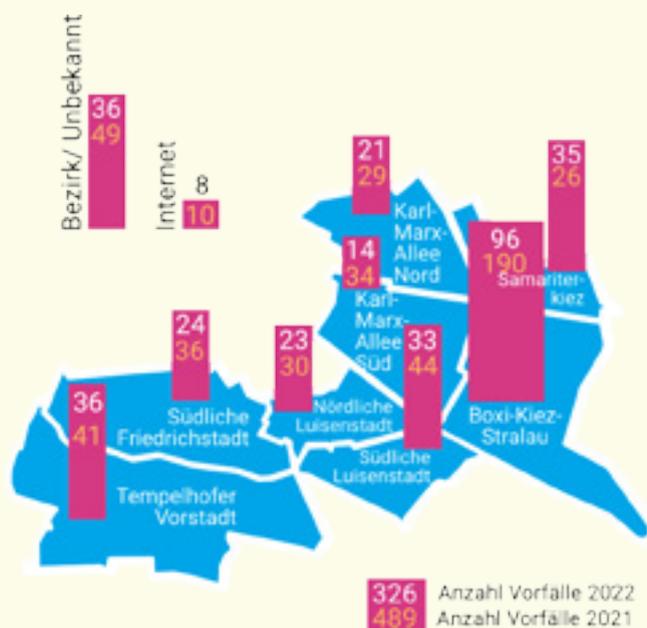


Friedrichshain-Kreuzberg

Friedrichshain-Kreuzberg ist der kleinste Bezirk und gleichzeitig der am dichtesten besiedelte mit den jüngsten Einwohner*innen.

Steigende Mieten verdrängen Bewohner*innen und Kleingewerbe. Überall im Bezirk kämpfen Menschen gemeinsam für den Erhalt ihrer Lebensräume. Das schließt zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung mit ein.

Der Ortsteil Friedrichshain ist überwiegend von rechter Propaganda betroffen, besonders südlich der Frankfurter Allee, wo auch die meisten Angriffe verzeichnet wurden. Die KBOs (Kriminalitätsbelastete Orte) Görlitzer Park und Kottbusser Tor im Ortsteil Kreuzberg verzeichneten viele Racial Profiling Vorfälle. Aus diesem Stadtteil wurden die meisten LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle gemeldet.



NS-Verharmlosung am Friedrichshain

Hitlergruß am Kottbusser Damm



Kontakt:

Register Friedrichshain-Kreuzberg

UBI KLiZ e. V.

Kreutzigerstr. 23

10247 Berlin

Tel.: 030 - 740 788 31

Mobil: 0157 - 77 36 99 42

Mail: fk@berliner-register.de

Web: www.register-friedrichshain.de

Facebook: RegFhainKberg

Twitter: @RegFhainKberg

Spotify: podcasters.spotify.com/pod/show/register-fhxb

Weniger Propaganda bei weiterhin hoher Gewalt

Mit insgesamt 326 Vorfällen wurde ein Rückgang von ca. einem Drittel zum Vorjahr verzeichnet (2021: 489). Aus Friedrichshain (166) wurden ca. 50 Vorfälle mehr gemeldet als aus Kreuzberg (116). Auf der Online-Karte, die in Sozialräume und Kieze unterteilt ist, wurden die Vorfälle visualisiert. Die Karte ist hier zu finden: <https://tinyurl.com/tdkfwphf>. Bezirksweite und Online-Vorfälle (44) sind hier jedoch nicht enthalten.

Der Rückgang an Vorfällen erklärt sich überwiegend durch eine starke Abnahme von Propaganda mit 174 Vorfällen (2021: 300). Im Frühjahr ist der extrem rechte Onlinehandel „Politaufkleber.de“ offline gegangen, was zu einer enormen Reduzierung der Anzahl Sticker mit extrem rechten Inhalten vor allem im Bereich südlich der Frankfurter Allee führte. Die Lücke der massenhaften Produktion von Stickern konnte von keinem anderen rechten Vertrieb geschlossen werden. Trotzdem machte Propaganda mehr als die Hälfte aller erfassten Vorfälle aus.

Wie schon seit vielen Jahren ist das Gebiet weiträumig um den Boxhagener Platz herum besonders betroffen. Hier ereigneten sich 66 der insgesamt 174 gemeldeten Propaganda-Vorfälle. Rechte Selbstdarstellung (79) und NS-Verharmlosung (45) waren die häufigsten Motive der Propaganda, gefolgt von politischer Gegnerschaft und Antisemitismus (je 17). 12 Vorfälle waren rassistisch motiviert, 3 LGBTIQ*-feindlich und einer antifeministisch.

Mit Propaganda rechter Selbstdarstellung, Werbung für extrem rechte Internetseiten (z. B. Der III. Weg) oder Zusammenschlüsse (z. B. Studenten stehen auf) versucht die Szene ein Gebiet zu markieren, ihr Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren und marginalisierte Menschen zu stigmatisieren.

Der Rückgang lässt sich außerdem aus der Quellenlage erklären: Es wurden 76 Vorfälle weniger als im Vorjahr von bezirklichen Meldestellen übermittelt. Gründe dafür sind u. a. fehlende Kapazitäten durch gestiegenes Beratungsaufkommen. Dies betrifft überwiegend den Bereich antimuslimischen und antiziganistischen Rassismus und wirkt sich auch auf einen Rückgang in der Kategorie Strukturelle Benachteiligung aus.

Zudem fehlte aufgrund einer Haushaltsperre im 1. Halbjahr 2023 eine Teilzeitstelle im Projekt. Die Meldungen, die durch Recherchen in sozialen Netzwerken gewonnen wurden, fielen mit einem Minus von 26 Vorfällen dementsprechend niedriger aus.

Im Rahmen des Rückgangs der Gesamtzahlen ist der Anteil der Angriffe mit 37 Vorfällen leicht zurückgegangen (2021: 48). Dennoch weist Friedrichshain-Kreuzberg weiterhin die zweithöchste Angriffszahl im Berliner Vergleich nach dem Bezirk Mitte auf. Die Angriffe waren überwiegend rassistisch (17) und LGBTIQ*-feindlich (11) motiviert.

Die Bedrohungen, Beleidigung und Pöbeleien sind auf einem gleich hohen Niveau geblieben. Insgesamt wurden 57 Vorfälle erfasst (2021: 60). Angestiegen sind mit 31 Vorfällen rassistische (2021: 21) und mit 14 Vorfällen LGBTIQ*-feindliche Meldungen (2021: 5). Queere Personen wurden vermehrt trans- und homofeindlich verbal attackiert. Von den rassistischen Vorfällen waren viele antiziganistisch motiviert und gegen Schwarze Menschen gerichtet.

Hingegen haben andere Motive, wie NS-Verharmlosung („Sieg Heil“-Rufe und Hitlergrüße) oder Pöbeleien gegen politische Gegner*innen (gegen Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen) am Rande von verschwörungsideologischen Versammlungen abgenommen.

Angriffe sowie auch Beleidigungen und

Bedrohungen fanden überwiegend im öffentlichen Raum statt. 10 der gemeldeten Angriffe ereigneten sich zudem im ÖPNV oder an Haltestellen.

Racial Profiling ist ein Teil struktureller Benachteiligung

Friedrichshain-Kreuzberg ist der Bezirk mit den meisten erfassten Racial Profiling Vorfällen (14). Dabei handelte es sich um anlasslose Polizeikontrollen von Schwarzen Menschen und People of Color. Diese passierten an Orten wie dem Görlitzer Park, dem Kottbusser Tor und der Warschauer Straße, die von der Polizei festgelegte sogenannte KBOs (Kriminalitätsbelastete Orte) sind. Racial Profiling zeichnet sich dadurch aus, dass weiße Menschen an den gleichen Orten grundsätzlich nicht kontrolliert werden. Kontrollen finden zudem oft in unverhältnismäßig gewaltvoller oder demütigender Form gegenüber BPOC statt.

Bei den Racial Profiling Vorfällen handelte es sich um 12 strukturelle Benachteiligungen und um zwei Angriffe.

Die Meldungen der strukturellen Benachteiligungen haben sich etwa auf 20 halbiert (2021: 44). Der Rückgang in den Zahlen stimmt aber nicht mit der Wahrnehmung von Zeug*innen vor Ort überein, dass die Praxis der rassistisch motivierten Polizeikontrollen tatsächlich weniger häufig stattfände. Daher ist davon auszugehen, dass lediglich weniger Meldungen die Registerstelle erreichten, während die Dunkelziffer vermutlich weitaus höher ist. Diese Problemlage beschäftigt Anwohner*innen und von Rassismus Betroffene im Bezirk seit Jahren.

Leichter Anstieg bei Veranstaltungen

Der Anstieg bei den Veranstaltungen auf 25 (2021: 18) basiert auf der Lockerung der Corona-Maßnahmen und damit einem Anstieg rechter Spaziergänge („Montags-

1. Januar 2022

Zwei 12 und 13 Jahre alte Jungen aßen in einem Schnellimbis am Mehringdamm. Dort befand sich auch ein Gast in Begleitung einer Frau. Dieser kam beim Rausgehen zu den Jungen an den Tisch und schlug beiden rassistisch motiviert ins Gesicht. Die Kinder klagten über Kopfschmerzen. Der 12-Jährige wurde ins Krankenhaus gebracht.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0020

23. April 2022

An der Kreuzung Oder / Finowstraße wurde ein Sticker des extrem rechten Compact-Magazins entfernt.

Quelle: Bürger*innenmeldung

14. Juni 2022

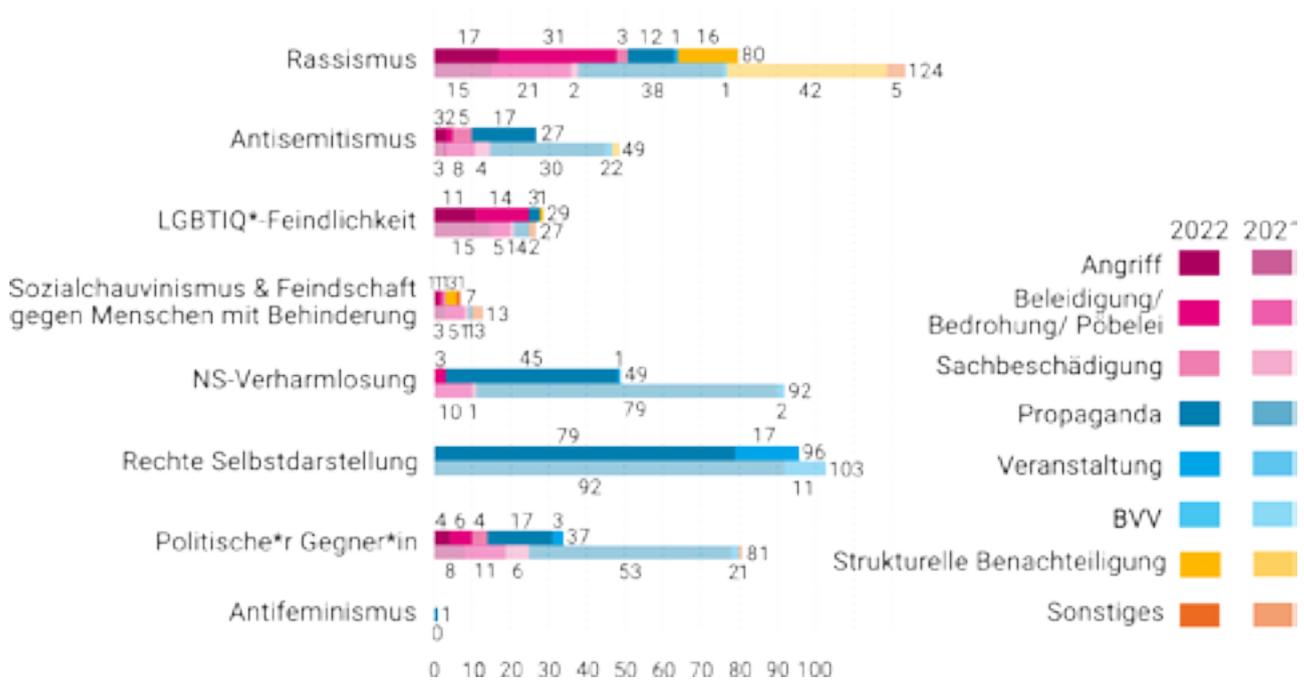
In der Ringbahn wurde eine Schwarze Frau mit ihrem 2-jährigen Kind von einer weißen Frau zunächst mit Blicken und Mimik abgewertet. Als sich das Kind beim Spielen der Frau näherte, beschädigte sie wütend ein Spielzeug des

Kindes. Die Mutter wollte die Frau zur Rede stellen, diese reagierte zunächst nicht. Dann stieß sie die Schwarze Frau so heftig, dass diese gegen den Kinderwagen fiel. Der Kinderwagen kippte mit der 2-jährigen Tochter darin um. Zwei Fahrgäste griffen ein, halfen dem Kind und richteten den Kinderwagen wieder auf.

Quelle: ReachOut Berlin

14. Juli 2022

Gegen 18:00 Uhr wurde einer sichtbar



Demos“), die durch Zusammenschlüsse (extrem) rechter Gruppierungen organisiert und bespielt wurden. In Friedrichshain wurden etwa doppelt so viele Veranstaltungen erfasst wie in Kreuzberg. Auf der Karl-Marx-Allee vor dem Kosmos starteten viele Demonstrationen in Richtung Innenstadt. Viele der verschwörungsideologischen Demonstrationen ließen sich nicht konkret einer Motivkategorie zuordnen oder wurden nicht von bekannten extrem rechten Gruppen organisiert. Daher bilden die erfassten Veranstaltungen nur einen Bruchteil ab.

Mit dem Wegfall der Corona-Maßnahmen wurde von den Veranstaltenden zunehmend der Ukraine-Krieg thematisiert, um weiter gegen die Regierung zu hetzen und die Theorie einer großen Weltverschwörung zu verbreiten. Dies war jedoch nicht so anschlussfähig. Die Teilnehmer*innenzahlen reduzierten sich

deutlich, von anfangs mehreren 100 bis in den unteren zweistelligen Bereich.

Rechte Szene am Boxhagner Platz, LGBTIQ*-Feindlichkeit in Kreuzberg

Der Bezirk gliedert sich in je vier Sozialräume pro Stadtteil, aus denen mit 21 bis 36 Vorfällen etwa gleich viele Meldungen bekannt wurden. Außerhalb dieser Spanne bewegten sich die aneinander grenzenden Sozialräume Karl-Marx-Allee Süd (Ostbahnhof bis Frankfurter Tor) mit 14 Vorfällen und Frankfurter Allee Süd (Frankfurter Tor bis Ostkreuz) mit 69 Vorfällen.

Im Sozialraum Frankfurter Allee Süd eigneten sich die meisten Propaganda-Vorfälle (66), die meisten Angriffe (9), die meisten Bedrohungen/ Beleidigungen und Pöbeleien (10) sowie die meisten Sachbeschädigungen (6).

Propaganda wird überwiegend von Anwohner*innen angebracht. Weitere

Vorfälle sind dem beliebten Party-Kiez zuzuschreiben, in dem sich viele Menschen bewegen, was Gelegenheitsstaten begünstigt. Von Sachbeschädigungen war besonders ein Projekt Schwarzer Menschen betroffen.

Propaganda ist nach wie vor die häufigste Vorfallsart. Bezirksweit wurden 174 Vorfälle erfasst. Mit 66 Vorfällen ist Frankfurter Allee Süd am häufigsten betroffen, gefolgt von Frankfurter Allee Nord (22), Tempelhofer Vorstadt (19) und südlicher Friedrichstadt (16). Je 10 Vorfälle wurden aus Karl-Marx-Allee Nord, der nördlichen und der südlichen Luisenstadt gemeldet. Mit 5 Vorfällen war Karl-Marx-Allee Süd am wenigsten betroffen.

In Friedrichshain-Kreuzberg gab es viele verbale und körperliche Übergriffe auf LGBTIQ*-Personen (25). Das ist nach Mitte im berlinweiten Vergleich die zweithöchste Zahl. In Kreuzberg wurden ca.

Beispielvorfälle

queeren Person zwischen Görlitzer Bahnhof und Kottbusser Tor von einem Mann im Vorbeigehen der Ellenbogen gegen den Hinterkopf gerammt. Anschließend rannte der Täter weg und lachte die angegriffenen Person aus.
Quelle: Berliner Register

4. August 2022

Ein Mann, der sich bei einer rassistisch motivierten Auseinandersetzung zwischen einem Security-Mitarbeiter und einer Schwarzen Person vor einem Su-

permarkt für letztere einsetzte, erhielt vom Marktleiter wegen angeblichem Hausfriedensbruch ein Hausverbot. Darüber hinaus machten sich der Marktleiter und der Security-Mitarbeiter über die helfende Person aufgrund ihrer gesundheitlichen Einschränkung unangemessen lustig. Die dazu gerufene Polizei hörte den Betroffenen nicht an, nahm jedoch die Anzeige des Marktleiters auf. Der Mann teilte darüber hinaus mit, dass er oft am Supermarkt vorbeikomme und sowohl tagsüber, abends

oder nachts mehrmals beobachtet habe, wie z. B. Transmenschen durch Security-Mitarbeiter anzüglich belästigt wurden.

Quelle: Bürger*innenmeldung

30. Dezember 2022

Eine am Frankfurter Tor aufgestellte Chanukkia wurde beschädigt. Einer der äußeren Arme wurde stark nach außen gebogen.

Quelle: RIAS

doppelt so viele Vorfälle (16) wie in Friedrichshain (9) erfasst, da sich hier zentrale Community-Orte befinden. Besonders betroffen sind die Sozialräume nördliche Luisenstadt (Oranienstraße) und Tempelhofer Vorstadt (Mehringdamm). Mehrere Vorfälle wurden auch aus dem Park am Gleisdreieck bekannt, der sich in direkter Nähe zu Ausgeh-Orten in Schöneberg befindet.

Ausblick

Es bleibt abzuwarten, ob die durch den Wegfall eines extrem rechten Onlinehandels entstandene Lücke bei Propagandavorfällen zukünftig durch andere Anbieter ersetzt werden wird. Gemessen an der Häufigkeit von Stickern und Schmierereien ist kaum ein Abbruch zu verzeichnen, aber die Inhalte verändern sich zunehmend. So tauchen vermehrt Sticker mit

Fußballhintergrund auf oder Schmierereien, die sich gegen eine demokratische Partei richten. In beiden Fällen sind die Inhalte für die Erfassung in der Chronik nicht relevant.

Durch das zunehmende Sichtbarwerden von Personen aus der LGBTIQ*-Community stärkt sich nicht nur das Selbstbewusstsein. Sie werden durch verbale Angriffe aus rechten und auch konservativen Kreisen (öffentlich, in sozialen Medien oder Telegram-Gruppen) zunehmend zum Feindbild stilisiert. Es ist zu befürchten, dass LGBTIQ*-feindliche Vorfälle weiter zunehmen könnten. Die Annahme wird dadurch bestärkt, dass bereits im 1. Quartal 2023 acht Angriffe verzeichnet wurden, von denen die Hälfte LGBTIQ*-feindlich motiviert war.

In vielen Fällen berichten Betroffene von Beleidigungen und Angriffen, dass sie kaum oder keine Unterstützung von Menschen am Tatort erfahren haben. Aus unserer Sicht bedarf es einer verstärkten Präventionsarbeit, Menschen zu befähigen, adäquate Hilfe in verschiedenen Situationen zu leisten, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen.

Darüber hinaus wünschen wir uns, dass noch mehr Menschen das Register in ihren Communities bekannter machen, ihre Erlebnisse und Beobachtungen mit uns teilen und so eine weitere Sensibilisierung im Bezirk stattfindet, die einerseits zur Erhellung des Dunkelfeldes beiträgt und andererseits Betroffene von Rassismus und Diskriminierung stärkt.

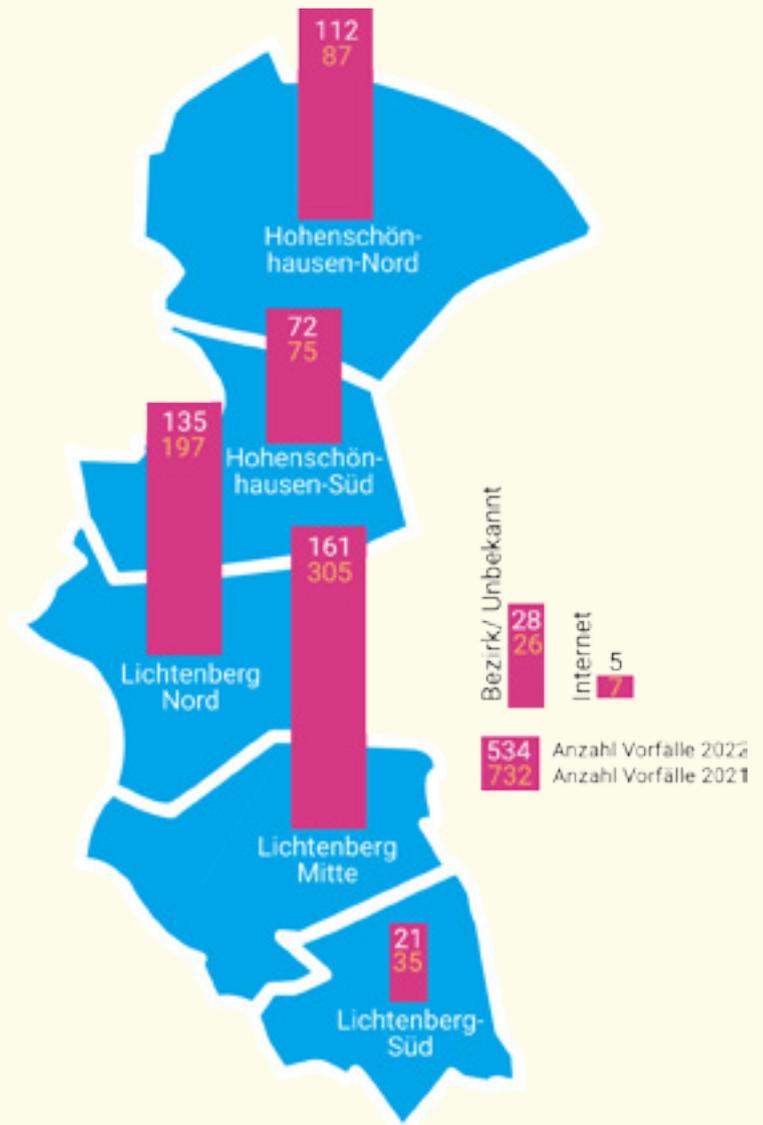




Lichtenberg

Im Bezirk Lichtenberg wohnen rund 300.000 Menschen. Der Bezirk weist je nach Ortsteil (Hohenschönhausen, Lichtenberg, Karlshorst) eine sehr unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung hinsichtlich der Lebensweisen, der Herkunft und des Alters auf.

Lichtenberg ist seit über 30 Jahren ein Bezirk mit einer aktiven und organisierten extrem rechten Szene. Diese konnte in den letzten 20 Jahren durch zivilgesellschaftliches Engagement und problembewusstes Handeln der Lokalpolitik und der Verwaltung zurückgedrängt werden.



Rassistischer Aufkleber in Lichtenberg



„III. Weg“-Aufkleber in Lichtenberg



Kontakt:

Lichtenberger Register

Fach- und Netzwerkstelle
Licht-Blicke, pad gGmbH
Einbecker Str. 85, 10315 Berlin

Tel.: 030 - 50566518
Mobil: 0176 - 16371635
Mail: register@licht-blicke.org
Facebook: Lichtenberger Register
Twitter: @LichtenbergerR7

Weiter hohes Niveau der Meldungen

Im Jahr 2022 wurden dem Lichtenberger Register 539 Vorfälle gemeldet. Durchschnittlich ging alle 16 Stunden eine Vorfalleinmeldung ein, was auf ein hohes Niveau von Vorfalleinmeldungen hinweist. Es sind jedoch weniger Vorfälle als noch im Vorjahr, in dem 732 Vorfälle gemeldet wurden. Dieser Rückgang ist einmal damit zu erklären, dass kein Wahlkampf stattgefunden hat sowie damit, dass Propagandameldungen mit rassistischen Motiven und Corona-Bezügen abgenommen haben. Im Bezirk gibt es einerseits eine aktive extreme Rechte, die für einen großen Teil der Vorfälle verantwortlich ist. Andererseits eine engagierte Zivilgesellschaft, die Vorfälle immer häufiger direkt meldet und Propaganda im öffentlichen Raum schnell bemerkt und zügig entfernt.

Propaganda

Mit 411 Meldungen nahmen Vorfälle von Propaganda den größten Teil gemeldeter Vorfälle ein. Die Schwerpunkte dieser Meldungen lagen in den Ortsteilen Lichtenberg-Mitte, Lichtenberg-Nord sowie in Neu-Hohenschönhausen. Inhaltlich überwogen Motive der Selbstdarstellung, etwa von der Gruppierung „Der III. Weg“ oder der NPD. Neben rassistischen Slogans und Darstellungen waren Verunglimpfung politischer Gegner*innen der extremen Rechten sehr häufig gemeldete Motive von Stickern, Plakaten oder Sprühereien. Hierunter finden sich Aufschriften wie „Good Night Left Side“, „Kopfschuss for Reds“ oder „Anti Antifa. Nazikiez“. Auch Verunglimpfungen der Grünen oder von Olaf Scholz wurden gemeldet.

Veranstaltungen der extremen Rechten

Mit Blick auf die extreme Rechte zeigt sich im letzten Jahr ein ähnliches Mobilisierungs- und Aktionsniveau wie im Vorjahr mit jeweils acht kleineren Veranstaltungen, da-

bei mehrere Informationsstände. Größere Mobilisierungen blieben in Lichtenberg aus. Weiterhin ist „Der III. Weg“ der wichtigste Akteur der organisierten extremen Rechten im Bezirk. Diese Neonazigruppierung produzierte Propaganda zu aktuellen Themen wie Inflation und steigende Energiekosten, die in Briefkästen gesteckt oder im öffentlichen Raum verklebt werden.

Zudem hat die extreme Rechte im vergangenen Jahr wieder stärker Anschluss an öffentliche Debatten gesucht. Dies ließ sich insbesondere für die Themenbereiche Corona-Politik, Ukrainekrieg sowie Fragen steigender Lebenshaltungskosten beobachten. Die Mobilisierungen von Corona-Skeptiker*innen und Querdenker*innen haben im Verlauf des Jahres abgenommen, „selbstgebastelte“ verschwörungsideologische Propaganda wurde deutlich weniger gemeldet als noch im Vorjahr.

Rassismus als Herausforderung

Mit 160 Vorfällen hatte ein Drittel aller Vorfalleinmeldungen rassistische Motive. Die Hälfte dieser Meldungen bezog sich auf geklebte, gesprühte oder geschmierte Propaganda. Das Besondere war somit, dass sich das Motiv „Rassismus“ wie kein anderes durch alle anderen Vorfalleinmeldungen zog. Rassismus war bei den Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien und bei strukturellen Benachteiligungen das häufigste Motiv.

Grund für den Rückgang der rassistischen Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr waren deutlich weniger Propagandameldungen (2022: 84, 2021: 123). Hierbei fällt eine Kontinuität von Propaganda auf, die sich gegen Geflüchtete richtete. Während gemeldete rassistische Angriffe nur leicht zurück gegangen sind (2022:13, 2021:17), sind rassistisch motivierte Beleidigungen und Bedrohungen mit 35 Meldungen deutlich angestiegen (2021: 26). Somit gehen zwei Drittel aller Angriffe und über die Hälfte

aller gemeldeten Beleidigungen/Bedrohungen und Pöbeleien auf rassistische Motive zurück.

Kinder und Jugendliche als Betroffene von Angriffen

Kinder und Jugendliche wurden im vergangenen Jahr besonders häufig als Betroffenenengruppe durch Meldungen beim Lichtenberger Register oder spezialisierten Beratungsstellen sichtbar. Auch Mobbing und strukturelle Diskriminierung, wie bei der Schulplatzvergabe oder im Jobcenter, betreffen Kinder und Jugendliche. In diesem Bereich ist von einem großen Dunkelfeld auszugehen. Hier bestehen Bedarfe an Gewaltprävention durch Sensibilisierung und Bildungsarbeit sowie das Ausbauen und Bekanntmachen von Angeboten für Betroffene.

Lichtenberg-Mitte und Neu-HSH

Wieder wurden die meisten Meldungen im Ortsteil Lichtenberg-Mitte gemacht. Hier befindet sich der Bahnhof Lichtenberg, der ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt in Ost-Berlin ist sowie der belebte Weitlingkiez. Hier lag auch ein Aktionsschwerpunkt der organisierten Rechten, wo der „Der III. Weg“ einen Infostand abhielt und viel Propaganda verteilte und verklebte und wo sich einschlägige Kneipen befinden. In Lichtenberg-Nord gingen Vorfälle im Zusammenhang mit dem Jobcenter ein. Hier überwogen rassistische und antiziganistische strukturelle Benachteiligungen, bei der Vergabe von Sozialleistungen oder im Kontext Schule.

Auffällig war, dass in Neu-Hohenschönhausen die Zahl der Meldungen stark gestiegen ist und nun fast auf dem Niveau von Lichtenberg-Nord lag. Dies ist einmal mit einer sehr aktiven Anlaufstelle zu erklären, durch die mehr Propaganda gemeldet wurde. Zusätzlich gerieten hier mehrere Jugendfreizeiteinrichtungen in das Visier der extremen

24. Februar 2022

Die Neonazi-Partei „III. Weg“ veranstaltete am Nachmittag einen Infostand in der Weitlingstraße und verteilte Flugblätter mit rassistischem und antiziganistischem Inhalt an Passant*innen.

Quelle: Lichtenberger Register

23. Juli 2022

Das Grab einer trans Frau auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde wurde geschändet. Es wurde beschädigt und

Gegenstände dort deponiert. Dies war bereits im Januar 2022 zweimal geschehen. Wieder haben Hinterbliebene dies bemerkt und gemeldet.

Quelle: Lichtenberger Register

22. August 2022

In den Briefkasten einer Jugendfreizeiteinrichtung wurde wieder Material der extremen Rechten gesteckt. Das Flugblatt verunglimpft unter anderem Grünen-Parteimitglieder und Fridays for Future-Aktivist*innen und bezeich-

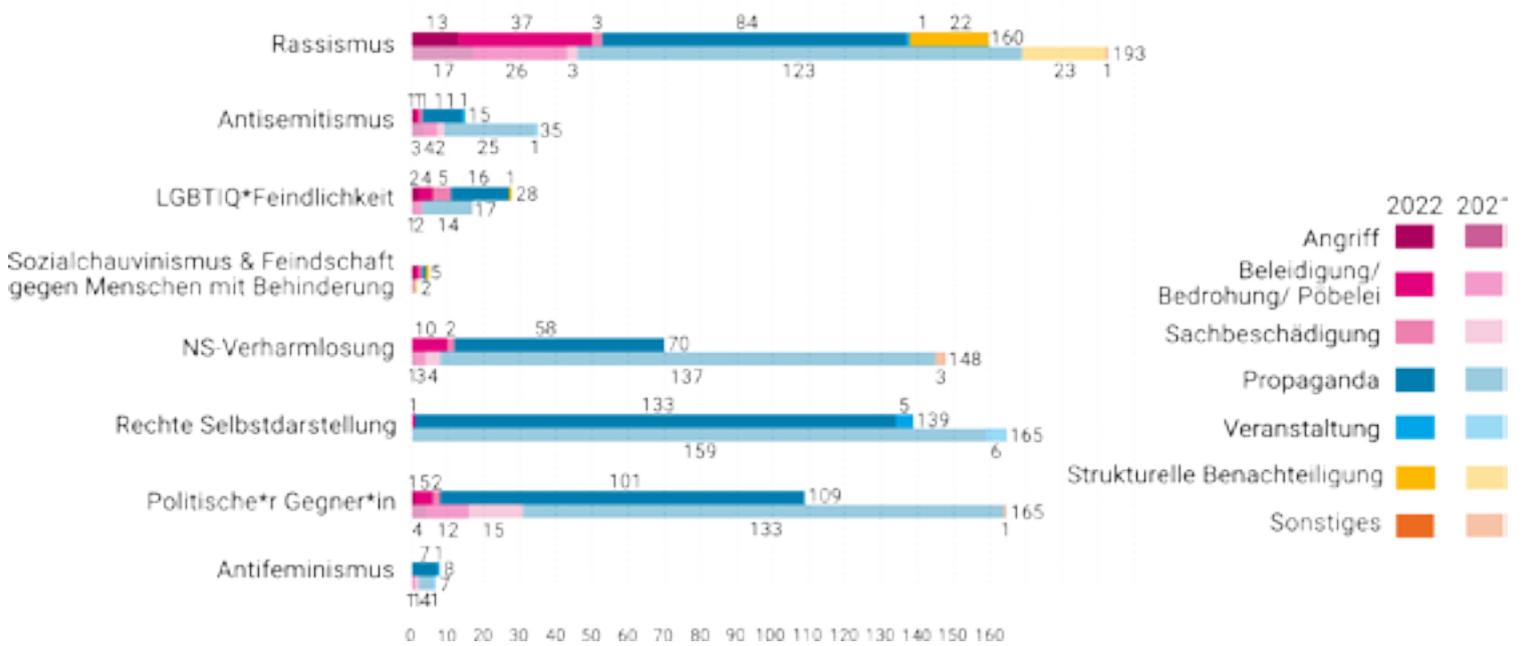
nen sie als „Öko-Terroristen“.

Quelle: JFE FullHouse

23. Dezember 2022

Der Chanukkaleuchter vor dem Rathaus Lichtenberg wurde beschädigt, mehrere Lichter wurden abgeschlagen. Bereits im vergangenen Jahr wurde dieser beschädigt.

Quelle: Lichtenberger Register



Rechten, die dort gezielt Propaganda in Briefkästen steckte oder verklebte.

Extrem rechte, rassistische Brandanschlagsserie in Hohenschönhausen

Anfang 2023 wurde durch einen Gerichtsprozess bekannt, dass wahrscheinlich schon seit Februar 2022 eine mutmaßlich extrem rechte und rassistisch motivierte Brandserie mit Schwerpunkt in Neu-Hohenschönhausen stattgefunden hatte. Auch der bereits im letzten Jahr dokumentierte Brand einer Mülltonne in einer Jugendfreizeiteinrichtung ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Ein weiterer Brand dieser Serie wurde im Oktober 2022 in einem Wohnhaus in der Zingster Straße gelegt, in dem viele Geflüchtete leben.

Noch laufen Gerichtsverfahren gegen insgesamt vier Tatverdächtige. Im Juni 2023 wurde in einem ersten Gerichtsurteil die extrem rechte Gesinnung eines Tatverdächtigen festgestellt, der das Zeigen eines Hitlergrußes und das Verfassen und Verteilen eines Drohschreibens mit antimuslimisch-rassistischen Inhalten gestanden hatte und hierfür auch verurteilt wurde. Zu einer Verurteilung der vier verdächtigen jungen Männer wegen der Brandlegung selbst kam es bislang nicht. Eine vollumfängliche Aufklärung der Ereignisse steht zum Redaktionsschluss dieser Broschüre aus. Die Brände in Kellern in Wohnhäusern in Neu-Hohenschönhausen setzten sich bis Mai 2023 fort. Sie verunsichern Anwohner*innen wie Lichtenberger Zivilgesellschaft nachhaltig.

LGBTIQ*-Feindlichkeit

Auffällig war die deutlich gestiegene Zahl von LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen in die-

sem Jahr mit 28 Meldungen. Diese zogen sich durch alle erfassten Vorfällearten, von Propaganda über Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen bis hin zu struktureller Benachteiligung in Behörden oder Sachbeschädigung.

Im Bezirk ereigneten sich mehrere Vorfälle, die auch medial große Aufmerksamkeit erhielten. So wurden einem Mann, weil dieser eine Regenbogenfahne auf seinem Balkon aufgehängt hatte, vom Jobcenter Lichtenberg beinahe Leistungen verwehrt. Ihm war eine Beziehung zu seinem Mitbewohner unterstellt worden. Auch erhielt ein Angriff Eingang in die Chronik, bei dem eine Friseurin am Arbeitsplatz von einem Jugendlichen transfeindlich beleidigt worden war. Dieser hatte auch mit einem Stein nach ihr geworfen, dabei die Eingangstür des Geschäftes beschädigt. Zudem wurde das Grab von Ella Nik Bayan, eine trans Frau aus dem Iran die auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde begraben liegt, vier Mal in diesem Jahr geschändet. Die zunehmende Sichtbarkeit von Transfeindlichkeit in Lichtenberg entspricht auch einer Berlinweiten Entwicklung.

Überlegungen zur Dokumentationsarbeit in Lichtenberg

Dass in Lichtenberg so viele Vorfälle erfasst werden, wie sonst nur im Berliner Bezirk Mitte, deutet auf eine starke und sehr aktive Melder*innenstruktur hin. Ein Teil der gemeldeten Vorfälle konnte jedoch nicht in die Chronik aufgenommen werden, weil sie nicht unseren Kriterien entsprachen. Hierunter fallen beispielsweise Vorfälle, die die Pandemie verleugneten. Solche Meldungen wurden nur aufgenommen, wenn sie beispielsweise antisemitische Verschwörungen enthielten oder den NS verharmlosten.

Auch Meldungen mit Bezügen zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine konnten nur teilweise erfasst werden, nämlich dann, wenn sie von bekannten extrem rechten Akteur*innen wie der NPD, "Der III. Weg" oder dem Compact-Magazin stammten oder aber in Zusammenhang mit für die Register relevanten Symbolen gemeldet wurden, wie einem Hakenkreuz. Wir gehen von einem Dunkelfeld in mehreren Vorfällen aus, beispielsweise gegen Obdachlose Menschen gerichteter Sozialchauvinismus oder im Bereich der Behindertenfeindlichkeit. Dass sich Betroffene rassistischer oder LGBTIQ*-feindlicher Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen, von Sachbeschädigungen und strukturellen Benachteiligungen immer öfter direkt bei der Registerstelle oder Beratungsstellen gemeldet haben, führt zu einer Erhellung des Dunkelfelds.

Den ausführlichen Jahresbericht für Lichtenberg können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder gedruckt bestellen.



EACH ONE Beratung

EACH ONE Beratung bietet Erst- und Verweisberatung für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen in Berlin in allen Fällen von Diskriminierung an. Je nach Fall werden Ratsuchende über rechtliche Fragen und geeignete Beratungsangebote informiert und ggf. weitervermittelt. EACH ONE ist in Berlin und bundesweit mit Antidiskriminierungs- und Opferberatungsstellen, Rechtsanwält:innen, Psycholog:innen etc. gut vernetzt.

In der **Sozialberatung** für Menschen im Alter von 13-27 Jahren finden Ratsuchende punktuelle sowie begleitende Unterstützung. Dabei geht EACH ONE auf dem Lebensweg der Menschen mit und begegnet ihnen dort, wo sie stehen – mit all den Fragen und Problemen, die in diesem Moment für sie relevant sind. Hierbei kann es um Themen wie Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen, aufenthaltsrechtliche Probleme sowie Gewalt oder Probleme innerhalb der Familie oder freundschaftlichen und romantischen Beziehungen gehen.

Außerdem bietet Each One eine offene & niedrigschwellige **psychologische Sprechstunde** für Schwarze Menschen an. Sie findet mit Schwarzen Psychotherapeut:innen in einem rassismuskritischen Einzelsetting statt. Es handelt sich hierbei nicht um einen Ersatz für Therapie, sondern um eine Anlaufstelle für eine Erstberatung. Hier können Ratsuchende Hilfe beim Orientieren und Finden von Therapiemöglichkeiten erhalten und es wird gemeinsam geschaut, was die nächsten Schritte sein könnten.

EACH ONE Monitoring macht Anti-Schwarzen Rassismus in Berlin sichtbar. So wollen wir Wege finden, wie wir ihm als Community und als Gesellschaft entgegenwirken können. Die die den Rassismus erfahren oder beobachtet haben können Fälle Anti-Schwarzen Rassismus bei uns melden. Diese Vorfälle dokumentieren wir und fassen sie in einem Monitoringbericht zusammen.

Im **intersektionalen Archiv** sammeln wir Wissen über Anti-Schwarzen Rassismus, was uns dabei hilft, Strategien gegen Diskriminierung und Rassismus zu entwickeln. Das Erfahrungswissen

Schwarzer Menschen, das durch das Monitoring von anti-Schwarzem Rassismus sichtbar gemacht wird, ist hier zentral.

Bedeutung des Projekts:

Es hat sich klar erwiesen, dass der Bedarf an einer professionellen Beratungsstelle von und mit Menschen, die täglich ähnliche oder dieselben Erfahrungen machen, enorm groß ist. Dies stärkt nicht nur die individuellen Ratsuchenden sondern Schwarze Menschen als Kollektiv, da sich durch unsere Beratungsstelle der Handlungsrahmen für den Widerstand gegen rassistische Diskriminierung und Ausschlussprozesse signifikant erweitert hat. Darüber hinaus bedient EACH ONE den großen Bedarf an einer systematischen Dokumentation und Sichtbarmachung der verschiedenen Dimensionen des Anti-Schwarzen Rassismus und seiner Intersektionen mit anderen Diskriminierungsmerkmalen. Durch den Monitoringbericht besteht zum einen die Chance, dass anti-Schwarzer Rassismus in den Kanon des Verwaltungs- und Behördenwissens aufgenommen wird. Zum anderen hat das Monitoring Community-Relevanz, denn es geht in erster Linie darum sich zu vernetzen, Community-Perspektiven und Community-Wissen zu sammeln und diese sichtbar sowie politisch relevanter zu machen.

Antidiskriminierungsberatung:

Sprechstunde: Donnerstags 16-18 Uhr, in der Kamerunerstraße 16, 13351 Berlin. Telefonisch könnt ihr die Antidiskriminierungsberatung unter +49 157 52471741 und +49 157 73551948 erreichen.

Jugendberatung:

Sprechstunde: Dienstags 16-18 Uhr, in der Kamerunerstraße 16, 13351 Berlin. Telefonisch könnt ihr die Jugendberatung unter +49 157 52471741 und +49 157 73551949 erreichen.

Die psychologische Sprechstunde findet jeden 2. Mittwoch (auf Deutsch) und 4. Mittwoch des Monats (auf Englisch) in der Kameruner Straße 16 statt, sowie jeden 3. Mittwoch online (auf Englisch/Deutsch). Die Termine können über unser Buchungssystem auf unserer Website/Instagram gebucht werden.

Mehr Informationen unter:

each-one.de
Instagram: eachone_ad
eoto-archiv.de

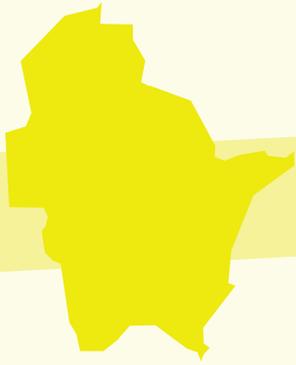
Sprechstunde: Freie Termine können direkt über ETermin auf unserer Website oder über unsere Instagramseite gebucht werden. Unsere Psychotherapeut:innen beraten unter anderem auf Deutsch und Englisch. Die Sprechstunde findet sowohl in Präsenz als auch online statt.



**DEIN WEG.
DEINE COMMUNITY.**

Wir wissen, dass Anti-Schwarzer Rassismus in Berlin Alltag ist. Bei unserer Online-Meldestelle kannst du anonym melden, was dir oder anderen passiert ist.

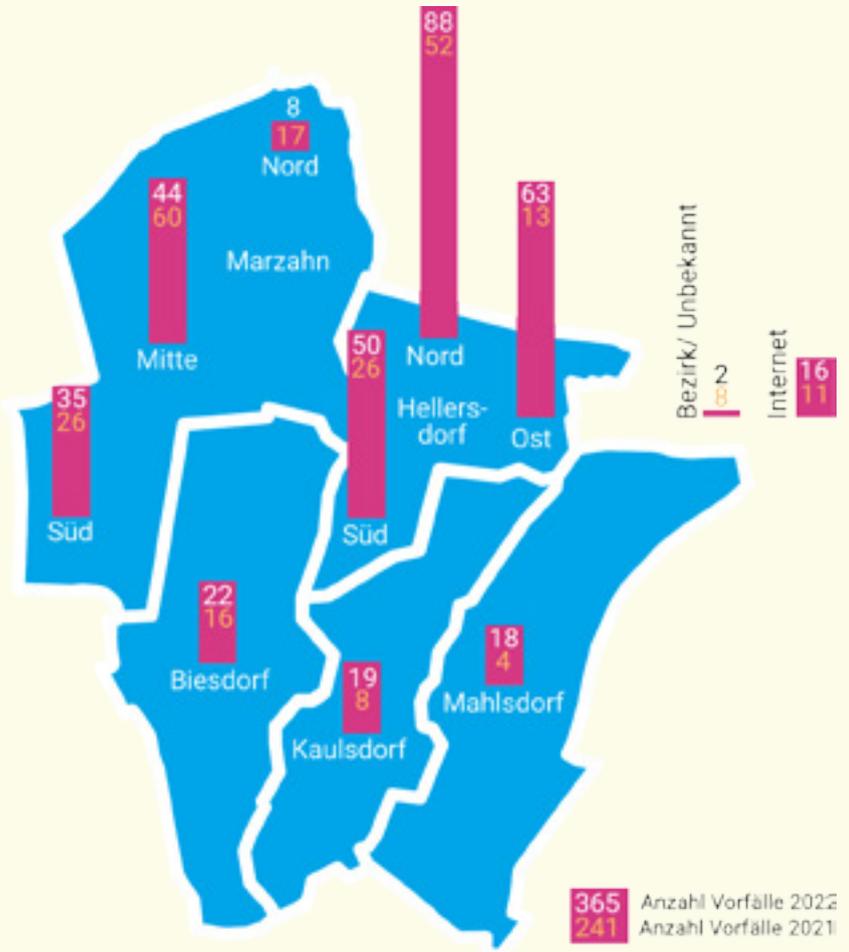
Link in Bio



Marzahn-Hellersdorf

Marzahn-Hellersdorf liegt am östlichen Rand von Berlin. Der Bezirk hat rund 290.000 Einwohner*innen und weist in seinen neun Regionen (Marzahn-Nord, Marzahn-Mitte, Marzahn-Süd, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Hellersdorf-Nord, Hellersdorf-Ost und Hellersdorf-Süd) jeweils unterschiedliche Strukturen auf. Neben dem Standort des größten zusammenhängenden Plattenbaugebiets Europas ist Marzahn-Hellersdorf auch einer der grünsten Berliner Bezirke, was nicht nur an den „Gärten der Welt“ liegt. Zudem prägen an anderen Stellen große Einfamilienhaussiedlungen das Erscheinungsbild des Bezirks.

In Bezug auf extrem rechte und diskriminierende Aktivitäten gibt es im Bezirk seit Jahren Versuche zur Etablierung eigenständiger Szenen. Insbesondere zwischen 2013 und 2016 wiesen diese ein vergleichsweise hohes Mobilisierungspotenzial mit rassistischen Themensetzungen auf. In den Folgejahren sank die Zahl rassistischer Mobilisierungen gegen Geflüchtete. Im Gegenzug stieg die Zahl extrem rechter Propaganda im Straßenbild.



Plakate des „III. Weg“ in Hellersdorf



Beschädigte Gedenktafel für ein Opfer rechter Gewalt



Kontakt:
Register Marzahn-Hellersdorf
 Stiftung SPI
 Frankfurter Allee 35 – 37
 10247 Berlin

Tel.: 030 - 99 27 50 98
 Mobil: 0172 - 8695497
 Mail: register-mh@stiftung-spi.de
 Twitter: @RegisterMaHe
 Instagram: @RegisterMaHe

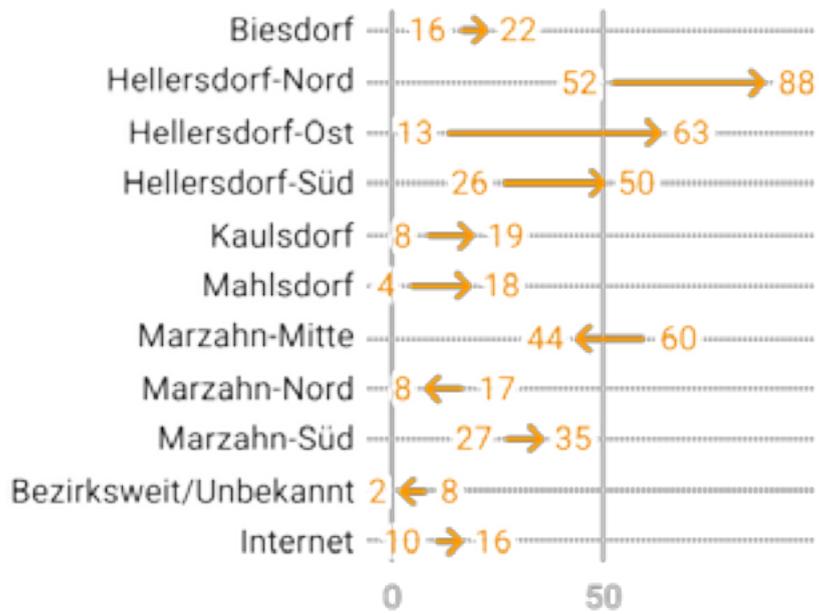
Die Zahl der gemeldeten Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf ist mit 365 im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr (241 Vorfälle) erheblich gestiegen. Das ist der bisher höchste Stand an dokumentierten Vorfällen in Marzahn-Hellersdorf. Für diese Entwicklung sind in erster Linie zwei Ursachen zu nennen: Zum einen wurde das Melder*innennetzwerk des Registers weiter ausgebaut und neue Zielgruppen wurden erschlossen. Zum anderen nahm die Propaganda der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ erheblich zu. Rund die Hälfte aller Meldungen (176 von insgesamt 365) aus dem Jahr 2022 stehen im Zusammenhang mit der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“.

Vorfallarten: Marzahn-Hellersdorf bleibt Aktionschwerpunkt des „III. Wegs“

Trotz eines Anstiegs der Gesamtzahl der Vorfälle ist die Anzahl der gemeldeten **Angriffe** (2021: 11; 2022: 9), **Veranstaltungen** (2021: 18; 2022: 13) und **strukturellen Benachteiligungen** (2021: 10; 2022: 7) im Vergleich zum Jahr 2021 leicht gesunken. Nachdem die gemeldeten Angriffe zu Beginn der Coronapandemie im Jahr 2020 zunächst leicht angestiegen sind, sind die Meldungen nunmehr zurückgegangen. Im Jahr 2020 handelte es sich noch überwiegend um rassistisch motivierte Angriffe. 2022 wurden neben rassistischen Attacken auch zwei schwere Angriffe gegen obdachlose Menschen sowie drei Angriffe auf politische Gegner*innen gemeldet, wobei auch Minderjährige von den Taten betroffen waren.

Anfang des Jahres gab es mehrere verschwörungsideologische Versammlungen durch Marzahn und Hellersdorf, an denen in unterschiedlicher Zusammensetzung Anwohner*innen und Personen aus dem Spektrum von NPD, „III. Weg“ und AfD

Veränderung beim Ort der Vorfälle



teilnehmen. Mitglieder des „III. Wegs“ verteilten auf mindestens einer der Versammlungen Propaganda-Material. Die größtenteils unwidersprochene Teilnahme extrem rechter Akteur*innen bei Veranstaltungen ist ein Zeichen dafür, dass die extreme Rechte im Bezirk anschlussfähig ist. Neben der Teilnahme an den genannten Versammlungen führte der „III. Weg“ im Juni, November und Dezember sogenannte „Streifen“ durch. Dabei trugen die Neonazis einheitliche Kleidung mit ihrem Logo, verteilten Flugblätter und inszenierten sich als Bürgerwehr. Auf diese Weise sollen Dominanzansprüche zur Schau gestellt werden. Entsprechende Orte können für Betroffene von rechter, rassistischer und LGBTIQ*-feindlicher Gewalt zu Angst-Räumen werden.

Die größte Zunahme von Vorfällen verzeichnete die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2022 im Bereich der

Propaganda. Hierbei ist vor allem die verstärkte Aktivität der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ als Ursache zu benennen. 159 der 290 gemeldeten Propaganda-Vorfälle, das ist über die Hälfte, stehen im Zusammenhang mit dem „III. Weg“. Es zeigt sich, dass der Bezirk ein Aktionsschwerpunkt der Neonazi-Organisation ist. Hier fanden im Berliner Vergleich die meisten Aktivitäten der Neonazi-Partei statt.

Einen leichten Anstieg gab es bei der Anzahl der gemeldeten **Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien** (2021: 27; 2022: 29). Neben zahlreichen rassistischen Bedrohungen im Alltag (in der U-Bahn, einer Bankfiliale, bei einem Fußballspiel) wurden im vergangenen Jahr 5 LGBTIQ*-feindliche Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien gemeldet. Hierbei handelte es sich einerseits um Anfeindungen im Rahmen der jährlichen Marzahn Pride,

Beispielvorfälle

10. Januar 2022

Morgens wurden Plakate von der Neonazipartei „Der III. Weg“ rund um den Alice-Salomon-Platz, in der Hellersdorfer Straße und am Cottbusser Platz entdeckt und entfernt. Die Plakate wurden wenige Stunden vor einer Versammlung von Antifaschist*innen entlang der angemeldeten Strecke angebracht. Weiterhin wurden zahlreiche Aufkleber vom „III. Weg“ an Stromkästen in Hellersdorf-Süd entdeckt und entfernt. *Quelle: Augenzeug:in / Register MH*

15. April 2022

Am Nachmittag wurde ein Minderjähriger von drei Angehörigen der extrem rechten Szene angegriffen, die diesen für einen Linken hielten. Über zwei Stunden verfolgte die Angreifergruppe den Betroffenen. Einer der Angreifer schubste schließlich auf dem Alice-Salomon-Platz den Betroffenen, hielt ihn fest und schrie ihn an. Als Menschen eingriffen und die Polizei herbeigerufen wurde, verschwanden die Täter. *Quelle: Augenzeug:in / Register MH*

9. August 2022

Nahe einer internationalen Schule und einer russischsprachigen KiTa an der Allee der Kosmonauten wurden Schmierereien mit antislawisch rassistischem Inhalt entdeckt. Sie riefen auf besonders brutale Weise zum Mord an russischen Kindern auf. *Quelle: Caritas / Register MH*

andererseits auch um Hasskommentare im Internet. Diese Entwicklung reiht sich in übergreifende gesellschaftliche Dynamiken ein. So gab es berlinweit zahlreiche Angriffe im Kontext von Pride-Veranstaltungen. Allein am Tag des CSD (Christopher Street Day) wurden in Berlin 10 LGBTQI*-feindliche Übergriffe dokumentiert.

Auch politische Gegner*innen der extremen Rechten wurden bedroht. Im Juli versuchten ca. zehn Anhänger des „III. Wegs“ eine Informationsveranstaltung, bei der Neonazi-Aktivitäten in Marzahn-Hellersdorf thematisiert werden sollten, zu stören. Sie näherten sich in Parteikleidung dem Veranstaltungsort und bedrohten Personen, die sie in der Umgebung antrafen. Weitere Bedrohungen und Pöbeleien durch Neonazis fanden im Umfeld von Gedenkveranstaltungen statt. Auf diese Weise sollen zivilgesellschaftlich engagierte Menschen eingeschüchtert werden.

Zugenommen hat auch die Anzahl der **Sachbeschädigungen** (2021: 11; 2022: 16). Darunter zählten gesprühte Hakenkreuze, u. a. an einer Jugendfreizeiteinrichtung oder in Wohnhäusern, die mutwillige Zerstörung oder Beschädigung von Gedenktafeln an Todesopfer rechter Gewalt sowie ein Brandanschlag auf eine internationale Schule, der mutmaßlich in Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine stand.

Die 7 gemeldeten Vorfälle von **struktureller Benachteiligung** waren ausschließlich antiziganistisch motiviert. Die benannten Vorfälle fanden in einem Fall an der Kasse eines Ladengeschäfts statt; in allen weiteren Fällen in Marzahn-Hellersdorfer Behörden. Aufgrund von Vorurteilen gegenüber Sinti*innen und Rom*innen werden den Betroffenen so systematisch die Möglichkeiten zu einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe genommen.

Hohes Dunkelfeld bei LGBTQI*-Feindlichkeit und Rassismus – Neonazi-propaganda prägt Motive

Das vermehrte Aufkommen von Propaganda der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ spiegelt sich auch in der inhaltlichen Zuordnung der Vorfälle wider. Vor allem in den Kategorien „Selbstdarstellung rechter Akteurinnen und Akteure“, Rassismus, politische Gegner*innen, LGBTQI*-Feindlichkeit und Antisemitismus macht die Propaganda des „III. Wegs“ einen großen Anteil der Vorfälle aus. So wurden beispielsweise Sticker, Plakate und Graffiti

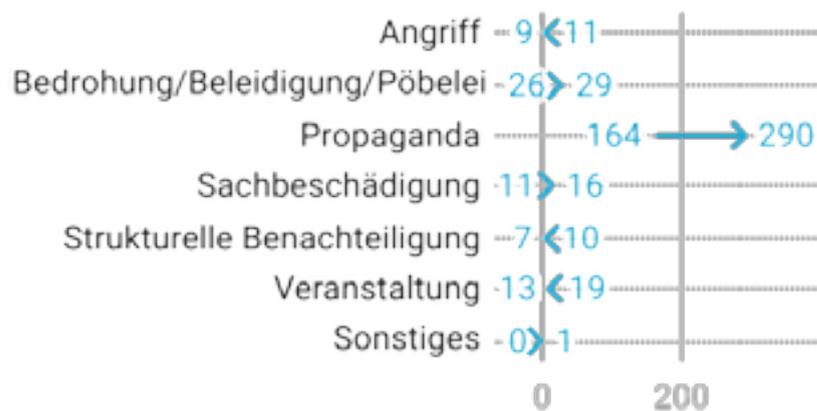
mit Werbung für extrem rechte Gruppen, Parteien oder Internetseiten angebracht. 119 der Vorfälle von rechter Selbstdarstellung, also rund drei Viertel, sind allein dem Umfeld des „III. Wegs“ zuzurechnen.

Gestiegen ist ebenfalls die Anzahl **NS-verharmlosender und -verherrlichender** Vorfälle (2021: 49; 2022: 60). Neben Schmierereien, die extrem rechte Zahlen-codes (z.B. „88“, was als Abkürzung für den achten Buchstaben im Alphabet, also „Heil Hitler“, benutzt wird) zeigten, wur-

gessenheit. Aus Erzählungen ist bekannt, dass deutlich mehr Vorfälle passieren als gemeldet werden.

Die Vorfälle gegen **politische Gegner*innen** sind hingegen angestiegen (2021: 38; 2022: 51). Hierzu zählt auch die wiederholte Diffamierung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf durch Vertreter der AfD. Dabei wurde die Arbeit vom Demokratiebündnis u. a. dadurch diskreditiert, dass es durch Falschbehauptungen in die Nähe von Straftaten gerückt wurde.

Veränderung bei der Art der Vorfälle



den 24 geschmierte Hakenkreuze gemeldet. Im Vergleich dazu wurden 2021 nur halb so viele Hakenkreuz-Schmierereien (12) registriert.

Bei den **LGBTQI*-feindlichen** Vorfällen (2021: 12; 2022: 17) ist, trotz des bereits erfassten Anstiegs, eine hohe Dunkelziffer zu vermuten. Im Laufe des Jahres meldeten sich wiederholt Betroffene, die von Transfeindlichkeit im Bezirk berichteten. Diese Vorfälle wurden nicht von der Registerstelle dokumentiert, weil Betroffene sich entweder von den Tätern eingeschüchtert fühlten oder aber die Vorfälle als derart alltäglich und häufig beschrieben, dass sie selbst nicht mehr die genauen Daten und Situation aufzählen konnten. Im Jahr 2023 soll deshalb ein Fokus auf das Monitoring von LGBTQI*-feindlichen Vorfällen gelegt werden, um die Dunkelziffer zu erhellen.

Die Anzahl gemeldeter **rassistischer Vorfälle** ist relativ konstant (2021: 59; 2022: 61). Auch hier muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Mit den regelmäßigen Personalwechseln in Geflüchtetenunterkünften gerät die Meldemöglichkeit an das Register in Ver-

Orte: Aktivitäten des „III. Wegs“ führen zu Schwerpunkten in Hellersdorf

Lokale Schwerpunkte der Meldungen im Gesamtbezirk Marzahn-Hellersdorf sind in den Großsiedlungen in **Hellersdorf-Nord** (2021: 52; 2022: 88), **Hellersdorf-Ost** (2021: 13; 2022: 63) und **Hellersdorf-Süd** (2021: 26; 2022: 50). Das liegt nicht nur daran, dass es in diesen Bezirksregionen eine höhere Bevölkerungsdichte und mehr öffentliche Infrastruktur als in anderen Bezirksteilen gibt, sondern in diesen drei Hellersdorfer Regionen ist der „III. Weg“ besonders aktiv. 176 aller 365 gemeldeten Vorfälle aus dem Gesamtjahr 2022, das ist rund die Hälfte aller Meldungen, standen im Zusammenhang mit dem „III. Weg“. Davon wurden drei Viertel in Hellersdorf-Nord, -Ost und -Süd verzeichnet. Schwerpunktreionen des „III. Wegs“ waren die Gebiete um den Alice-Salomon-Platz, den Cottbusser Platz, die Neue Grottkauer Straße und den Kastanienboulevard. Aufgrund der Menge und der immer gleichen Standorte liegt die Vermutung nahe, dass einzelne Aktivistinnen und Aktivisten der Partei die Propaganda vor allem im Alltag in ihren Wohnumfeldern verteilen. Die bezirklichen Siedlungsgebiete **Mahlsdorf** (2021: 4; 2022: 18), **Kaulsdorf** (2021: 8;

Marzahn-Hellersdorf

2022: 19) und **Biesdorf** (2021: 16; 2022: 22) weisen im Vergleich zu den Großsiedlungen niedrigere Fallzahlen auf. Allerdings lässt sich auch dort eine Zunahme der Vorfälle feststellen. Dies kann u. a. mit der Erschließung neuer Melder*innen in den Regionen erklärt werden.

In **Marzahn-Mitte** (2021: 60; 2021: 44) und **Marzahn-Nord** (2021: 17; 2022: 8) sind die Vorfälle stark zurückgegangen. Das lässt sich u.a. damit begründen, dass die Schriftzüge mit der Aufschrift „SKINS“ (mit doppelter Sig-Rune) zurückgegangen sind, weniger verschwörungsideologische Veranstaltungen stattfanden, die Aktivitäten vom „III. Weg“ in den Regionen abnahmen und keine diskriminierenden Wortbeiträge aus den Bezirksverordnetenversammlungen gemeldet wurden.

In **Marzahn-Süd** (2021: 27; 2022: 35) sind die Vorfälle allerdings gestiegen. Hierbei handelte es sich vor allem um wiederholte Neonazi-propaganda entlang der Poelchastraße und zahlreiche Hakenkreuz-Schmierereien. Weiterhin gab es zwei Vorfälle im Umfeld einer internationalen Schule in Marzahn-Süd, die mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine in Verbindung standen.

Rechte Parteien: Bedeutungsverlust der NPD, Aktionschwerpunkt des „III. Wegs“, Wahlerfolge für die AfD

Die Entwicklungen im Jahr 2022 zeigen, dass der Anstieg der Vorfälle im Bezirk Marzahn-Hellersdorf maßgeblich auf die hohe Aktivität des „III. Wegs“ zurück-

zuführen ist, dessen Kader im Bezirk wohnen.

Der „III. Weg“ kann nicht als klassische Partei betrachtet werden, denn die Gruppierung strebt politische Veränderung nur bedingt über demokratische Beteiligung in den (Bezirks-)Parlamenten an. Für die vergangenen Wahlen in Berlin reichte sie demzufolge auch keine Wahlvorschläge ein. Stattdessen wird (bislang erfolglos) versucht, eine „nationalrevolutionäre“ Bewegung zu organisieren. Die Parteistrukturen dienen dabei vor allem als legaler Sammelpunkt für Neonaziaktivistinnen und -aktivisten.

Die Aktivitäten der **NPD** sind im Gegensatz zum „III. Weg“ deutlich zurückgegangen (insgesamt 15 Vorfälle im Jahr 2022, 2019 waren es noch 34). Dies liegt vor allem daran, dass Personen aus dem Spektrum der NPD zum „III. Weg“ übergelaufen sind.

In Marzahn-Hellersdorf erhielt die **AfD** im berlinweiten Vergleich bei der Wiederholungswahl im Februar 2023 die höchsten Wahlergebnisse. Im Bezirk gewann sie die einzigen beiden Direktmandate der Stadt. In einigen Wahllokalen in Hellersdorf-Nord und Marzahn-Nord erhielt die Partei über 40 Prozent, wobei die Wahlbeteiligung in ebendiesen Orten sehr gering war (zumeist unter 30 Prozent). 2022 dokumentierte das Marzahn-Hellersdorfer Register 11 Vorfälle mit Bezug zur AfD. Dabei handelte es sich in 8 Fällen um diskriminierende Propaganda und Pöbeleien im Internet. Zwei Fälle waren

Einwurfsendungen in Briefkästen mit diskriminierenden Inhalten. Im März wurde eine Veranstaltung mit einem Redner des ehemaligen völkisch-nationalistischen Höcke-„Flügels“ der Partei erfasst. Weitere Veranstaltungen der AfD fanden im benachbarten Hönow (Brandenburg) statt, weshalb sie nicht in die Auswertung der Registerstelle eingehen.

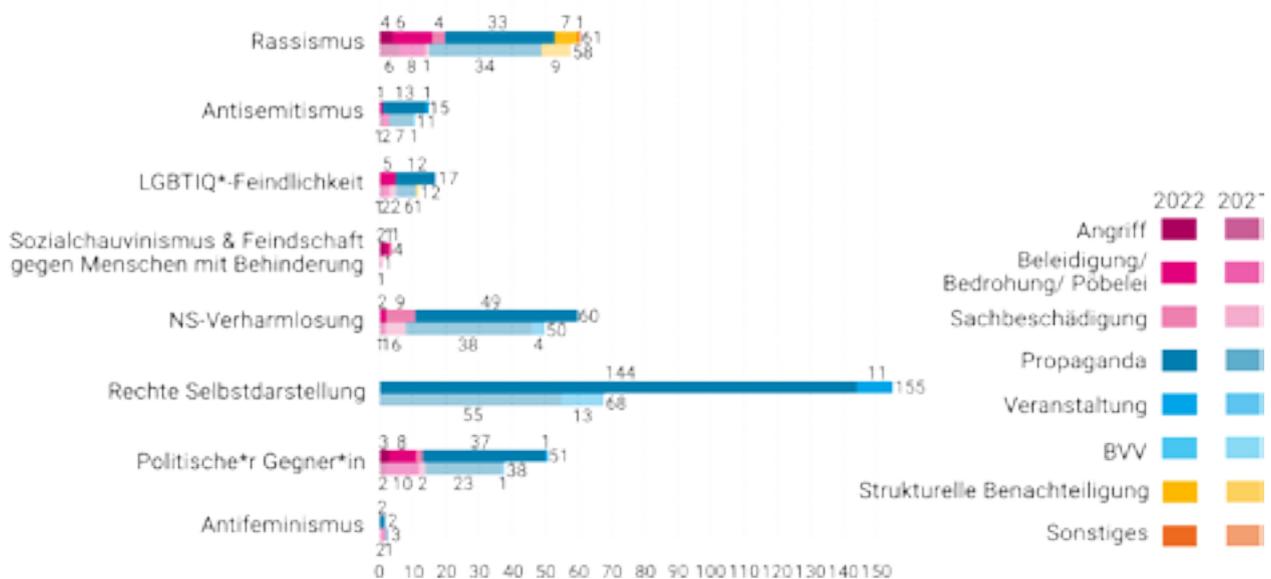
Die konstant hohe Anzahl der gemeldeten Vorfälle zeigt weiterhin Handlungsbedarf für demokratische Akteur*innen im Bezirk auf.

Den ausführlichen Jahresbericht für Marzahn-Hellersdorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder gedruckt bestellen.



Jahresbericht 2022

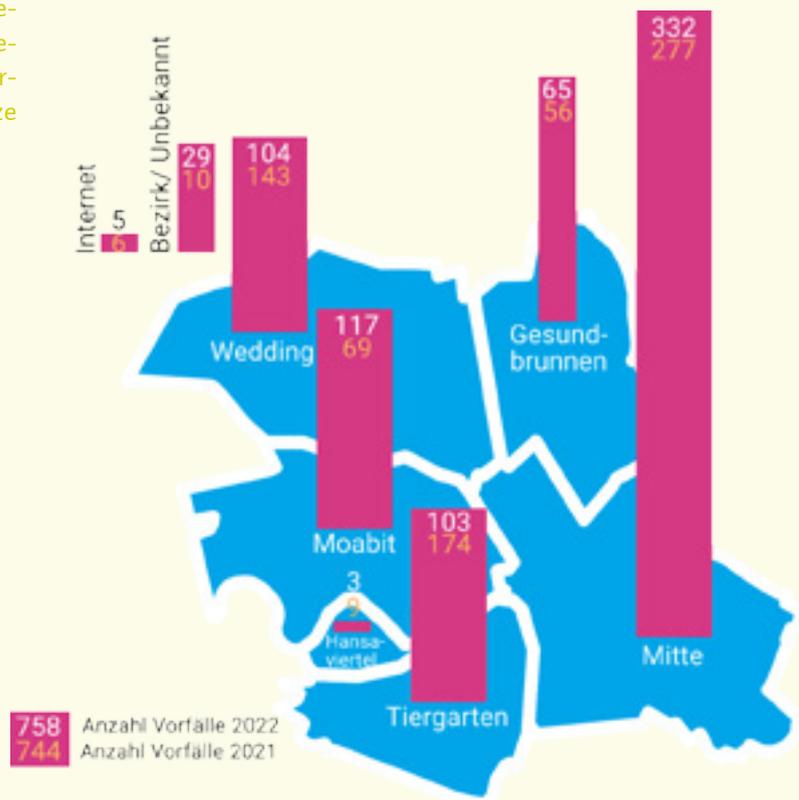
Register Marzahn-Hellersdorf
Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle



Mitte

Der Bezirk Berlin-Mitte umfasst die Ortsteile Mitte, Moabit, Tiergarten, Wedding, Gesundbrunnen und das Hansaviertel. Im Dezember 2021 hatte er fast 390.000 Einwohner*innen.

Zum Bezirk gehören Regierungsviertel, in denen besonders viele Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden, sowie viele Verkehrsknotenpunkte, belebte öffentliche Plätze und Einkaufsgegenden.



Tag der Zivilcourage auf dem Leopoldplatz in Berlin-Wedding



Kontakt:
Registerstelle Berlin-Mitte
 NARUD e.V.
 Brüsseler Str. 36
 13353 Berlin

Tel.: 030 - 40757551
 0157 - 76318728
 Mail: register@narud.org
 Twitter: @narud.ev

Mitte

Im Bezirk Mitte wurden 758 Vorfälle im Jahr 2022 erfasst, gegenüber 745 (2021) und 609 (2020). Damit ist Mitte, wie bereits in den letzten fünf Jahren, der Bezirk mit den meisten Vorfällen und einer der wenigen Bezirke, der auch im Jahr 2022 einen Anstieg der Vorfälle verzeichnen konnte. Wie schon in den beiden Vorjahren registrierte das Register Mitte besonders viele extrem rechte, verschwörungsideologische Demonstrationen und Kundgebungen, vor allem im Regierungsviertel und im Ortsteil Mitte.

Mit dem Ende der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie im Frühjahr verlagerten Akteur*innen der extremen Rechten den Fokus ihrer Veranstaltungen auf den Krieg in der Ukraine und die damit einhergehende Fluchtbewegung. Auf diesen Demonstrationen wurden nicht nur Antisemitismus, Rassismus und NS-verharmlosende Verschwörungsmymen verbreitet, von ihnen ging auch immer wieder Gewalt gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten, Journalist*innen, Geflüchtete und andere Menschen aus. Zudem verzeichnete das Register einen quantitativen und qualitativen Anstieg der LGBTIQ*-feindlichen Gewalt in Mitte. Der Krieg und die mit ihm einhergehende Fluchtbewegung aus der Ukraine schlugen sich auch in anderen Kategorien nieder. Mehr als 20 Prozent aller in Mitte registrierten Vorfälle hatten einen Bezug zum Krieg in der Ukraine.

Übergriffe in Mitte

Mit 63 Angriffen wurde ein leichter Zuwachs gegenüber dem Vorjahr mit 56 Angriffen verzeichnet. 2020 wurden ebenfalls 63 Angriffe registriert. Noch nie gingen so viele Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen von Kundgebungen und Demonstrationen aus. Das Register registrierte 17 Angriffe im Umfeld von Veranstaltungen. Diese richteten sich

häufig gegen Journalist*innen, betrafen aber auch Gegendemonstrant*innen und Passant*innen. 18 Angriffe fanden im öffentlichen Personennahverkehr statt. Dabei bildeten die Bahnhöfe Alexanderplatz und Gesundbrunnen die Schwerpunkte. Mit 179 Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien wurde nach 170 im Jahr 2021 und 166 im Jahr 2020 ein neuer Höchststand erreicht. Darunter waren 40 Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien, die im Umfeld von Kundgebungen und Demonstrationen stattfanden. Wenn Demo-Teilnehmende mit dem ÖPNV abreisten, gingen von ihnen immer wieder Bedrohungen und Beleidigungen aus. Mehrfach beleidigten Teilnehmende von Kundgebungen aus dem Reichsbürger*innenmilieu am Hauptbahnhof Geflüchtete aus der Ukraine. Ebenfalls 40 Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien wurden im ÖPNV dokumentiert. Dabei waren der Hauptbahnhof und der Alexanderplatz Schwerpunkte.

LGBTIQ*-feindliche Gewalt

Viele der Übergriffe (14 Angriffe, 17 Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien) im ÖPNV und in der Umgebung der Verkehrsknotenpunkte in Mitte waren LGBTIQ*-feindlich motiviert. So wurde im Februar am U-Bahnhof Gesundbrunnen eine 25-jährige Frau, die eine andere Frau küsste, von einem unbekanntem Mann beschimpft, geschlagen und zu Boden gestoßen. Der Verkehrsknotenpunkt mit den meisten LGBTIQ*-feindlichen Angriffen war der Alexanderplatz mit 5 Angriffen. Im Bahnhof Gesundbrunnen wurden dem Register 2 Gewalttaten gemeldet. Insgesamt 8 Angriffe und 4 Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien mit LGBTIQ*-feindlicher Motivation fanden in Bussen, Straßen-, U- und S-Bahnen sowie in Bahnhofsgebäuden statt. Die Anzahl registrierter transfeindlicher Vorfälle stieg in Mitte an. Neben 3 transfeindlichen Veranstaltungen wurden 5 transfeindliche Angriffe

und 6 transfeindliche Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien registriert.

Der andere Schwerpunkt LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle war die Masse an Vorfällen rund um den CSD. In den Wochen vor und nach dem 23.07.2022 kam es in Mitte zu 16 Vorfällen, welche direkt mit dem CSD zusammenhingen. In diesem Zeitraum wurden 5 Angriffe, 5 Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien, 3 Propaganda-Vorfälle, 2 strukturelle Benachteiligungen und eine Sachbeschädigung registriert. Auch hier konzentrierten sich sowohl die Angriffe als auch die Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien rund um die zentralen Verkehrsknotenpunkte des Bezirks. Die meisten Angriffe erfolgten aus Gruppen heraus. 2021 registrierten wir nur 4 Vorfälle mit Bezug zum CSD, darunter einen Angriff.

Rassismus macht ein Drittel der Vorfälle aus

Die Zahl der rassistischen Vorfälle in Berlin-Mitte ging auf 262 zurück (2021: 307). Besonders stark war der Rückgang bei rassistischen Veranstaltungen. Hatten wir im Jahr 2019 noch 113 rassistische Veranstaltungen dokumentiert, gab es seitdem einen ständigen Rückgang auf nur noch 7 im Jahr 2022. Die Mehrheit der extrem rechten Akteur*innen, welche zuvor rassistische Demonstrationen organisiert hatten, haben ihren thematischen Fokus zuerst auf die Pandemie und dann auf den Krieg in der Ukraine gelegt.

Auch der generelle Rückgang von Propaganda-Vorfällen trug zum Rückgang rassistischer Vorfälle bei. Anti-muslimisch-rassistische Propaganda war dabei eine Ausnahme. Hier blieben die Vorfälle nahezu konstant. Die Anzahl anti-Schwarzer rassistischer Vorfälle blieb mit 89 gleich, während antiziganistische Vorfälle mit 43 (2021: 14) stark anstiegen. Bei den beiden

19. Februar 2022

Eine 25-jährige Frau hatte sich gegen 4.15 Uhr mit einer 26-Jährigen auf dem Bahnsteig der Linie U8 im U-Bahnhof Gesundbrunnen geküsst. Daraufhin ging ein unbekannter Mann auf sie zu, stellte sie in türkischer Sprache zur Rede, schlug anschließend auf sie ein und stieß sie zu Boden, wobei die 25-Jährige eine Verletzung erlitt.

Quelle: Polizeimeldung vom 19.02.2022, Queer.de vom 19.02.2022, Tagesspiegel vom 19.02.2022

29. April 2022

Gegen 17:30 Uhr ging ein afrikanischer Geflüchteter aus der Ukraine mit einer freiwilligen Helferin zu einem Infostand für Geflüchtete am Berliner Hauptbahnhof, da er eine Unterkunft suchte. Ein weißer Mann, ca. 40-50 Jahre alt, in silberner Weste, zeigte dem Geflüchteten Listen mit Wohnungsangeboten. Da diese viel zu teuer waren, ging die Helferin mit ihm zu einem anderen Unterkunftsvermittlungsstand für Geflüchtete. Der Freiwillige in der silbernen Weste folgte

ihnen dorthin, wobei er dem Geflüchteten erklärte, dass hier keine Unterkünfte für „strong, healthy men like you“ vermittelt würden und sagte der begleitenden Freiwilligen wahrheitswidrig, dass der Stand nur für wirklich vulnerable Gruppen da sei wie Mütter oder alte Menschen, „nicht für Leute wie ihn“. Die Freiwillige wies ihn darauf hin, dass diese Unterkunftsvermittlung explizit auch für Schwarze Personen und People of Color da sei.

Quelle: Registerstelle Mitte, Bürger*innenmeldung



letzten Motivkategorien gab es besonders viele Vorfälle, in denen Menschen betroffen waren, die aus der Ukraine fliehen mussten.

Strukturelle Benachteiligung von Ukraine-Geflüchteten

Mit 89 erfassten strukturellen Benachteiligungen wurde der Höchststand von 2021 übertroffen. Seit 2020 hat sich die Zahl der Vorfälle in dieser Kategorie mehr als verdreifacht. In dieser Kategorie erfassen wir Vorfälle wie Leistungsverweigerungen und Diskriminierungen an Schulen, in Behörden, bei der Arbeit oder bei der Wohnungssuche. Mehr als 40 Prozent der strukturellen Diskriminierungen richteten sich dabei gegen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen mussten. Insbesondere Rom*nja sowie afrikanische und Schwarze Ukraine-Geflüchtete waren betroffen. Dabei waren der Hauptbahnhof und das Landesamt für Einwanderung in Moabit die Orte mit den meisten Vorfällen. Am Hauptbahnhof erfuhren Geflüchtete direkt nach der Ankunft vielfache

Diskriminierungen. Dabei wurde den betroffenen Geflüchteten häufig unterstellt, keine "richtigen" Geflüchteten zu sein und ihnen aus diesem Grund der Zugang zu Essen, Unterbringung oder Beratung verwehrt. Am Landesamt für Einwanderung versuchten Behördenmitarbeitende immer wieder, Geflüchteten Leistungen zu verweigern, auf welche sie ein Anrecht hatten. Sowohl am Hauptbahnhof als auch beim Landesamt für Einwanderung betrafen diese Diskriminierungen besonders häufig Rom*nja und Schwarze Menschen. Beim Landesamt für Einwanderung waren auch aus der Ukraine geflüchtete Vietnames*innen betroffen.

Die besonderen Diskriminierungen von Schwarzen Ukraine-Geflüchteten und die enorme, in kürzester Zeit in Gang gesetzte Unterstützungsarbeit der Schwarzen und afrikanischen Communitys in Deutschland, aber auch in Polen mit einer nur sehr kleinen afrikanischen Diaspora, waren deshalb das Thema eines Fachtages des Registers Mitte.

Mitte ist der Bezirk mit den meisten antisemitischen Vorfällen

Nach einem starken Anstieg auf 148 Vorfälle im Jahr 2021 sank die Zahl antisemitischer Vorfälle mit 101 wieder auf das Niveau von 2020 (100). Dennoch wurden 20 Prozent mehr antisemitische Vorfälle als vor Beginn der Pandemie verzeichnet. 6 Angriffe und 24 Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien mit antisemitischer Motivation wurden gemeldet. Eine Gedenkdemostration anlässlich der Pogromnacht von 1938 am 09.11. durch Moabit wurde das Ziel von 5 Übergriffen. Teilnehmende wurden mehrfach von Anwohner*innen und Passant*innen antisemitisch beschimpft und der Demonstrationszug wurde aus einem Wohnhaus mit Eiern beworfen.

Von insgesamt 15 Sachbeschädigungen im Bezirk waren 11 antisemitisch motiviert. Häufig waren dabei Gedenkorte die Ziele. So wurde 2022 der Stolperstein für Kiwe Wild in der Barfußstraße gleich zwei Mal beschädigt. Am 28.10.22 stellten Bürger*innen fest, dass im Stolperstein

14. Mai 2022

Am Rande einer Demonstration „Gegen Angriffe des Türkischen Staats in Kurdistan“ zeigten Passanten am Potsdamer Platz und Unter den Linden den Wolfsgruß, ein Handzeichen türkischer Faschisten („Graue Wölfe“).
Quelle: Registerstelle Mitte

8. Oktober 2022

Eine Demonstration der AfD unter dem Motto „Unser Land zuerst“ zog durch das Regierungsviertel. Dabei kam es zu

einer Reihe von Vorfällen. Ein AfD-Redner bezeichnete Außenministerin Baerbock als „Sprechpuppe der Globalisten“ und verwendete damit einen strukturell antisemitischen Code. Es waren Russland-Fahnen und Fahnen aus dem Reichsbürgermilieu zu sehen. Vertreter*innen des rechten, verschwörungsideologischen Milieus sprachen sich auf Schildern gegen einen angeblichen „Great Reset“ aus. Ebenso wurden einwanderungsfeindlich-rassistische und völkische Parolen gerufen. Mehrere Teilnehmer*innen der De-

monstration zeigten Hitlergrüße.

Quelle: Registerstelle Mitte, Democ, JFDA

3. November 2022

Der Stolperstein für Kiwe Wild in der Barfußstraße im Wedding wurde massiv mit einer Bohrmaschine beschädigt. Kiwe Wild wurde 1941 im KZ Buchenwald ermordet. Der Stolperstein war bereits im Mai 2021 mit Sig-Runen beschmiert und zuletzt erst am 28.10. diesen Jahres mit Einkerbungen beschädigt worden.

Quelle: Antifa Wedding



Einkerbungen waren. Eine Woche später wurde der Stolperstein dann massiv mit einer Bohrmaschine beschädigt. Kiwe Wilds Stolperstein war bereits in den vergangenen Jahren mehrfach das Ziel von Sachbeschädigungen.

Es wurden 16 antisemitische Veranstaltungen erfasst. Davon waren 11 dem verschwörungsideologischen Milieu zuzuschreiben. Auf 7 Demonstrationen wurde der Holocaust geleugnet. Auf 2 Kundgebungen wurde Israel-bezogener Antisemitismus verbreitet.

Extreme Rechte mit Veranstaltungen sichtbar

Obwohl die verschwörungsideologischen und extrem rechten Szenen weitaus weniger Teilnehmende zu ihren Kundgebungen und Demonstrationen mobilisieren konnten als in den letzten beiden Jahren, erfasste das Register Mitte mit 234 Vorfällen mehr Veranstaltungen als in allen Vorjahren. 121 dieser Veranstaltungen waren im Reichsbürger*innenmilieu zu verorten. Bei 190 Veranstaltungen spielte die Corona-Pandemie eine Rolle. Im Umfeld von Demonstrationen und Kundgebungen kam es zu 9 erfassten Angriffen auf Journalist*innen, von denen 6 von verschwörungsideologischen Veranstaltungen ausgingen. Die Reichsbürger*innen konzentrierten sich auf drei Orte im Bezirk: Den Pariser Platz, den Alexanderplatz und die Reichstagswiesen.

Am Pariser Platz wurden Kundgebungen von verschiedenen Kleingruppen von 10 bis 20 Personen, vor allem aus dem Reichsbürger*innenmilieu, veranstaltet. Am Alexanderplatz wurden die Veranstaltungen zu Beginn des Jahres von der extrem rechten, verschwörungsideologischen Gruppe "Patriotic Opposition Europe", später von der reichsideologischen Gruppe "Freie Geister" organisiert. Während sich die Veranstaltungen am Alexanderplatz zu Jahresbeginn mit der Pandemie beschäftigten und bis zu 2000 Menschen teilnahmen, wechselte die Themensetzung ab dem Frühjahr zum Krieg in der Ukraine. Im Jahresverlauf konnten nur noch selten über 100 Teilnehmende mobilisiert werden. Auf den Wiesen vor dem Reichstag veranstalteten verschiedene, zum Teil nicht klar unterscheidbare Reichsbürger*innen-Gruppen insgesamt 39 Kundgebungen und Demonstrationen. Die kleine Gruppe "staatenlos.info" hielt davon mindestens 12 Kundgebungen ab und stellte für eine Reihe anderer Veranstaltungen Bühnenausrüstung zur Verfügung. Eine Demonstration, von der besonders viel Gewalt ausging, war die "Unser Land zuerst" Demonstration der AfD am 8.10.2022. Im Umfeld dieser Demonstration registrierten wir 4 Angriffe auf Journalist*innen. Neben AfD-Abgeordneten, Mitgliedern und Sympathisant*innen nahmen Menschen aus einem breiten Spektrum der extremen Rechten, von Verschwörungsideolog*innen über Neo-

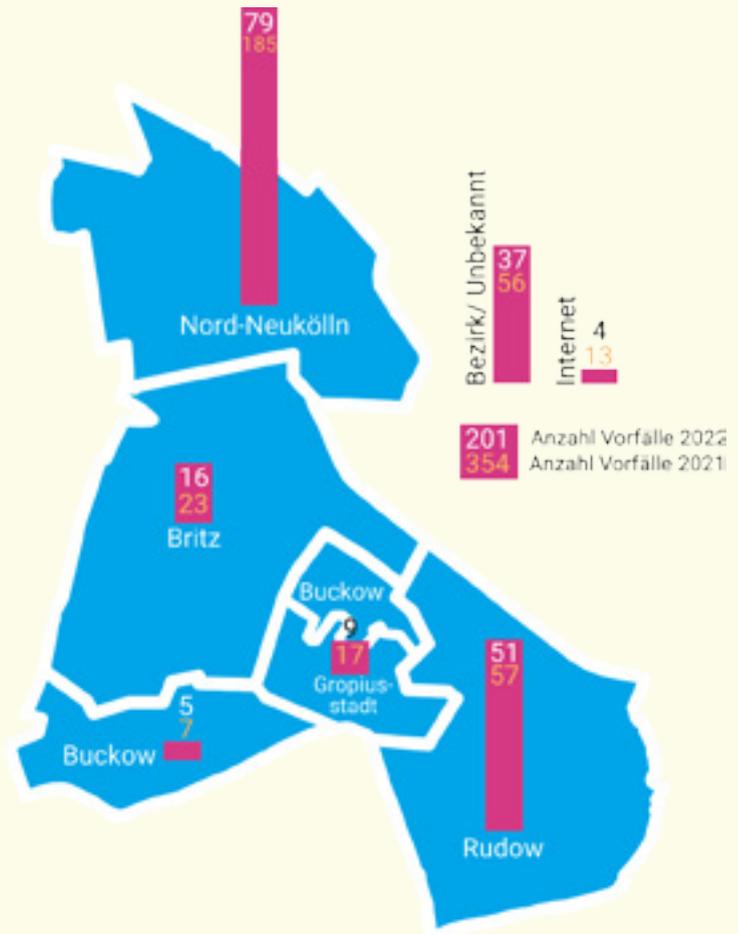
nazis und Reichsbürger*innen teil. Derartige Großdemonstrationen waren für das klassische Neonazispektrum eine der wenigen Möglichkeiten, in Mitte offen in Erscheinung zu treten. Neben vereinzelt Aktivist*innen aus dem Umfeld der NPD trat dort auch die Neonazikleinpartei "Der III. Weg" auf. Beide verbreiteten zwar ihre Propaganda in Mitte, veranstalteten darüber hinaus aber nur kurze Propaganda-Events und reisten wieder ab, bevor sich Zivilcourage regen konnte.

Aus dem starken Anstieg von Übergriffen im Umfeld von Demonstrationen lässt sich schließen, dass sich der übrig gebliebene, harte Kern der verschwörungsideologischen Mischszene deutlich radikalisiert hat. Dies führte nicht zum Mitgliederanstieg bei extrem rechten Parteien und auch zum Zuwachs an Teilnehmenden. Über die Pandemie haben sich Menschen, die der Impfung und den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gegenüber skeptisch waren, in sozialen Netzwerken Bestätigung gesucht und diese bei extremen Rechten und sogenannten Alternativmedien gefunden. Dadurch hat sich eine Akzeptanz gegenüber extrem rechten Ideologien entwickelt. Eine ähnliche Entwicklung war bei den Protesten gegen den Krieg in der Ukraine im Jahr 2022 zu beobachten.

Neukölln

Mit knapp 330.000 Bewohner*innen gehört Neukölln zu den größeren und dichter besiedelten Bezirken Berlins. Die einzelnen Bezirksteile (Nord-Neukölln, Britz, Buckow, Rudow und Gropiusstadt) unterscheiden sich jedoch stark voneinander, was sich auch in der Zahl und Art der gemeldeten Vorfälle widerspiegelt. Während aus den südlichen Bezirksteilen vorwiegend extrem rechte Propaganda gemeldet wird, verzeichnet der Norden vor allem Meldungen von Angriffen und Beleidigungen.

Seit mehreren Jahren ist Süd-Neukölln auch Schauplatz einer extrem rechten Anschlagsserie – nicht zu vergessen – aber auch von vielen antifaschistischen und antirassistischen Protesten dagegen. Der Prozess um den Neukölln-Komplex endete im Dezember 2022. Jedoch steht die Aufklärung der Taten noch immer aus.



Neonazi-Schriftzug in der Mahlower Straße

„III. Weg“-Aufkleber in Neukölln



Kontakt: Register Neukölln

Yekmal e. V.
Richardstraße 102
12043 Berlin

Mobil: 0157 - 392 85 358
Mail: register-nk@yekmal.de
Twitter: @NkRegister

Im Jahr 2022 hat die Registerstelle Neukölln eine Gesamtzahl von 201 Vorfällen registriert. Im Vergleich zu den Vorjahren (2021: 354; 2020: 236; 2019: 204) liegt der zu verzeichnende Rückgang bei 43,2 Prozent und ähnelt damit dem Niveau aus dem Jahr 2019. Im berlinweiten Vergleich liegen die Zahlen des Bezirkes Neukölln an achter Stelle bei einem Gesamtwert von 4.156 Vorfällen. Im Jahr 2021 nahm Neukölln noch den sechsten Platz bei einer Gesamtzahl von 4.841 Vorfällen ein.

Diese Verringerung an Vorfälle meldungen hat verschiedene (finanziell-) strukturelle Gründe und ließ sich auch bei anderen Berliner Bezirken beobachten. Im Fall des Neuköllner Registers gab es im November 2020 einen Trägerwechsel. Damit wechselte das Personal. Zudem gab es weniger finanzielle Unterstützung als in den Vorjahren, weil das erste Halbjahr 2022 von einer Haushaltssperre der öffentlichen Verwaltung geprägt war. Für den Aufbau eines neuen Netzwerkes und die Einarbeitung von Mitarbeitenden standen geringere Ressourcen

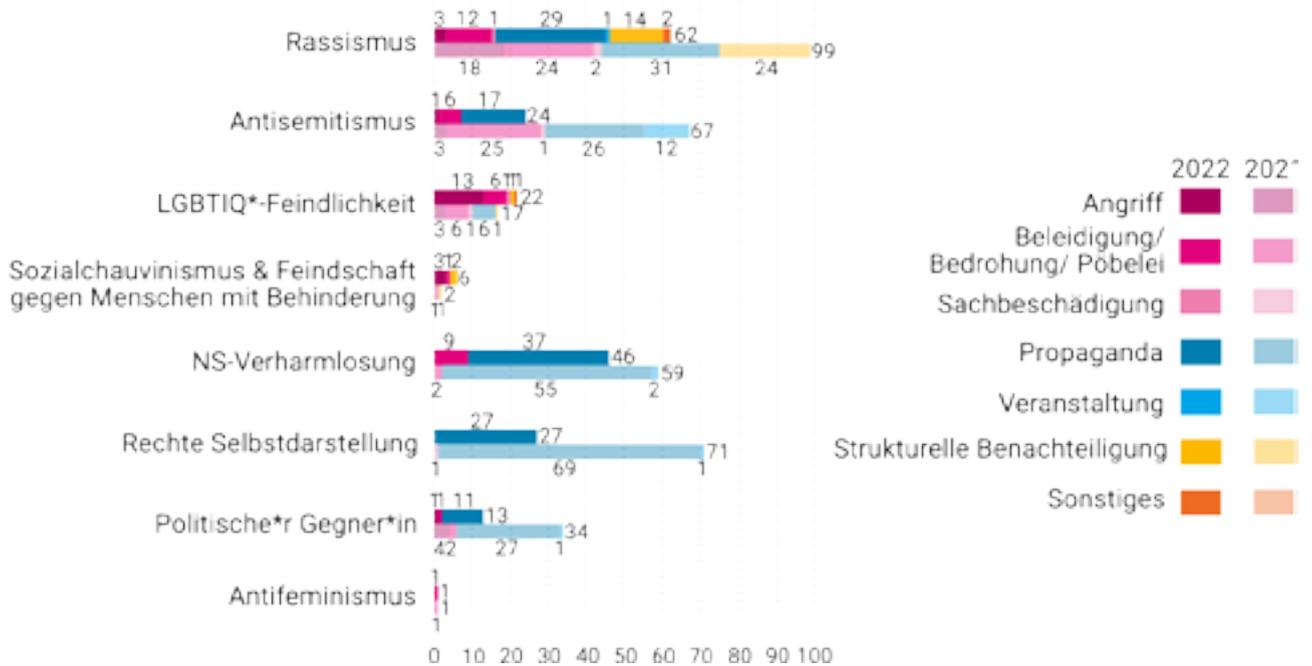
zur Verfügung. Insbesondere konnten aufgrund begrenzter personeller Kapazitäten weniger Vorfälle über die Social-Media-Recherche dokumentiert werden. Kooperierende Beratungsstellen hatten ähnliche Probleme. Infolgedessen wurde eine hohe Anzahl an Vorfällen nicht dokumentiert und dadurch nicht an die Registerstelle weitergeleitet. Somit bleibt die Dunkelziffer tatsächlich erlebter Diskriminierungen weiterhin eine große Herausforderung im Rahmen der Arbeit.

Rückgang der Vorfälle durch weniger Propaganda

Die Gesamtzahl der Vorfälle in Neukölln sank, was zu einem großen Teil auf den Rückgang von Propaganda-Vorfällen mit 121 Meldungen (2021: 214) zurückzuführen ist. Gegen einen Online-Versand aus Halle (politaukleber.de), der Sympathisant*innen und Mitglieder der rechten Szene in den vergangenen Jahren massenhaft und niedrigschwellig mit Aufklebern versorgte, wurden strafrechtliche Schritte eingeleitet.

Der Versand existiert nun nicht mehr, der Nachschub fehlt. Von den registrierten 121 Propaganda-Vorfällen waren knapp 30 Prozent aus Nord-Neukölln. Die meisten Meldungen, 40 Prozent, sind weiterhin aus Rudow. Dort sind Akteur*innen der extremen Rechten zu Hause.

Gefolgt wird die Kategorie der Propaganda von 36 Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien, 21 Angriffen und 17 Fällen von struktureller Benachteiligung. Von den Bedrohungen und Beleidigungen konnten 12 Vorfälle einem rassistischen Motiv zugeordnet werden. Der Großteil davon trug sich in Nord-Neukölln zu (60 Prozent). Zum einen lässt sich dies darauf zurückführen, dass hier viele Menschen arbeiten und leben, die sensibel auf Diskriminierung im Alltag reagieren und die gleichzeitig die Registerstelle kennen. Zum anderen zählt Nord-Neukölln mit den Bahnhöfen Neukölln, Hermannplatz und Hermannstraße zu den Hauptverkehrsknotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs. An diesen Orten kommt es generell häufiger zu Übergriffen, diskriminierenden



Beispielvorfälle

16. Februar 2022

Der Neuköllner Bezirksstadtrat Falko Liecke (CDU) kommentierte auf Twitter ein Foto der neu gewählten Bundesvorsitzenden Der Grünen, Ricarda Lang und Omid Nouripour: „Ich wünsche ein fröhliches ‚Allahu Akbar‘“. Liecke löste mit dieser Provokation Empörung aus. Denn Nouripour wurde im Iran geboren und ihm war schon zuvor fälschlicherweise unterstellt worden, die Scharia zu fördern. Liecke hat das Posting inzwischen gelöscht.
Quelle: Tagesspiegel vom 16.2.2022

16. April 2022

Am Hermannplatz kam es in der Nacht zu Samstag zu einer transfeindlichen Attacke. Zunächst beleidigten vier Jugendliche die beiden 31 und 40 Jahre alten Opfer, dann schlug einer der Teenager mit der Faust zu. Am frühen Samstagmorgen wurde eine Körperverletzung und eine Beleidigung in einem Krankenhaus in Berlin-Neukölln angezeigt. Das meldete die Polizei der Hauptstadt am Samstagnachmittag.
Quelle: Queer.de 16.04.22, Polizei Berlin

29. Mai 2022

Zwei Männer näherten sich in Neukölln einer als jüdisch erkennbaren Person, sprangen aggressiv auf sie zu und schrien ihr „Jude!“ ins Gesicht. Als sie merkten, dass die betroffene Person Angst bekam, zwinkerten sie ihr zu und gingen weiter.
Quelle: RIAS Berlin

Beleidigungen und tätlichen Angriffen. Besonders auffällig ist der Rückgang in der Kategorie Veranstaltungen. Während 2021 noch 17 Veranstaltungen registriert wurden, war es 2022 lediglich eine Veranstaltung. Dies lässt sich vor allem auf die Demonstrationsverbote am Hermannplatz und am Rathaus Neukölln während der zugespitzten Konfliktphase zwischen Israel und Palästina im April und Mai 2022 zurückführen.

Trotz hohem Dunkelfeld, Rassismus bleibt Hauptmotiv

Weiter bleibt Rassismus mit rund 31 Prozent das häufigste Motiv. Aus den 62 Vorfällen mit Rassismus-Motiv lassen sich folgende Zuordnungen machen: 5 Vorfälle sind Anti-Schwarzem Rassismus, 6 Vorfälle antimuslimischem Rassismus sowie 14 Vorfälle Antiziganismus zuzuordnen. Die meisten, 37 Vorfälle, wurden unter der Kategorie „Rassismus allgemein“ erfasst bzw. registriert. So berichtete ein Augenzeuge Ende Mai, dass am U-Bahnhof Rathaus Neukölln in der U-Bahn-Linie 7 ein weißer Mann eine Jugendliche aus rassistischer Motivation mit den Worten: „Soll ich Dir eine in die Fresse hauen? Du siehst doch, dass ich hier stehe“ bedrohte. Mitte April erreichte das Register Neukölln eine Meldung der Partnerorganisation Amaro Foro über eine antiziganistische Beleidigung. Dabei wurde eine Frau aus Serbien auf der Straße als „dreckige Z*****“ beschimpft. Ein Vorfall Anti-Schwarzem Rassismus ereignete sich im Oktober 2022. Laut der Beratungsstelle ReachOut wurden dabei zwei Frauen auf der Sonnenallee aufgrund ihrer Hautfarbe aus einem fahrenden Auto mit einem Behälter mit Flüssigkeit beworfen. Diese Vorfälle stehen beispielhaft für rassistisch-motivierte Diskriminierungen im Jahr 2022 in Neukölln.

NS-Verharmlosung/-Verherrlichung (23 Prozent) und Rechte Selbstdarstellung (13 Prozent) sind die zweit- bzw. dritthäufigsten Motive in Neukölln. Diese Kategorien

sind durch Propaganda geprägt. Antisemitismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit machen in der Statistik einen Anteil von 12 bzw. 11 Prozent aus.

LGBTIQ*-feindliche Übergriffe steigen deutlicher als in anderen Bezirken

Besonders auffällig ist, dass sich die Anzahl LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle in Neukölln im direkten Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat. Von 22 Vorfällen in dieser Kategorie waren 13 Angriffe gegen LGBTIQ*-Personen gerichtet (2021: 3), zwölf davon in Nord-Neukölln und ein Angriff in Rudow. Doch handelt es sich bei diesem Anstieg nicht um ein Neukölln-spezifisches Phänomen, sondern um eine berlinweite Tendenz. Zurückszuführen ist die Zunahme an LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen unter anderem auf die intensivere Netzwerkarbeit mit fachlichen Beratungsstellen und die verstärkte Propaganda extrem rechter Akteur*innen gegen queere Menschen.

Ein Blick auf die berlinweiten Zahlen verdeutlicht außerdem die vergleichsweise hohe Anzahl von Angriffen in Neukölln. Mit etwa zehn Prozent in diesem Bereich liegt der Bezirk vier Prozent über dem Berliner Schnitt. Bei Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbeleie liegt Neukölln mit 18 Prozent um 2 Prozent über dem Berliner Durchschnitt. Identisch sind hingegen die prozentualen Verteilungen in den Kategorien Propaganda und strukturelle Benachteiligung mit 59 Prozent bzw. 60 Prozent und jeweils 8 Prozent.

Neukölln-Komplex und „III. Weg“

Das Jahr 2022 war nicht zuletzt durch die Prozesse gegen zwei Neuköllner geprägt, die mutmaßlich in Verbindung mit einer Anschlagsserie in Neukölln standen. Über mindestens zehn Jahre haben Neonazis auf Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagierten, Anschläge verübt. Das Amtsgericht sprach einen der beiden Ange-

klagten frei. Der Prozess um den Neukölln-Komplex endete im Dezember 2022. Eine Aufklärung der Anschläge steht damit weiterhin aus. Im Jahr 2023 sollen die Verhandlungen – wegen Brandstiftung, Sozialbetrug und Drohgraffiti an Hauswänden politischer Gegner*innen der extremen Rechten – gegen den zweiten Hauptbeschuldigten, Sebastian T., fortgesetzt werden. Er ist nach unterschiedlichen politischen Stationen mittlerweile aktives Mitglied der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“.

„Der III. Weg“ ist weiterhin mit seiner Propaganda stark präsent in Neukölln. Vor allem gegen Ende des Jahres 2021 und zu Beginn des Jahres 2022 zeigte sich die extrem rechte Partei auch in Nord-Neukölln sehr aktiv und verteilte in Wohnhäusern bzw. Briefkästen sowie im öffentlichen Raum Sticker und Handzettel (Flyer). Von insgesamt 28 gemeldeten Vorfällen im Januar 2022 waren allein 16 auf die Aktivitäten des „III. Wegs“ und seine rassistische und rechtsextreme Propaganda zurückzuführen.

Ausblick und Perspektiven

Ein Rückgang an dokumentierten Vorfällen bedeutet nicht automatisch einen Rückgang an Diskriminierungsfällen in unserer Gesellschaft. Weder Einstellungen noch Verhalten von Menschen verändern sich innerhalb eines Jahres so maßgeblich. Es bleibt eine Herausforderung für die Berliner Register, das Dunkelfeld von Diskriminierungen in ihren unterschiedlichen Formen in der Gesellschaft zu erfassen. Hierfür bedarf es verschiedener Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen. Dazu zählen: a) Aufklärung über und Enttabuisierung von Diskriminierungen, b) Schutz vor Diskriminierungen und damit verbunden, c) die Etablierung von Meldestrukturen als ein wichtiger Baustein für eine inklusivere Gesellschaft sowie d) eine stärkere Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Beratungs- und Registerstellen.

4. Juni 2022

Gemeldet wurden neun NS-verherrlichende und rechtsextreme Aufkleber vom III. Weg: Huldigende Aufkleber für die Wehrmacht, vier große Schriftzüge mit Edding: Keltenkreuz (als ‚O I‘), „Rotfront verrecke“, „White Front“ (original) und das ‚O‘ bei Front als Keltenkreuz sowie „ANB“ am Selgenauer - und Neuhofer Weg in Rudow. Die meldende Person berichtet, dass sich beim unkenntlich Machen, einige Rudower Bürger aufregten.

Quelle: www.hass-vernichtet.de

27. Juli 2022

Bei einer Firma im Bezirk Neukölln verhielt sich ein weißer Mitarbeiter, der bereits eine Abmahnung wegen früheren rassistischen Verhaltensweisen gegenüber anderen Mitarbeiter*innen bekommen hatte, rassistisch gegenüber einem Schwarzen Mitarbeiter.

Obwohl der Vorfall der Firmenleitung durch den unmittelbaren Vorgesetzten, der den rassistischen Vorfall mitbekam, bezeugt und gemeldet worden

ist, wurde seitens der Firmenleitung bislang nichts unternommen.

Quelle: NARUD e.V.

Die Zahlen im Detail

Auf den folgenden Seiten sind für alle Bezirke, für die ganze Stadt und für den Ort „Berlinweit“ die Vorfälle der vergangenen 5 Jahre in Tabellen abgebildet. Die tabellarische Übersicht aller Motive und Arten von Vorfällen macht zum einen transparent auf welche Datenbasis sich die Registerstellen beziehen, zudem erleichtert sie den Vergleich

zwischen den Bezirken. Man kann z.B. erkennen wie sich Gewalt auf die Bezirke verteilt, dass häufig ein Anstieg an Propagandavorfällen zu einem Anstieg der Gesamtvorfälle beiträgt und dass die meisten LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle in Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Neukölln Vorfälle erfasst werden.

Berlin gesamt

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	309	390	372	294	255
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	899	594	632	732	657
BVV	46	23	15	0	0
Propaganda	1.691	1.658	2.234	2.951	2.459
Sachbeschädigung	68	92	85	141	117
Veranstaltung	317	346	291	293	341
Sonstiges	75	174	46	32	11
Strukturelle Benachteiligung	0	0	147	398	316
Gesamt	3.405	3.277	3.822	4.841	4.156

Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Rassismus	1.355	1.337	1.306	1.428	1.132
Antisemitismus	787	598	774	1.043	810
LGBTIQ*-Feindlichkeit	109	222	169	198	239
Sozialchauvinismus	18	24	9	21	22
Behindertenfeindschaft	4	61	64	66	56
NS-Verharmlosung	382	353	619	720	655
Rechte Selbstdarstellung/Wahkampf	499	416	498	776	808
Politische*r Gegner*in	242	266	383	563	407
Antifeminismus	0	0	0	26	27
Sonstige	9	0	0	0	0
Gesamt	3.405	3.277	3.822	4.841	4.156

Berlinweit

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	1	4	15	10	2
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	318	73	106	113	87
BVV	0	0	1	0	0
Propaganda	133	307	452	502	420
Sachbeschädigung	0	0	0	3	4
Veranstaltung	0	0	0	0	1
Sonstiges	0	56	29	13	2
Strukturelle Benachteiligung	0	0	28	112	74
Gesamt	452	440	631	753	590

Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Rassismus	3	94	76	125	71
Antisemitismus	445	320	493	553	479
LGBTIQ*-Feindlichkeit	0	2	3	31	5
Sozialchauvinismus	0	0	0	0	1
Behindertenfeindschaft	0	18	43	31	32
NS-Verharmlosung	3	3	3	4	1
Rechte Selbstdarstellung	0	1	0	1	0
Politische*r Gegner*in	1	2	13	5	1
Antifeminismus	0	0	0	3	0
Gesamt	452	440	631	753	590

Der Ort „Berlinweit“

Es gibt Vorfälle, die nicht einem Bezirk zugeordnet werden können. Dazu gehören Vorfälle, die an bestimmte Adressat*innen gerichtet sind, bei denen der Bezirk keinerlei Relevanz hat. Viele jüdische oder israelische Einrichtungen erhalten antisemitische E-Mails, Beleidigungen und Bedrohungen. Weil sie diese unerwünschten Zuschriften unabhängig von ihrem Standort erhalten, werden sie unter „Berlinweit“ erfasst. Der Anteil antisemitischer Vorfälle ist deshalb in der räumlichen Kategorie „Berlinweit“ sehr hoch. In dieser Kategorie werden zusätzlich Fälle aus Beratungsstellen erfasst, bei denen unklar ist in welchem Bezirk sie stattgefunden haben. Ein Amt, das für alle Menschen mit

Behinderung in Berlin zuständig ist, befindet sich in Kreuzberg. Alle Diskriminierungsfälle, die mit diesem Amt zu tun haben, werden unter der Kategorie „Berlinweit erfasst“, weil der Standort der Behörde nicht im Zusammenhang mit den Diskriminierungsfällen steht. Werden Abgeordnete des Bundestages oder des Abgeordnetenhauses in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht, werden diese Fälle nicht im Bezirk „Mitte“, sondern ebenfalls unter „Bezirksweit“ erfasst. Inhaltlich sind diese Fälle unter „Politische*r Gegner*in“ zu finden.

Um Vorfälle zu dokumentieren, die innerhalb Berlins stattfinden, die aber nicht lokal wirken, wurde zum Mai 2017 die Kategorie „Berlinweit“ eingeführt.

Charlottenburg-Wilmersdorf

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	25	17	28	24	19	Rassismus	88	82	97	121	80
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	63	45	48	52	46	Antisemitismus	60	61	37	47	48
BVV	2	1	1	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	3	19	8	9	15
Propaganda	142	116	139	154	123	Sozialchauvinismus	3	3	3	2	1
Sachbeschädigung	4	16	6	6	6	Behindertenfeindschaft	0	1	1	2	1
Veranstaltung	44	35	41	30	21	NS-Verharmlosung	14	14	29	43	29
Sonstiges	0	11	0	0	1	Rechte Selbstdarstellung	99	42	64	37	46
Strukturelle Benachteiligung	0	0	13	26	18	Politische*r Gegner*in	13	19	37	28	12
Gesamt	280	241	276	292	234	Antifeminismus	0	0	0	3	2
						Gesamt	280	241	276	292	234

Friedrichshain-Kreuzberg

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	41	54	56	44	36	Rassismus	118	124	121	124	80
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	48	50	35	60	57	Antisemitismus	54	41	44	49	27
BVV	1	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	22	38	27	27	29
Propaganda	105	115	196	297	174	Sozialchauvinismus	1	2	0	9	5
Sachbeschädigung	5	6	12	15	13	Behindertenfeindschaft	0	5	2	4	2
Veranstaltung	30	23	11	18	25	NS-Verharmlosung	12	17	46	92	49
Sonstiges	11	19	5	13	1	Rechte Selbstdarstellung	27	10	45	103	96
Strukturelle Benachteiligung	0	0	30	42	20	Politische*r Gegner*in	6	30	60	81	37
Gesamt	241	267	345	489	326	Antifeminismus	0	0	0	0	1
						Sonstige	1	0	0	0	0
						Gesamt	241	267	345	489	326

Lichtenberg

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	21	28	25	27	18	Rassismus	109	109	120	193	160
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	21	34	43	48	59	Antisemitismus	4	12	4	35	15
BVV	7	5	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	2	14	11	17	28
Propaganda	121	150	340	595	411	Sozialchauvinismus	1	2	1	1	3
Sachbeschädigung	5	13	5	25	14	Behindertenfeindschaft	0	1	0	1	2
Veranstaltung	26	16	4	8	8	NS-Verharmlosung	39	32	108	148	70
Sonstiges	8	12	1	5	0	Rechte Selbstdarstellung	21	47	87	165	139
Strukturelle Benachteiligung	0	0	3	24	24	Politische*r Gegner*in	32	41	90	165	109
Gesamt	209	258	421	732	534	Antifeminismus	0	0	0	7	8
						Sonstige	1	0	0	0	0
						Gesamt	209	258	421	732	534

Marzahn-Hellersdorf

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	14	15	17	11	9
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	40	23	33	26	29
BVV	1	1	0	0	0
Propaganda	116	104	106	164	290
Sachbeschädigung	3	0	5	11	16
Veranstaltung	3	10	4	19	13
Sonstiges	5	1	3	0	1
Strukturelle Benachteiligung	0	0	4	10	7
Gesamt	182	154	252	241	365

Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Rassismus	59	61	78	58	61
Antisemitismus	6	1	10	11	15
LGBTIQ*-Feindlichkeit	4	3	8	12	17
Sozialchauvinismus	2	0	0	0	4
Behindertenfeindschaft	0	0	0	1	0
NS-Verharmlosung	21	27	69	50	60
Rechte Selbstdarstellung	73	46	52	68	155
Politische*r Gegner*in	17	16	35	38	51
Antifeminismus	0	0	0	3	2
Gesamt	182	154	252	241	365

Mitte

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	62	95	63	56	63
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	136	142	166	170	179
BVV	0	0	1	0	0
Propaganda	133	184	155	256	178
Sachbeschädigung	14	28	12	21	15
Veranstaltung	142	164	183	169	234
Sonstiges	8	31	3	0	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	26	72	89
Gesamt	495	645	609	744	758

Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Rassismus	272	324	285	307	262
Antisemitismus	91	80	100	148	101
LGBTIQ*-Feindlichkeit	30	63	41	24	42
Sozialchauvinismus	2	7	1	3	3
Behindertenfeindschaft	1	28	5	9	8
NS-Verharmlosung	36	49	103	136	198
Rechte Selbstdarstellung	44	39	37	50	71
Politische*r Gegner*in	19	55	37	62	60
Antifeminismus	0	0	0	5	13
Gesamt	495	645	609	744	758

Neukölln

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	43	54	35	30	21
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	84	29	30	62	36
BVV	16	7	7	0	0
Propaganda	169	92	148	214	121
Sachbeschädigung	13	5	6	5	2
Veranstaltung	21	14	2	16	1
Sonstiges	14	3	1	0	3
Strukturelle Benachteiligung	0	0	7	27	17
Gesamt	360	204	236	354	201

Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Rassismus	129	63	86	99	62
Antisemitismus	46	25	14	67	24
LGBTIQ*-Feindlichkeit	23	25	23	17	22
Sozialchauvinismus	5	0	2	3	3
Behindertenfeindschaft	0	2	1	3	3
NS-Verharmlosung	99	26	46	59	46
Rechte Selbstdarstellung	27	51	47	71	27
Politische*r Gegner*in	29	12	17	34	13
Antifeminismus	0	0	0	1	1
Sonstige	2	0	0	0	0
Gesamt	360	204	236	354	201

Pankow

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	24	28	35	27	28	Rassismus	118	93	105	102	104
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	50	39	37	51	45	Antisemitismus	19	21	21	49	54
BVV	4	3	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	5	7	10	11	14
Propaganda	140	134	158	241	290	Sozialchauvinismus	0	1	0	2	1
Sachbeschädigung	2	6	4	7	6	Behindertenfeindschaft	1	0	2	0	1
Veranstaltung	11	16	9	6	10	NS-Verharmlosung	34	39	32	39	41
Sonstiges	3	10	0	0	0	Rechte Selbstdarstellung	33	54	62	95	120
Strukturelle Benachteiligung	0	0	5	11	8	Politische*r Gegner*in	22	21	16	44	52
Gesamt	234	236	248	343	387	Antifeminismus	0	0	0	1	0
						Sonstige	2	0	0	0	0
						Gesamt	234	236	248	343	387

Reinickendorf

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	12	10	20	8	10	Rassismus	81	59	57	38	56
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	22	25	19	29	24	Antisemitismus	3	6	8	9	2
BVV	4	3	1	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	3	6	10	11	16
Propaganda	50	47	35	44	41	Sozialchauvinismus	1	2	0	1	0
Sachbeschädigung	2	2	7	6	2	Behindertenfeindschaft	0	0	1	1	3
Veranstaltung	16	15	6	0	2	NS-Verharmlosung	6	13	7	10	6
Sonstiges	8	5	4	0	1	Rechte Selbstdarstellung	19	16	8	13	12
Strukturelle Benachteiligung	0	0	6	10	22	Politische*r Gegner*in	1	5	7	13	7
Gesamt	114	107	98	97	102	Antifeminismus	0	0	0	1	0
						Gesamt	114	107	98	97	102

Spandau

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	11	9	21	15	9	Rassismus	47	48	46	57	37
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	19	46	19	33	19	Antisemitismus	4	1	3	2	9
BVV	1	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	1	6	5	6	2
Propaganda	40	33	44	39	34	Sozialchauvinismus	1	3	0	0	0
Sachbeschädigung	1	0	1	5	4	Behindertenfeindschaft	1	5	2	4	2
Veranstaltung	2	1	6	2	5	NS-Verharmlosung	9	13	11	9	15
Sonstiges	4	6	0	0	0	Rechte Selbstdarstellung	6	12	25	20	13
Strukturelle Benachteiligung	0	0	7	18	9	Politische*r Gegner*in	7	7	6	12	2
Gesamt	78	95	98	112	80	Antifeminismus	0	0	0	2	0
						Sonstige	2	0	0	0	0
						Gesamt	78	95	98	112	80

Steglitz-Zehlendorf

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	10	8	9	12	8
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	19	25	22	16	13
BVV	0	1	0	0	0
Propaganda	111	173	90	88	69
Sachbeschädigung	5	5	7	1	6
Veranstaltung	26	4	13	1	9
Sonstiges	9	4	0	1	1
Strukturelle Benachteiligung	0	0	6	14	3
Gesamt	180	220	147	133	109

Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Rassismus	60	68	57	51	26
Antisemitismus	19	6	10	15	11
LGBTIQ*-Feindlichkeit	2	3	3	7	7
Sozialchauvinismus	0	0	1	0	0
Behindertenfeindschaft	0	1	1	0	1
NS-Verharmlosung	21	32	22	10	23
Rechte Selbstdarstellung	77	52	36	39	31
Politische*r Gegner*in	21	18	17	11	10
Antifeminismus	0	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0	0
Gesamt	220	180	147	133	109

Tempelhof-Schöneberg

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	17	32	21	17	15
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	18	17	37	21	20
BVV	0	0	0	0	0
Propaganda	48	69	56	96	57
Sachbeschädigung	2	2	13	16	10
Veranstaltung	1	1	0	0	4
Sonstiges	7	5	0	0	1
Strukturelle Benachteiligung	0	0	5	14	13
Gesamt	93	126	132	164	120

Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Rassismus	35	42	45	34	42
Antisemitismus	17	16	17	33	14
LGBTIQ*-Feindlichkeit	7	25	12	10	15
Sozialchauvinismus	1	1	1	0	0
Behindertenfeindschaft	1	0	4	9	1
NS-Verharmlosung	19	31	40	42	20
Rechte Selbstdarstellung	8	6	7	26	22
Politische*r Gegner*in	5	5	6	10	6
Antifeminismus	0	0	0	0	0
Gesamt	93	126	132	164	120

Treptow-Köpenick

Arten	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Angriff	30	33	27	13	17
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	55	52	37	51	43
BVV	9	3	4	0	0
Propaganda	321	196	235	261	251
Sachbeschädigung	12	9	7	20	19
Veranstaltung	17	25	12	24	8
Sonstiges	3	6	0	0	0
Strukturelle Benachteiligung	0	0	7	18	12
Gesamt	447	324	329	387	350

Motive	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022
Rassismus	219	170	133	119	91
Antisemitismus	18	8	13	25	11
LGBTIQ*-Feindlichkeit	7	11	8	16	27
Sozialchauvinismus	1	3	0	0	1
Behindertenfeindschaft	0	0	2	1	0
NS-Verharmlosung	67	57	103	78	97
Rechte Selbstdarstellung	65	40	28	88	76
Politische*r Gegner*in	70	35	42	60	47
Antifeminismus	0	0	0	0	0
Gesamt	447	324	329	387	350

Feindschaft gegen trans Menschen auf dem Vormarsch

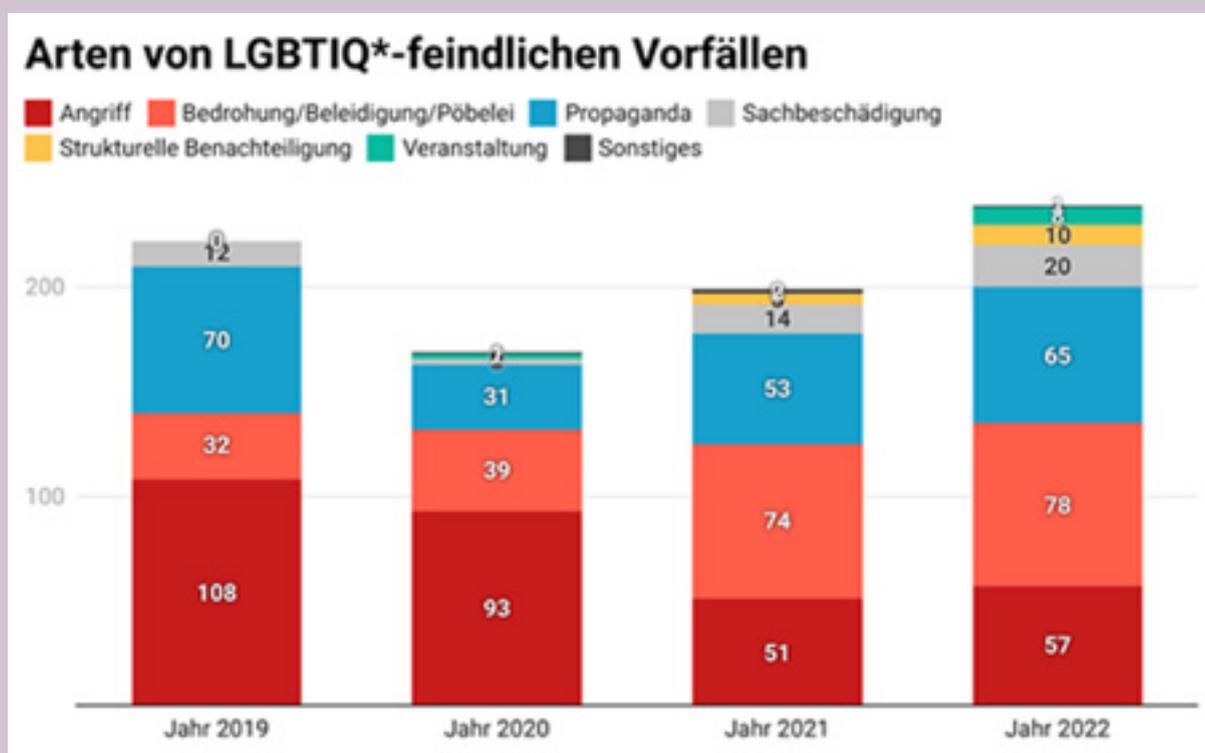
Im Jahr 2022 dokumentierten die Berliner Register 239 LGBTIQ*-feindliche Vorfälle – so viele wie noch nie. LGBTIQ* ist eine selbst gewählte Abkürzung für lesbische, schwule, bisexuelle, transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und queere Menschen.

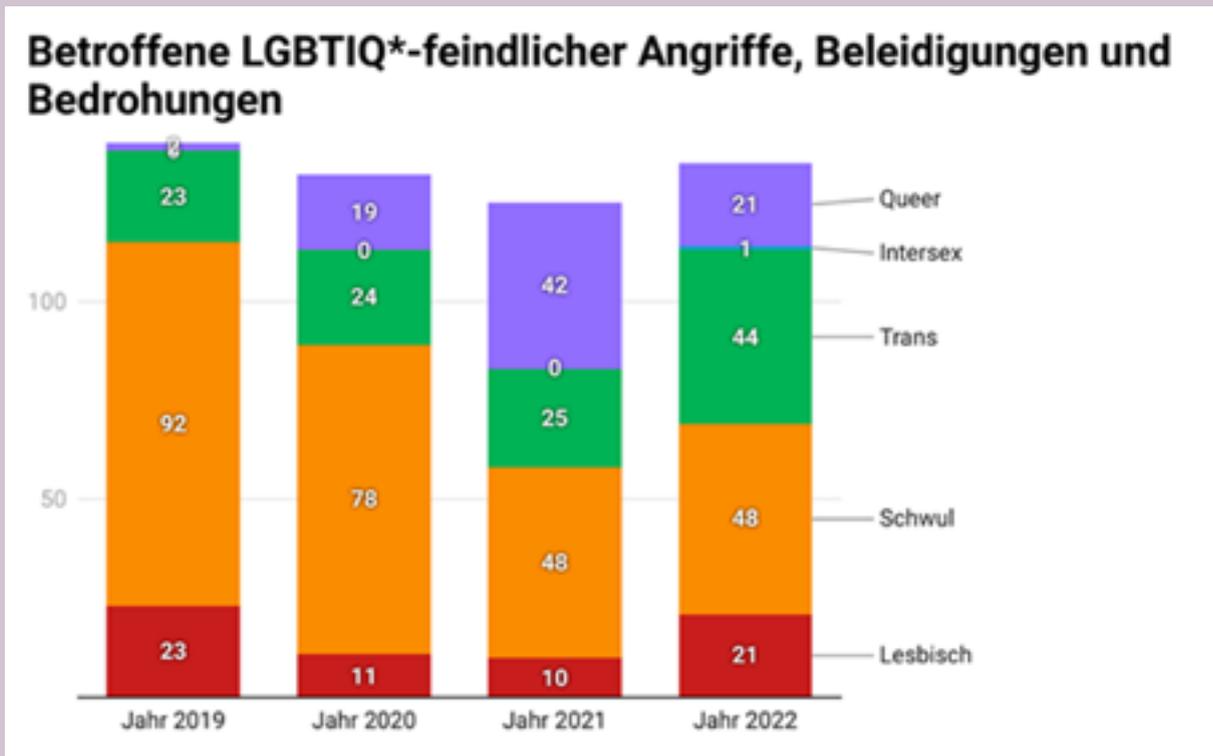
Es sind vor allem die transfeindlichen Vorfälle, die den Anstieg verursachen. Sie sind von 49 im Jahr 2021 auf 81 im Jahr 2022 angestiegen. Im Jahr 2019 waren es noch 30 Stück. In Berlin gibt es, verglichen mit schwulen Männern, wenige sichtbare trans Menschen und wenige transspezifische Community-Orte. Es ist daher umso erstaunlicher, dass die Fälle derart angestiegen sind. Doch die trans Community wird zunehmend sichtbarer. Nach dem Auslaufen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, welche besonders in den Sozialen Medien zu mehr Präsenz und Vernetzung führte, traf diese Sichtbarkeit nun auf die „Straße“. Die Diskussion um das Selbstbestimmungsgesetz, das im Jahr 2023 in Kraft treten soll, verschaffte der trans Community ebenfalls mehr Öffentlichkeit. Dies geht einher mit einer rückwärtsgewandten Gegenbewegung mit transfeindlichen Debatten darüber, wie viele Menschenrechte queeren Menschen überhaupt zustehen. In diesem Zuge wird auch die erkämpfte Gleichstellung homosexueller Menschen erneut zur Debatte gestellt und alte Stigmata wie der Vorwurf der Pädokriminalität wieder genutzt, um beispielsweise gegen eine queere KiTa in Schöneberg zu mobilisieren. Viele öffentliche Debattenbeiträge bedienen Vorstellungen, nach denen jede Abweichung von Zweigeschlechtlichkeit unnatürlich oder „krank“ wäre. Dass es Transgeschlechtlichkeit gibt, wird geleugnet und besonders trans Frauen und BIPOC trans Menschen wird ihr Geschlecht und damit ihre Existenz abgesprochen.

Es wird behauptet, eine weniger diskriminierende Gesetzgebung und gesellschaftliche Akzeptanz von trans Menschen bedrohe „die Kinder“. „Diese Einstellungen führten zu Kampagnen und Gewalt gegen LGBTIQ*-Personen im öffentlichen Raum Berlins.

Anfeindungen und Gewalt treffen häufiger trans Menschen

Deutlich zeigte sich der Anstieg transfeindlicher Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen auf 44 Vorfälle. Zugleich ging die Anzahl der dokumentierten, aber sicherlich nicht der tatsächlich stattfindenden, schwulenfeindlichen Gewalt zurück. Diese Entwicklung der Zahlen erklärt sich einerseits dadurch, dass die Polizei Berlin aufgrund von Datenschutzbedenken seit 2021 keine Informationen mehr über angezeigte Fälle von Hasskriminalität an zivilgesellschaftliche Dokumentationsstellen übermittelte. Sie waren eine wichtige Quelle für LGBTIQ*-feindliche Gewalt in Berlin. Dies erklärt den vermeintlichen Rückgang der schwulenfeindlichen Gewalt. Weil schwule Männer im Vergleich mit anderen LGBTIQ* Menschen am ehesten zu einer Anzeige bei der Polizei bereit sind, waren die Zahlen bis 2021 hoch, gehen aber nun zurück, weil die öffentlich verfügbaren Informationen fehlen. In den Jahren 2021 und 2022 hatten die Berliner Register ihre Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit in der Community verstärkt. Das führte dazu, dass sich Betroffene nun häufiger als früher selbst an die Berliner Register wandten. Das führte zu einer veränder-





ten Quellenlage und erklärt einen Teil des Anstiegs der transfeindlichen Gewaltvorfälle: Einen Anstieg verzeichneten auch Beratungsstellen der LGBTIQ*-Community, und die polizeiliche Kriminalstatistik.

In allen Vorfallsarten der Berliner Register stiegen transfeindliche Vorfälle deutlich an. Der drastischste Anstieg wurde bei den Angriffen verzeichnet: 18 Angriffe auf trans Menschen dokumentierten die Berliner Register im Jahr 2022 (2021: 8).. Auch verbale Angriffe wie Drohungen, Beleidigungen und Pöbeleien gegen trans Menschen nahmen zu, inzwischen auf 26 im Jahr (2021: 17). Ein Beispiel von Transfeindlichkeit sind Beschädigungen am Grab der trans Frau Ella Nik Bayan. Sie hatte sich 2021 auf dem Alexanderplatz verbrannt. Ihr Grab wurde bis Ende 2022 viermal geschändet.

Lokale Schwerpunkte der LGBTIQ*-feindlichen Angriffe der letzten Jahre waren der Bezirk Mitte, sowie Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln, wo sich Kulturangebote und Ausgehmöglichkeiten der Community befinden. Dort, wo LGBTIQ* Menschen sich aufhalten und sichtbar sind, können sie angefeindet werden. Allein am Wochenende des Christopher Street Day, an dem in der ganzen Stadt queere Menschen auf dem Weg zu Veranstaltungen waren, wurden 6 LGBTIQ*-feindliche Angriffe und 13 weitere Vorfälle wie Beleidigungen dokumentiert.

Transfeindliche Akteur*innen in Berlin

Die Mobilisierung gegen die sexuelle Selbstbestimmung von trans Menschen bis hin zur völligen Bestreitung ihrer Existenz hat zugenommen: Transfeindliche Propaganda zeigte sich in Aufklebern, Graffiti und Plakataktionen. Sie stieg auf 20 Vorfälle an – mit Schwerpunkten in Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf. Urheber*innen der transfeindlichen Propaganda waren dort überwiegend extrem rechte Parteien wie „Der III. Weg“, die NPD und die AfD. Im Berliner Westen, vor allem in Charlottenburg, gibt es neurechte und ultrakonservative

Akteur*innen, die mit transfeindlichen Inhalten auf den gesellschaftlichen Diskurs wirken wollen.

Unabhängig von der extremen Rechten treten außerdem konservative Feministinnen, die sich „Radikalfeministinnen“ nennen, gegen die Rechte von trans Menschen auf. Sie vertreten die These, trans Männer seien keine Männer und trans Frauen seien keine Frauen. Sie fordern zum Beispiel den Ausschluss von trans Frauen aus Räumen, die ausschließlich Frauen vorbehalten sind. Allen trans Frauen wird dabei unterstellt, dass ihr vorrangiges Interesse das Ausüben (sexualisierter) Gewalt gegen Frauen sei, die sie auf diesem Wege einfacher erreichen könnten. Eine Neuheit sind Gegendemonstrationen zur Pride-Parade aus diesem Spektrum. So demonstrierten Radikalfeministinnen am Nollendorfplatz gegen den Christopher Street Day 2022 und hielten zwei weitere Kundgebungen gegen die Verwirklichung von trans Menschenrechten ab. Außerdem verklebten sie zahlreiche Sticker mit Aufdrucken wie „Transfrauen sind Männer“.

Hetze in Medienbeiträgen, extrem rechter Politik und ultrakonservativer sowie radikalfeministischer Kampagnen, finden gleichzeitig statt. Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Propaganda und der steigenden transfeindlichen Gewalt auf der Straße. Der angeheizte öffentliche Diskurs, die transfeindliche Gesetzgebung, fehlendes Wissen in Behörden und eine Gesellschaftsordnung, die auf der Einteilung in Geschlechterrollen von „Mann“ und „Frau“ aufbaut, vermitteln Täter*innen den Eindruck, sie hätten ein Recht gesellschaftliche Normen und gewaltvoll zu vollstrecken. Die verschiedenen Phänomene, die in Berlin zu beobachten sind, von der transfeindlichen Propaganda und Sachbeschädigungen, über Kundgebungen und Vorträge gegen trans Rechte, über die Benachteiligung von trans Menschen in Arztpraxen, bis hin zu Hass und Gewalt im Alltag, bilden das Gesamtbild einer besonderen Bedrohungslage. Der Großteil der LGBTIQ*-Community und deren Verbündete stehen in Berlin dagegen solidarisch zusammen.



Pankow

Der Bezirk Pankow ist mit knapp 411.000 Einwohner*innen der aktuell einwohner*innenstärkste Bezirk von Berlin. Der Prenzlauer Berg ist der Ortsteil mit der höchsten Bevölkerungsdichte. Insgesamt wohnen knapp 165.500 Menschen hier, während im Ortsteil Pankow ca. 65.800 Menschen und in Weißensee ca. 56.000 Menschen leben. Zum Norden hin umfasst der Bezirk weitere zehn Ortsteile und eine relativ große Fläche, sodass im Schnitt 4.009 Einwohner*innen pro Quadratkilometer im Bezirk leben.

Die S-Bahnstationen entlang der Ringbahn (Schönhauser Allee, Greifswalder Straße etc.), aber auch der S-Bahnhof Pankow sowie der Antonplatz in Weißensee und die U-Bahnstationen entlang der U2 sind zentrale Umsteigeplätze, an denen viele Menschen aufeinandertreffen. In den drei einwohner*innenreichsten Ortsteilen gibt es Cafés, Bars, Restaurants, Clubs und weitere Möglichkeiten für ein aktives Leben im öffentlichen Raum und in der Nacht.



„III. Weg“-Schnipsel in Buch

Neonazi-Schriftzüge in Karow



Kontakt: Pankower Register

[moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt
Fehrbelliner Straße 92
10119 Berlin

Mobil: 0176 - 10 01 14 56

Mail: pankow@berliner-register.de

Twitter: @RegisterPankow

	2020	2021	2022
Angriffe	35	27	28
Beleidigungen/Pöbelei	37	51	45
Propaganda	158	241	290
Sachbeschädigung	4	7	6
Strukturelle Benachteiligung	5	11	8
Veranstaltung	9	6	10
Sonstiges	0	0	0
gesamt	248	343	387

Für den Bezirk wurden im Jahr 2022 insgesamt 387 Vorfälle aufgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies rund 40 Vorfälle mehr (2021: 343; 2020: 248). Der Anstieg liegt fast ausschließlich in der Zunahme gemeldeter Propaganda-Vorfälle (2022: 290; 2021: 241; 2020: 158) und verteilt sich auf die Ortsteile Prenzlauer Berg, Weißensee und Buch. Hierbei spielt ein starkes Aufkommen von Shoa-relativierenden Sprühereien, aber auch das Verkleben von Aufklebern (extrem) rechter Onlineversandhäuser und der extrem rechten Partei „Der III. Weg“ eine wesentliche Rolle.

Am Rande oder auf den Routen von verschwörungsideologischen Veranstaltungen wurden immer wieder solche Aufkleber entdeckt. Ebenso versprühten Personen, die vermutlich einem rechtsoffenen bis rechten Milieu zuzuordnen sind, zahlreiche Parolen, u. a. gegen Antifaschismus. Besonders betroffen davon war der Ortsteil Blankenburg. Darüber hinaus sind Sympathisant*innen und/ oder Mit-

glieder der extrem rechten Partei „Der III. Weg“ aktiver im Bezirk gewesen und haben eine Vielzahl an Aufklebern dieser Partei und ihrer Jugendorganisation NRJ (Nationalrevolutionäre Jugend) verklebt sowie Flyer in Briefkästen verteilt. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Großteil dieser Propaganda durch die aktive und antifaschistische Zivilgesellschaft entfernt wurde.

Die verzeichnete Zahl der Angriffe blieb im Vergleich zum Vorjahr fast gleich (2022: 28; 2021: 27; 2020: 35). Gleiches gilt für Beleidigungen/ Bedrohungen/ Pöbeleien (2022: 45, 2021: 51, 2020: 37). Bei beiden Vorkalkategorien war Rassismus das Hauptmotiv. Medial wurde Anfang Februar ein brutaler rassistischer Angriff auf eine Frau (17 Jahre) an der Straßenbahnhaltstelle Greifswalder Straße bekannt – aber erst, als diese ihr Erlebnis selbst auf Social Media darstellte, um der bis dahin veröffentlichten Meldung der Polizei sowie den Darstellungen in den Medien zu widersprechen. Dort war zunächst

behauptet worden, dass es sich um eine Auseinandersetzung wegen einer fehlenden Maske in einer Tram gehandelt habe. Die junge Frau war jedoch von einer Gruppe aus rassistischer Motivation attackiert worden. Dieser Vorfall hat gezeigt, wie schwer es für Betroffene oft ist, dass ihr Erlebtes wahrgenommen und als rassistische Gewalt anerkannt wird.

Einen leichten Anstieg gab es bei gemeldeten, antisemitischen Vorfällen (2022: 54; 2021: 49; 2020: 21). Diese waren 2021 beunruhigend stark angestiegen und haben sich auf diesem hohen Niveau gehalten. Den Großteil antisemitischer Vorfälle machen Shoa-relativierende Sprühereien aus.

Die hohe Zahl der Meldungen im letzten Jahr ist der Vielzahl der Melder*innen im Bezirk zu verdanken. Die aktive und antifaschistische Zivilgesellschaft hat dazu beigetragen, dass (extrem) rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk sichtbar und bekannt werden konnten. Ihnen allen gilt ein großer Dank!

Angriffe und Bedrohungen/ Beleidigungen auf gleichem Niveau – Rassismus ist das Hauptmotiv

Die Zahl der erfassten Angriffe ist im Vergleich zum Vorjahr weitestgehend gleichgeblieben (2022: 28, 2021: 27, 2020: 35). Wie im Vorjahr wurden die Daten des Berliner LKA aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht an zivilgesellschaftliche Akteur*innen übermittelt. Aus dem Grund muss auch in diesem Jahr die Zahl mit Vorsicht betrachtet werden. Es kann vermutet werden, dass die Zahl der Angriffe höher liegt als im Pankower Register verzeichnet. Dennoch bewegen sich die Gewaltdelikte seit 2015 auf einem leicht schwankenden, aber ähnlichen Niveau.

Im Jahr 2022 fanden die meisten Angriffe im Prenzlauer Berg (9), in Berlin-Buch (7) und Pankow-Zentrum (6) statt. Die

5. Februar 2022

Eine Frau wurde an der Straßenbahnhaltstelle Greifswalder Straße von mehreren Personen rassistisch beleidigt, ins Gesicht gefasst, geschlagen und getreten. Die umstehenden Personen leisteten keine Zivilcourage. Die Betroffene musste ins Krankenhaus und drehte dort ein Video, dass sie auf TikTok veröffentlichte. Die Presse hatte über den Vorfall berichtet, da die Pressemitteilung der Polizei so formuliert war, dass die Be-

troffene keine Maske getragen hätte und sich darum die Eskalation in der Straßenbahn ereignet hätte. Presse und Polizei korrigierten diese Täter-Opfer-Umkehrung später.
Quelle: [moskito]

23. April 2022

Ein 25-jähriger Mann wurde in der Tram aufgrund von anti-Schwarzem Rassismus von einem Mann mit einem Stock auf den Kopf geschlagen. Der 25-Jährige erlitt Verletzungen am

Kopf und wurde stationär behandelt.
Quelle: ReachOut Berlin

1. August 2022

Entlang der Strecke vom S-Bahnhof Blankenburg bis nach Karow hinein wurden Sprühereien an Post-, Strom-, Telekomkästen und Glascontainern entdeckt, die sich gegen Antifaschismus richteten. Die Slogans waren „Scheiß Antifa“ oder „Fuck Antifa“.

Quelle: [moskito]

hohe Zahl in Berlin-Buch ist hierbei auffällig, da der Ortsteil mit knapp 16.000 Einwohner*innen im Gegensatz zu Prenzlauer Berg und Pankow-Zentrum sehr klein ist, aber recht viele Angriffe dort stattfanden.

Kasten „Angriffe in Pankow“

So wurde im März 2022 in einem Hostel einem Mann von einem anderen Mann seine Kippa vom Kopf geschlagen. Anschließend trat der Angreifer auf der Kippa herum und schlug den Betroffenen mehrfach ins Gesicht. Der Angreifer forderte den Betroffenen dazu auf „Free Palestine“ zu rufen. In einer Sonntag-Nacht im Juni wurde in Prenzlauer Berg ein Mann von einem anderen unbekanntem Mann zuerst homophob beleidigt und anschließend mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Ein weiterer rassistischer Angriff ereignete sich in Karow. Zwei Mädchen waren auf der Piazza in Karow auf dem Weg zu einem Supermarkt. Drei Mädchen (ca. 15 Jahre) standen an der Ampel hinter den beiden und äußerten rassistische Beleidigungen. Die beiden betroffenen Mädchen ignorierten die Beleidigungen und setzten ihren Weg fort. Als sie mit dem Einkauf fertig waren, wurden sie von einem der Mädchen, die vorher an der Ampel warteten, angesprochen und bedrängt. Anschließend wurde ein Mädchen geschubst und in den Bauch getreten. Danach zog die Angreiferin die Betroffene an den Haaren und schmierte ihr Handdesinfektionsgel in die Haare. Ein Mann griff ein und trennte die beiden. Die Angreiferin und ihre Freundinnen entfernten sich. Solche Angriffe geschehen unvermittelt im Alltag. Täter*innen und Betroffene kennen sich nicht.

Verbale Attacken sind mehrheitlich rassistisch motiviert

Beleidigungen/ Bedrohungen sind im Vergleich zum Vorjahr zwar leicht gesunken, aber auf einem ähnlichen Niveau (2022: 45; 2021: 51; 2020: 37). Weit mehr als die Hälfte geschahen hierbei im Prenzlauer Berg (26), jeweils 4 wurden in Weißensee und Pankow-Zentrum geäußert, jeweils 3 in Berlin-Buch und Karow, eine in Niederschönhausen und eine in Heinersdorf. Rassismus war hier mit 31 Vorfällen das Hauptmotiv (2021: 31), darüber hinaus hatten 7 Vorfälle LGBTIQ*-Feindlichkeit als Motiv (2021: 3), 3 Antisemitismus (2021: 9), einer Behindertenfeindlichkeit (2021: 0) und einer Politische*r Gegner*in (2021: 4). Ende Februar ging ein schwarzer Mann an Bar in der Wollankstraße vorbei und wurde von drei Personen, die vor der Bar rauchten anti-Schwarz rassistisch belei-

	2020	2021	2022
Blankenburg	13	16	12
Blankenfelde	1	0	3
Buch	22	22	41
Französisch Buchholz	3	1	2
Heinersdorf	3	3	5
Karow	11	16	21
Malchow	1	1	0
Niederschönhausen	9	9	14
Pankow	49	95	68
Prenzlauer Berg	82	99	131
Rosenthal	1	0	1
Weißensee	39	64	80
Wilhelmsruh	0	1	0
bezirkswert	7	16	7
Internet	7	0	2
gesamt	248	343	387

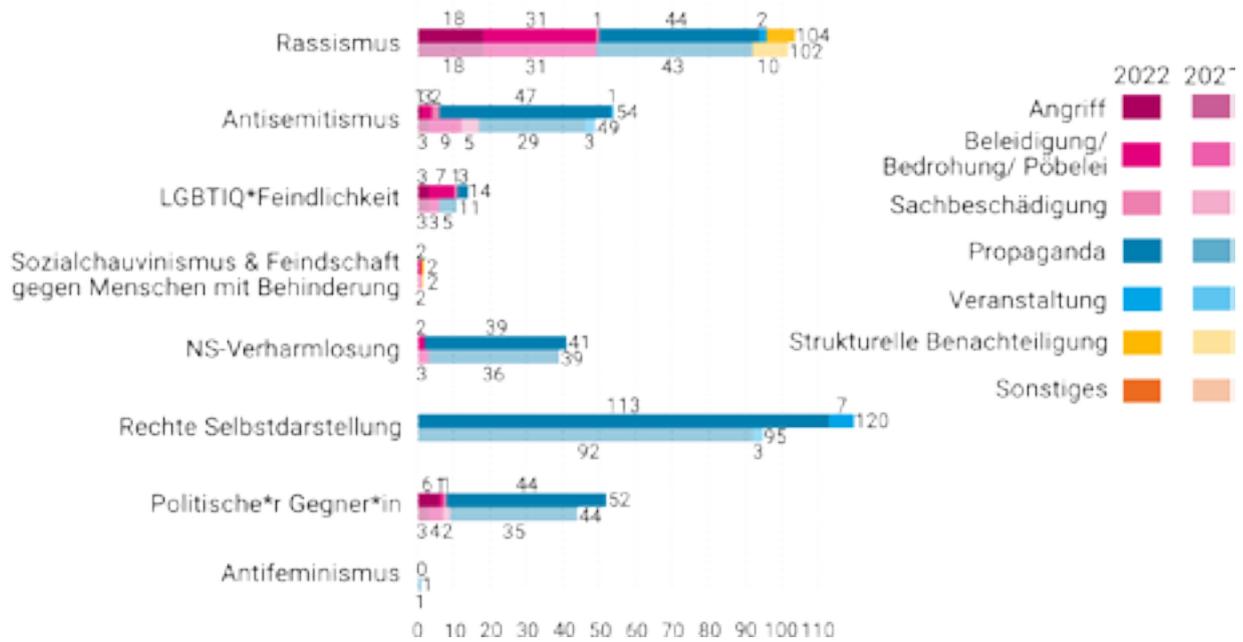
digt. Sie bedrängten die Schwarze Person aggressiv und machten sich darüber lustig, dass dieser Angst bekam. In Weißensee wurde im Mai ein Jugendlicher mit Down-Syndrom von einem vorbeifahrenden Fahrradfahrer behindertenfeindlich beschimpft, beleidigt und bedroht. Ein Zeuge rief daraufhin die Polizei. Am Sylvesternachmittag gegen 16 Uhr beleidigte ein Gast aus einem Imbiss in Prenzlauer Berg einen anderen Gast homofeindlich. Zufällig anwesende Polizeibeamte in Zivil bemerkten den Vorfall und leiteten ein Ermittlungsverfahren ein.

Prenzlauer Berg: Hohe Anzahl an Bedrohungen/ Beleidigungen und starke Zunahme an Propaganda

Die Vorfallszahlen sind im Prenzlauer Berg im Vergleich zu anderen Ortsteilen im Bezirk in den letzten Jahren immer am höchsten (2022: 131, 2021: 95, 2020: 82). Ein Anstieg von über 40 Vorfällen ist hierbei bei den Propaganda-Vorfällen zu se-

hen. Waren es 2021 noch 47 Propaganda-Vorfälle, so stiegen sie im letzten Jahr auf 93. Die Anzahl der Angriffe ist dort leicht gesunken (2022: 9; 2021: 13), wohingegen sich die Beleidigungen/ Bedrohungen auf einem ähnlichen Niveau bewegten (2022: 26; 2021: 27).

Rassismus ist bei den Vorfällen in Prenzlauer Berg generell das Hauptmotiv (2022: 35; 2021: 34), dicht gefolgt von antisemitischen Vorfällen (2022: 31; 2021: 28), bei denen Shoa-relativierende Sprühereien im Vordergrund standen. Die rechte Selbstdarstellung hat stark zugenommen (2022: 30; 2021: 13), was auf eine Zunahme von extrem rechter und verschwörungsideologischer Propaganda zurückzuführen ist. Ebenso gestiegen sind Vorfälle mit dem Motiv LGBTIQ*-Feindlichkeit (2022: 10; 2021: 4). Die Verharmlosung des Nationalsozialismus ist ebenfalls gestiegen (2022: 13; 2021: 9).



Weißensee: Anstieg extrem rechter Propaganda

Die Zahl der Propaganda stieg 2022 auch in Weißensee an (2022: 69; 2021: 55). Ursächlich hierfür ist eine Zunahme von Propaganda-Aktivitäten der extrem rechten Partei „Der III. Weg“, aber auch Aufkleber anderer (extrem) rechter Onlineversandhäuser. „Der III. Weg“ ist keine Partei, die in Berlin zu Wahlen antritt. Es handelt sich in Berlin vielmehr um ein Sammelbecken bereits bekannter aktionsorientierter Neonazis.

Darüber hinaus gab es immer wieder Aufkleber oder Sprühereien, die sich gegen Antifaschismus richteten. Die Zahl der Angriffe blieb gleich (2022: 3; 2021: 3), ebenso die Anzahl der Beleidigungen/ Bedrohungen (2022: 4; 2021: 3). Ein Angriff ereignete sich an einem Abend im Juli kurz nach Mitternacht in einer Gaststätte in der Langhansstraße. Dort beleidigte eine 37-Jährige eine 39-jährige Frau rassistisch. Sie riss ihr das Kopftuch vom Kopf, warf es auf den Boden und schlug der Betroffenen mehrfach gegen den Kopf und den Oberkörper. Erst die Polizei konnte die Angreiferin von der Betroffenen trennen.

Pankow-Zentrum: Relevante Abnahme an extrem rechter Propaganda

Stark abgenommen hat die Anzahl der Propaganda-Vorfälle in Pankow-Zentrum (2022: 54; 2021: 75). Die Zahl der Angriffe blieb ähnlich (2022: 6; 2021: 5), während die Zahl der Beleidigungen/ Bedrohungen deutlich abnahm (2022: 4; 2021: 13). Ab Juli sind in dem Ortsteil alle Vorfälle stark gesunken.

Mit insgesamt 33 Vorfällen war rechte Selbstdarstellung das Hauptmotiv in diesem Ortsteil (2021: 32). Dies lässt darauf schließen, dass die Vorfälle von Menschen ausgingen, die mit organisierten Strukturen der extremen Rechten sympathisieren. Sie bewerben mit Aufklebern ihre eigenen Gruppen und Versände oder die ihrer Freund*innen. Einen starken Rückgang gab es bei rassistischen Vorfällen. Machten diese 2021 noch insgesamt 31 Vorfälle aus, waren es letztes Jahr lediglich 15. Antisemitische Vorfälle sind hingegen von 6 im Jahr 2021 auf 10 Vorfälle gestiegen. Diese stellen hauptsächlich Shoa-relativierende Sprühereien oder Sprüche dar. Darüber hinaus wurde in 6 Vorfällen der Nationalsozialismus (2021: 16) verharmlost, wobei allein vier von diesen sechs Vorfällen Hakenkreuz-Schmierereien waren. Vier Vorfälle richteten sich gegen den/ die politische*n Gegner*in (2021: 10).

Berlin-Buch: Hohe Anzahl von Angriffen und rassistischer Propaganda

In Berlin-Buch wurden knapp 20 Vorfälle mehr als im Vorjahr verzeichnet (2022: 41; 2021: 22). Insgesamt 7 Angriffe (2021: 1) ereigneten sich im Ortsteil und 3 Bedrohungen/ Beleidigungen (2021: 1). Die Anzahl der Propagandavorfälle nahm ebenfalls zu (2022: 29; 2021: 20).

Insgesamt 12 Vorfälle hatten das Motiv Rassismus (2021: 5). Im Sommer wurde die Geflüchtetenunterkunft in der Groscurthstraße wieder in Betrieb genommen. Da der Sommer recht warm war, hielten sich viele Geflüchtete sowohl außerhalb ihrer Zimmer, als auch im Ortsteil generell auf.

Einige Geflüchtete kamen aus Moldau. Im Ortsteil wurden dadurch teilweise rassistische Vorurteile und stereotypische Zuschreibungen gegenüber Rom*nja getätigt. Bei einem angekündigten Spaziergang eines Lokalpolitikers kamen knapp 100 Menschen zusammen. Es wurden bei dem Zusammentreffen verschiedene Meinungen geäußert. Diese waren zum Teil konstruktiv und waren auch auf ein Miteinander ausgerichtet. Andere Stimmen bedienten aber rassistische Vorurteile. Diese aufgeladene Stimmung hielt den Sommer über an und ebte erst zum Herbst hin leicht ab. Hier veränderte sich auch die Zusammensetzung innerhalb der Geflüchtetenunterkunft.

Die Stimmung wurde von organisierten extrem rechten Akteuren oder Parteien nicht weiter beachtet. Dennoch ist der Ortsteil Berlin-Buch ein Ort in dem Menschen mit extrem rechten Einstellungen leben und es gerade in den 2010er Jahren viele Aktivitäten dieses Spektrums gab. Dagegen engagieren sich seit Jahren einige Menschen. Aktuell gibt es auch ein Netzwerk gegen Rassismus in Buch und Karow.

Blankenburg: Massive Sprühereien

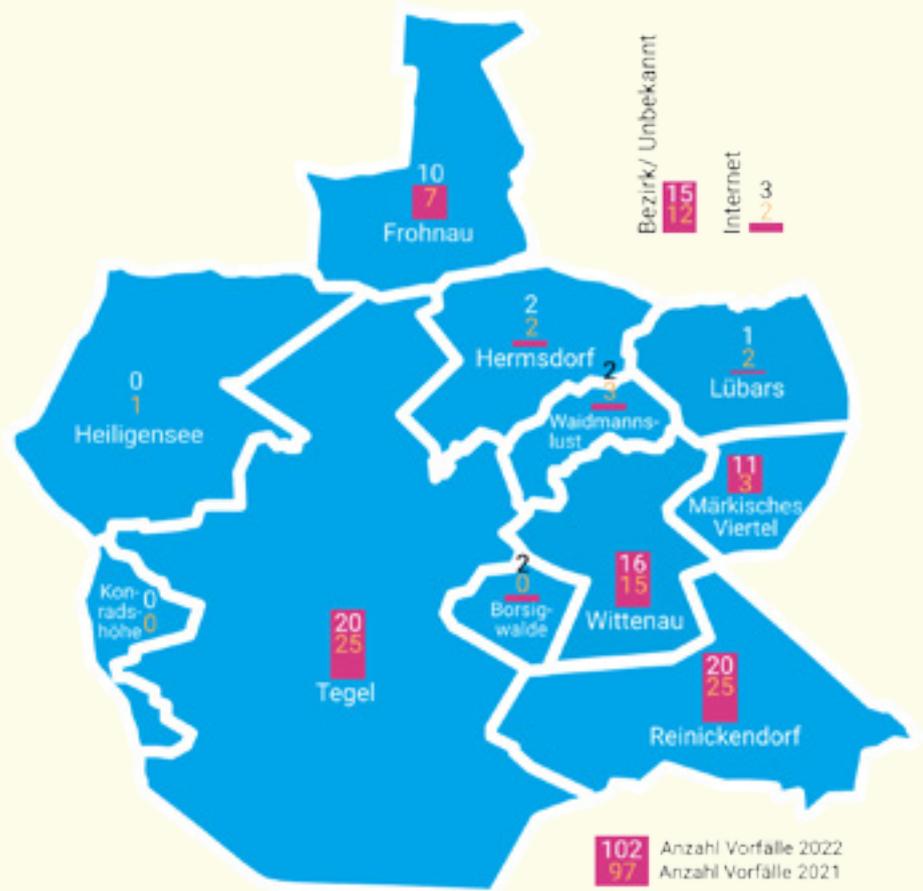
Seit 2020 sind die Vorfälle im Ortsteil Blankenburg stetig gestiegen auf mittlerweile 12. Es handelte sich hierbei fast immer um Propaganda-Delikte. 2022 kam es zu massiven Sprühereien, gerade in der zweiten Jahreshälfte. Hierbei wurden Strom- und Postkästen mit Sprühereien versehen, die sich gegen Antifaschismus richteten.



Reinickendorf

Der Bezirk Reinickendorf verfügt über eine große Fläche und 11 Ortsteile, aber nur über 266.000 Einwohner*innen. Im Bezirk liegen neben dem Tegeler See und Forst auch das Naturschutzgebiet Tegeler Fließ. Reinickendorf ist durch ein großes soziales Gefälle geprägt. In Teilen des Ortsteils Reinickendorf und im südlichen Tegel sowie in den Großsiedlungen (Märkischen Viertel und Rollbergesiedlung in Waidmannslust) liegen die Anteile von Kinderarmut und Arbeitslosigkeit sehr hoch. Die Ortsteile an der Havel im Westen (Konradshöhe und Heiligensee) und im Norden (Frohnau, Hermsdorf und Lübars) sind hingegen stark von Einfamilienhaussiedlungen geprägt und zählen zu den wohlhabendsten Gegenden Berlins. Im Mittelfeld der sozialen Bandbreite bewegen sich die Ortsteile Wittenau und Borsigwalde sowie Teile von Tegel und Reinickendorf.

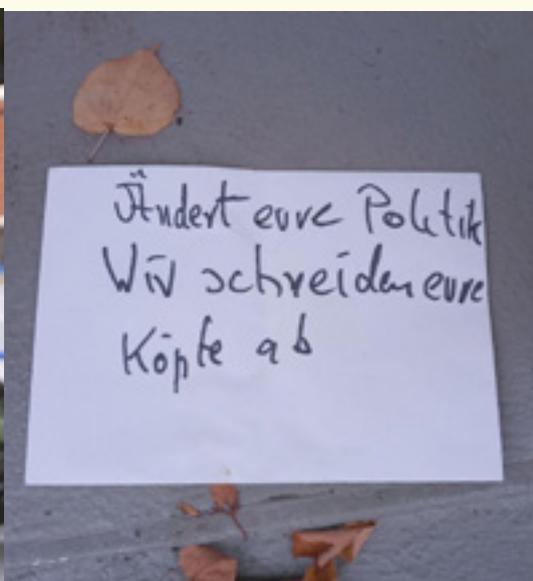
Nachdem die CDU sehr lange die dominante politische Kraft im Bezirk war, wurde der Bezirk nur kurzzeitig von einer Zählgemeinschaft aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP regiert.



Aufkleber in Reinickendorf



Morddrohung gegen „Grüne“ in Reinickendorf



Kontakt:

Register Reinickendorf

Stiftung SPI

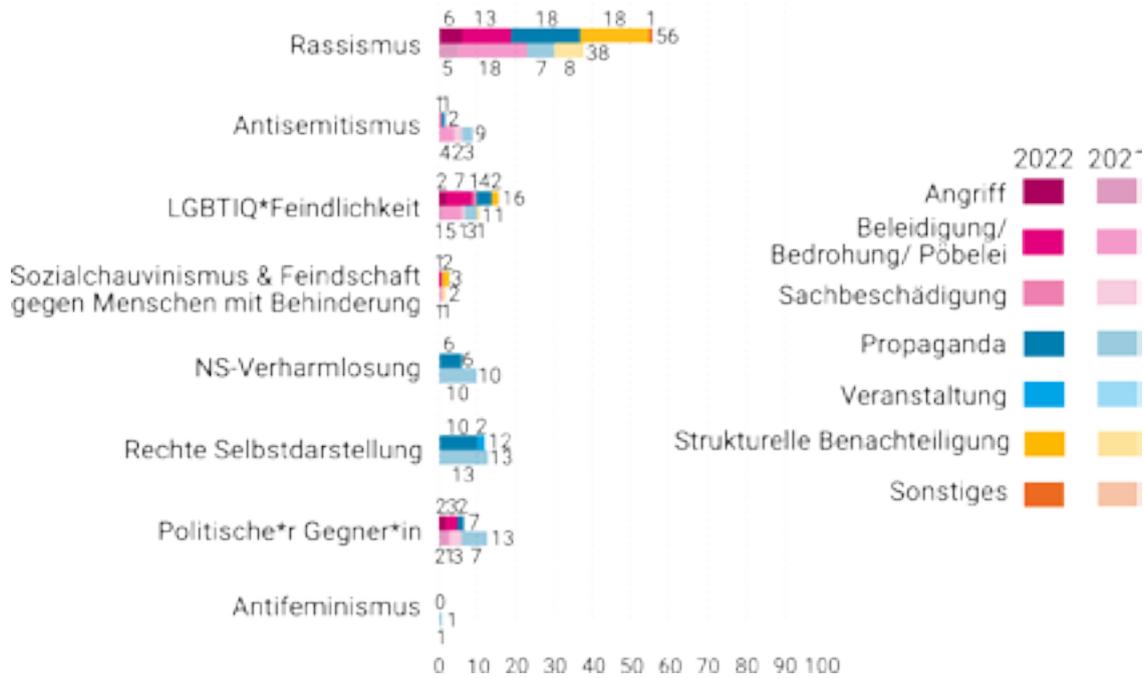
Frankfurter Allee 35-37, Aufgang C
10247 Berlin

Tel.: 0152 - 02 82 45 37

Mail: register-rd@stiftung-spi.de

Twitter: @RegisterRd

Instagram: @Register.Reinickendorf



Zur Situation in den Ankunftszentren

Beide zentralen Berliner Registrierungs-zentren für Geflüchtete liegen in Reinickendorf. Im Frühjahr 2019 wurde das zentrale Berliner Ankunftszentrum auf dem Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik in Wittenau eröffnet. Dort müssen sich Personen, die in Berlin Asyl beantragen wollen, registrieren. Während der Registrierung werden sie dort untergebracht und betreut. Als nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 zeitweise mehrere Tausend Geflüchtete aus der Ukraine pro Tag in Berlin ankamen, reichten die Kapazitäten des Ankunftszentrums nicht mehr aus. Seit dem 20. März 2022 wurden Geflüchtete aus der Ukraine in einem getrennten Ankunftszentrum in den Terminals A und B des ehemaligen Flughafens Tegel

registriert und dort auch in Zelten untergebracht. In den notdürftig abgetrennten und gedrängten Schlafbereichen sollten sie ursprünglich höchstens wenige Tage verbleiben, bis sie in andere Unterkünfte verlegt würden. Viele von ihnen leben nun aber seit Wochen und teils Monaten in den Zelten in Tegel und werden nicht verlegt. Die dort lebenden Kinder bekommen bisher keine Schulbildung und Besuche durch externe Unterstützer*innen sind kaum möglich.

Das Register Reinickendorf dokumentiert seit 2015 Vorfälle im Bezirk. Im Jahr 2022 wurden 102 Vorfälle dokumentiert (2021: 97). Mehr als die Hälfte waren rassistisch motiviert. Aber auch die Zahl der trans-, homo- und queerfeindlichen Vorfälle steigerte sich gegenüber den Vorjahren. Die extreme Rechte war hauptsächlich mit Propaganda im Bezirk sichtbar.

In 2022 wurden besonders viele Vorfälle im Bereich der **Strukturellen Benachteiligung** dokumentiert. Die Zahl verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 22. Allein 7 Vorfälle davon fanden am **Ankunftszentrum Tegel** statt. Bei nicht-weißen Personen legten Mitarbeiter*innen des Landesamts für Flüchtlinge und der Polizei strengere Maßstäbe an als bei weißen Geflüchteten, z.B. bei der Anerkennung von Dokumenten und von Gründen für die Registrierung in Berlin. Sie wurden auch durch Mitarbeiter*innen des Sicherheitsdienstes schlechter behan-

Beispielvorfälle

18. Mai 2022
Die Schulleitung einer Oberschule äußerte sich gegenüber einer Sozialarbeiterin abwertend über den Wunsch eines trans Schülers, nun mit neuem Namen angesprochen zu werden. Nach einem Gespräch mit Schulsozialarbeiter*innen wurde die Schulleitung dem Wunsch gegenüber etwas offener.
Quelle: Meldung einer Einzelperson

15. Juli 2022
Ein*e Mitarbeiter*in der Sozialen

Wohnhilfe in Reinickendorf beleidigte eine Klientin einer Beratungsstelle mehrmals antiziganistisch und wollte ihr eine Unterkunft zuweisen, in der katastrophale unhygienische Zustände herrschten. Die Klientin lehnte diese Zuweisung daher ab.
Quelle: Amaro Foro

12. August 2022
Eine Schwarze Person besuchte als Mitarbeiterin eines Projektes zur Unterstützung Schwarzer geflohener

Menschen aus der Ukraine gemeinsam mit ihren Kolleg*innen das Ankunftszentrum Tegel und erhielt dort eine Führung. Als sie während der Führung etwas von der Gruppe entfernt stand, wurde sie von einer Person des Sicherheitspersonals aufgefordert, sich in den Ankunftsbereich für die Registrierung zu begeben. Als sie versuchte zu erklären, dass sie zum Team gehört, bestand die Sicherheitsperson weiter darauf, bis ihre Kolleg*innen einschritten.
Quelle: Each One Teach One

delt als Weiße. Besonders Familien, die als Rom*nja wahrgenommen wurden, wurden behandelt, als seien sie ein Sicherheitsrisiko. Eine Familie inklusive Mutter mit Baby wurde beispielsweise bei ihrer Ankunft vom Sicherheitspersonal eingekesselt.

Im Fall von Geflüchteten überschritten sich auch verschiedene Diskriminierungsformen. So wurde ein aus der Ukraine geflüchteter Mann afrikanischer Herkunft am Ankunftszentrum Tegel sowohl rassistisch als auch homofeindlich diskriminiert. In zwei Fällen wurden Geflüchtete durch die Betreiber*innen ihrer Gemeinschaftsunterkunft diskriminiert. Als strukturelle Benachteiligung wurden meist antiziganistisch motivierte Verweigerungen von Leistungen durch Behörden oder Beratungsstellen erfasst. Schüler*innen verschiedener Schulformen waren durch die Nicht-Anerkennung ihrer Trans-Identität oder eine rassistische Gesprächskultur in der Lehrer*innenschaft betroffen.

Die Zahl der **Angriffe** lag mit insgesamt 10 weiter auf dem Niveau der Vorjahre (2021: 8). Lediglich 2020, das Corona-Jahr mit den Lockdowns, hatte zu einer höheren Zahl von 20 Angriffen geführt. In dieser Zeit waren Menschen in Wohngebieten, Parks und Supermärkten attackiert worden. 6 der Angriffe im Jahr 2022 waren rassistisch und zwei schwulenfeindlich motiviert. 2 Angriffe richteten sich gegen politische Gegner*innen. Auffällig ist, dass die Täter*innen oft auch ältere Frauen, Babys, Kinder und Jugendliche angriffen, die ihnen körperlich unterlegen waren. In einem Fall wurden beispielsweise eine 59- und eine 83-Jährige getreten, nachdem sie einem schwulen Pärchen zu Hilfe gekommen waren, das zuvor von einer Gruppe Jugendlicher beleidigt worden war. In einem anderen Fall bespuckte ein Mann, ebenfalls aus einer Gruppe heraus, nicht nur eine Mutter aus rassistischen Motiven, sondern auch das im Wagen liegende Baby.

In den Ortsteilen Reinickendorf, Tegel und Märkisches Viertel gab es die meisten **gewaltsamen und verbalen Übergriffe** im öffentlichen Raum. 3 von 6 rassistisch motivierten Angriffen ereigneten sich im Märkischen Viertel, 2 in Reinickendorf-Ost. 2 schwulenfeindliche Angriffe fanden ebenfalls im Ortsteil Reinickendorf statt. Unter anderem wurde ein ukrainischer Flüchtling in einer Drogerie am Kurt-Schumacher-Platz von zwei Männern schwulenfeindlich beleidigt und bewusstlos geschlagen. Am Rande von Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Alt-Tegel wurden im Februar 2022 zweimal

Gegendemonstrant*innen angegriffen, darunter eine 72-Jährige. Auch die meisten verbalen Anfeindungen fanden im Märkischen Viertel und in Reinickendorf statt, gefolgt von Tegel und Wittenau.

Propaganda und Sachbeschädigungen gingen zurück. Dem Bereich Sachbeschädigungen wurde das mehrfache Zerschneiden einer Regenbogenfahne eines Kindergartens im Märkischen Viertel sowie ein antisemitisch motivierter Brandanschlag auf eine Hecke in einer Wohnanlage zugeordnet. Die dokumentierte Propaganda, wie Aufkleber, Schmierereien, Online-Posts oder Anträge in der Bezirksverordnetenversammlung, war in erster Linie rassistisch motiviert, darunter mehrere flüchtlingsfeindliche Aufkleber.

Die **Neonazikleinstpartei „Der III. Weg“** ist im Jahr 2022 fünfmal öffentlich in Erscheinung getreten. Im Juni gedachten Aktivist*innen der Organisation der Toten des Aufstandes vom 17. Juni 1953, am Volkstrauertag im November der Toten des Zweiten Weltkriegs. Bei einer anderen öffentlichen Aktion gaben sie Kleiderspenden in einem Sozialkaufhaus ab. Diese Aktionen richteten sich nicht an ein großes Publikum, sondern dienten in erster Linie der Selbstdarstellung auf der eigenen Website. Im Februar erreichten sie hingegen größere Medienaufmerksamkeit, als sie sich mit einem Banner an einer Demonstration gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Tegel beteiligten. Ende Dezember verteilten Neonazis vom „III. Weg“ außerdem in verschiedenen Wohngebieten, u. a. in Tegel, Flugblätter.

Die meisten Vorfälle mit jeweils 20 wurden für die **Ortsteile** Reinickendorf und Tegel dokumentiert. Der Ortsteil Reinickendorf ist innerstädtischer geprägt im Gegensatz zu anderen Ortsteilen des Bezirks. Dementsprechend sind hier Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen und die Propaganda-Vorfälle etwas höher. In Tegel sind Vorfälle aus dem Ankunftszentrum hinzugekommen. Im Vorjahr hatte Propaganda die Zahl der Vorfälle dort beeinflusst. Wittenau lag mit 16 Vorfällen auf dem dritten Rang. Ein Teil davon hängt mit der Lage des Rathauses in Wittenau zusammen: Drei Vorfälle betrafen Diskussionen in der Bezirksverordnetenversammlung, zwei strukturelle Benachteiligungen im Sozialamt.

In Frohnau stieg die Zahl der Vorfälle leicht (2022: 10; 2021: 7), was vor allem auf eine steigende Zahl von Neonazi-Aufklebern mit Slogans wie „white lives matter“ oder „NS-Zone“ zurückgeht. In den übrigen, durch Wohngebiete bzw. die Lage am

Stadtrand geprägten Ortsteilen lag die Zahl der Vorfälle auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre.

Im nächsten Jahr wird voraussichtlich Rassismus und Geflüchtetenfeindlichkeit weiterhin die Registerarbeit im Bezirk prägen. Besonders Geflüchtete im Ankunftszentrum Tegel und in weiteren Unterkünften erleben immer wieder strukturelle als auch alltägliche Diskriminierung. Auch an anderen Orten, wie zum Beispiel Schulen, bleiben rassistische Beleidigungen alltäglich in Reinickendorf. Das Register geht von einer hohen Dunkelziffer an Vorfällen aus, da aus Gesprächen mit pädagogischen Fachkräften und Sozialarbeitenden deutlich wurde, dass nur ein Bruchteil der Fälle gemeldet wird.

In Wittenau plant die AfD im Laufe des Jahres 2023 die Eröffnung einer Bundesgeschäftsstelle mit Büro- und Veranstaltungsräumen. Die Geschäftsstellen von Parteien dienen der Vernetzung, der Planung von Aktivitäten und der Lagerung von Propagandamaterial. Sollte sich die AfD in Reinickendorf ansiedeln, wird sie mit Veranstaltungen und bekanntem Personal physisch präsent sein.

Positiv ist die Entwicklung einer anti-rassistisch organisierten Zivilgesellschaft. In vielen anderen Berliner Bezirken gibt es seit Jahren unterschiedlich starke Bündnisse und Initiativen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus oder die extreme Rechte engagieren. Diese Netzwerke existierten in Reinickendorf kaum. Im Juni 2023 wurde das „Netzwerk Reinickendorf aktiv für Demokratie und Vielfalt gegründet“. Mit dem Netzwerk könnte das Register im Bezirk bekannter werden und dadurch mehr Vorfälle erhalten.

Den ausführlichen Jahresbericht für Marzahn-Hellersdorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder gedruckt bestellen.



„KiDs- Kinder vor Diskriminierung schützen“

Antidiskriminierungsberatung der Fachstelle KINDERWELTEN für
Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung



KiDs

Kinder vor Diskriminierung schützen!



KiDs bietet in Berlin Beratung und Begleitung in Diskriminierungsfällen an, die Kinder im Alter von 0 – 12 Jahre betreffen.

Das Angebot richtet sich an Kinder und an Erwachsene, welche die Verantwortung tragen, Kinder vor Diskriminierung zu schützen.

KiDs berät zu allen Lebensbereichen, in denen Kinder von Diskriminierung betroffen sein können, wie z.B. Kindertageseinrichtungen, Übergang Kita – Schule, Grundschule, Hort-/Ganztagsbetreuung, Freizeit- und Sportangebote, Ämter/ Behörden und Gesundheitsversorgung.

Die Beratung erfolgt im Rahmen des horizontalen Ansatzes hinsichtlich Diskriminierungserfahrungen aufgrund aller Diskriminierungsdimensionen und mehrdimensionaler Diskriminierung.

Die Beratung von KiDs ist kostenfrei und kann in verschiedenen Sprachen (Deutsch, Türkisch, Englisch, Spanisch und Arabisch) erfolgen → bei Bedarf können Gebärdensprachdolmetscher*innen oder Dolmetscher*innen für weitere Sprachen hinzugezogen werden.

Die Beratung bei KiDs entspricht den Standards einer qualifizierten Antidiskriminierungsberatung.

Für KiDs ist die Perspektive der Ratsuchenden der Ausgangspunkt für Beratungen und Interventionen (Parteilichkeit) und es stehen dabei vor allem die Inter-

essen des Kindes bzw. steht das Wohl des Kindes im Zentrum.

KiDs möchte die Perspektive des Kindes konsequent in den Beratungsprozess einbeziehen. KiDs bietet deshalb im Beratungsverlauf klärende und stärkende Gespräche für Kinder an. Dies geschieht je nach Alter und ist freiwillig. Mit dieser Vorgehensweise kann die Beratung den Verlauf und mögliche Lösungsansätze auf die Bedürfnisse der Kinder abstimmen.

Dabei ist die Stärkung des Kindes im Sinne der Selbstermächtigung, direkt im Gespräch oder indirekt durch die Stärkung der Eltern bzw. Bezugspersonen, das Ziel. Betroffene fühlen sich oft machtlos und hilflos und fühlen sich in einer passiven Rolle. Der Beratungsprozess bei KiDs zielt darauf ab, dass die Betroffenen sich wieder als aktive Akteur*innen erleben und für ihre Rechte eintreten.

In der Beratung werden die Diskriminierungserfahrungen der Kinder und ihrer Eltern/ Bezugspersonen sowie deren Ziele und Wünsche besprochen. Rechtliche Grundlagen und Handlungsmöglichkeiten können weitere Inhalte der Beratung sein. KiDs übernimmt auf Wunsch eine aktive Rolle gegenüber den beteiligten Personen/ Einrichtungen. Die Berater*innen schreiben Beschwerdebriefe, begleiten zu Gesprächen und unterstützen die Ratsuchenden bei der Klärung ihres Anliegens.

KiDs setzt sich ein für...

- das Erkennen von Diskriminierungen gegenüber Kindern
- das Aktiv-Werden gegen Diskriminierungen
- das Wissen um Wirkung und Folgen von Diskriminierungen für Kinder
- die Vermeidung von Diskriminierungen (Prävention)
- die Stärkung von Kindern als Empowerment.



Kontakt:

KiDs-Kinder vor Diskriminierung
schützen! / ISTA
Naunstr. 64
10997 Berlin

Telefonnummer Projekt: 030 80 20 69 00

Im Fall eines Beratungswunsches können Sie sich telefonisch oder per Email an uns wenden:

Beratungsnummer: 030 80 20 63 23
E-Mail: kids@kinderwelten.net
www.kids.kinderwelten.net

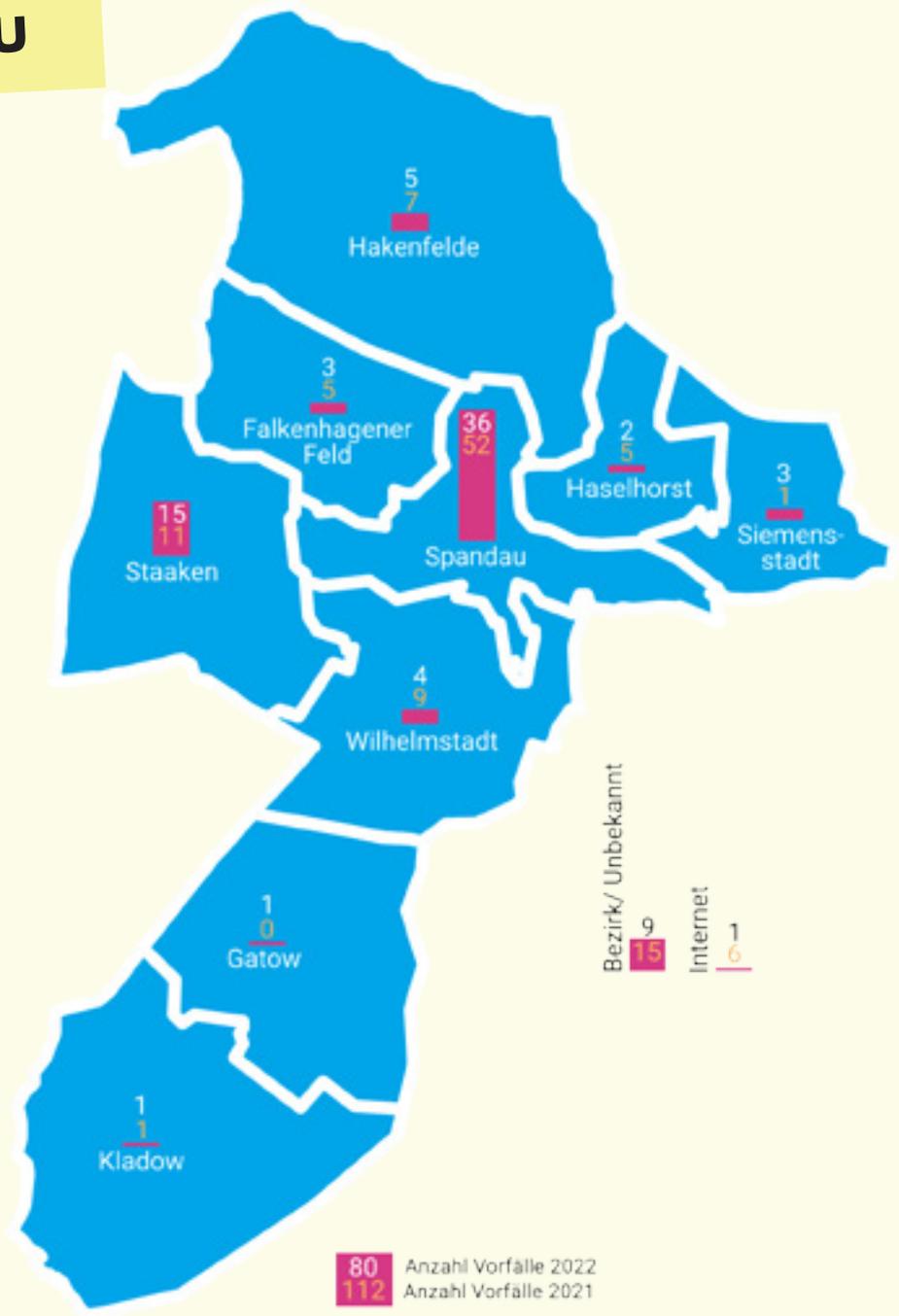




Spandau

Der Bezirk Spandau liegt am westlichen Stadtrand und hat mehr als 250.000 Einwohner*innen. Der Ortsteil, der den gleichen Namen trägt, stellt das „Zentrum“ des Bezirks dar und ist mit der U-Bahnlinie 7, der S-Bahn und der Regionalbahn an die Innenstadtbezirke Berlins angebunden. Hier ist der Sitz der Verwaltung und tagt die Bezirksverordnetenversammlung, auch viele Behörden wie das Jobcenter und Sozialamt befinden sich in diesem Ortsteil. Die größte Fußgängerzone Berlins bietet mit zwei Straßenzügen, dem Marktplatz und dem Rathausplatz viele Einkaufsmöglichkeiten sowie Begegnungs- und Veranstaltungsorte.

Neben der beschaulichen Altstadt verfügt der Bezirk über Ortsteile wie Staaken oder das Falkenhagener Feld, die vor allem von ihren Hochhausiedlungen geprägt sind sowie über solche wie Kladow, in denen Einfamilienhäuser und Grünflächen das Stadtbild dominieren. Die meisten Veränderungen gab und gibt es in den Ortsteilen Hakenfelde und Haselhorst, in denen zahlreiche Neubauprojekte zu einem Bevölkerungszuwachs führen.



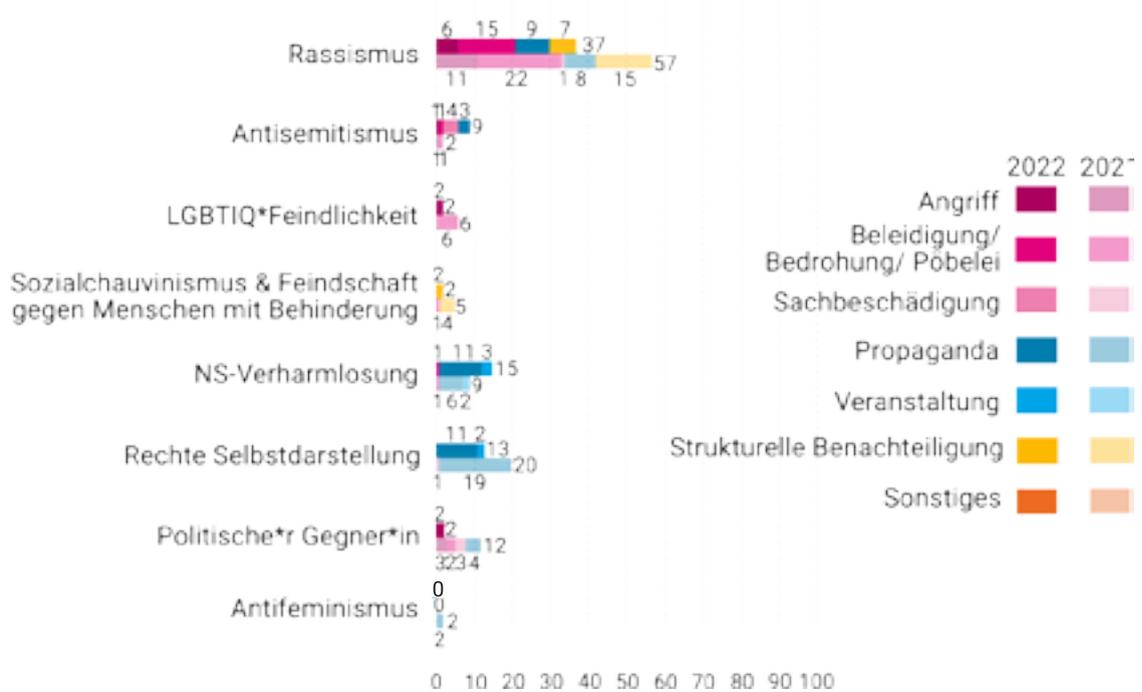
Beschädigung des Straßenschilds der Jüdenstraße

Extrem rechter Aufkleber mit Corona-Bezug



Kontakt:
Registerstelle Spandau
 GIZ gGmbH
 Reformationsplatz 2
 13597 Berlin

Tel.: 0162 - 5781723
 Mail: register.spandau@giz.berlin
 Twitter: @SpandauRegister



Propaganda weiterhin auf hohem Niveau: Anstieg bei NS-Verharmlosung

2022 gab es in Berlin nur einen Nothaushalt. Das bedeutete, dass im ersten Halbjahr 2022 weniger finanzielle Mittel und damit weniger Personal als im Vorjahr zur Verfügung standen. Trotz reduzierter Projektmittel konnten 80 Vorfälle (2021: 112) dokumentiert werden, wobei wie in den Vorjahren Propaganda der extremen Rechten (Sticker, Flyer oder Sprühereien) mit 34 Vorfällen die häufigste Vorfallsart (43 Prozent) darstellte. Inhaltlich waren rechte Selbstdarstellung und NS-Verharmlosung/Verherrlichung hier die häufigsten Motive. Während Propaganda der neonazistischen Kleinpartei „Der III. Weg“ im Vorjahr noch die Hälfte der Propaganda ausmachte, sank dieser Anteil auf 18 Prozent und verlagerte sich vom Ortsteil Spandau nach Staaken. Propaganda-Vorfälle von NS-Verherrlichung (Hitler-

groß, Hakenkreuze in Fahrstühlen und auf Hauswänden) bzw. NS-Verharmlosung (NS-Relativierung) stiegen dagegen deutlich an. Letztere entfielen auf Propaganda von Impfgegner*innen, die auf Plakaten und Stickern NS-Vergleiche herstellten. Die Vorfälle von Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gingen 2022 leicht zurück, stellten aber immer noch die zweithäufigste Vorfallsart (19 Vorfälle, 24 Prozent) dar. Da auch Anlaufstellen und andere Netzwerkpartner*innen des Registers weniger Ressourcen zur Verfügung hatten, weil die Beratungsstellen durch die Geflüchteten aus der Ukraine einen zusätzlichen Beratungsbedarf bewältigen mussten, ist für 2022 von einem größeren Dunkelfeld und keineswegs von einem Rückgang der Verbalattacken auszugehen. Solche Erlebnisse werden oft nur nebenbei erzählt, während massive Bedrohungen und Angriffe häufiger angezeigt

und direkt gemeldet werden. Strukturelle Benachteiligungen bzw. Angriffe machten 11 Prozent aller Vorfälle aus. Dies stellt einen leichten Rückgang beider Kategorien dar. Strukturelle Benachteiligungen beziehen sich auf Diskriminierungen seitens Behörden und Institutionen (Kita, Schule, Jobcenter, Sozialamt), aber auch auf Benachteiligungen bei der Wohnungssuche, betreffen also existenzielle Lebensbereiche. Von den neun Vorfällen struktureller Benachteiligung richteten sich zwei gegen Rom*nja und Sinti*zze, zwei Vorfälle waren behindertenfeindlich, die übrigen rassistisch motiviert. So wurde zum Beispiel eine Frau, die bei der Agentur für Arbeit in Siemensdamm angemeldet war, von ihrer Sachbearbeiterin rassistisch beleidigt, als sie ihren Wunsch äußerte, eine Ausbildung zu machen, sie müsse nur machen, was die Agentur für Arbeit von ihr verlangte.

Beispielvorfälle

4. April 2022

Am Montag wurde entdeckt, dass sämtliche Schilder in der Judenstraße (Altstadt Spandau) mit der Aufschrift „Judenstraße“ mit weißer Farbe übermalt und damit unkenntlich gemacht waren. Die Schilder der kreuzenden Straßen (Ritterstraße, Moritzstraße, Charlottenstraße) waren nicht betroffen. Es wird von einer gezielten Sachbeschädigung mit antisemitischer Motivation ausgegangen. Es wurde Anzeige erstattet. Die Judenstraße, deren Name

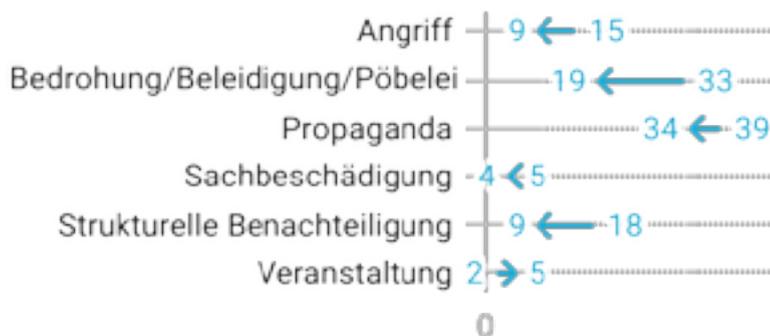
auf das 14. Jahrhundert zurückgeht, war vor 20 Jahren, im November 2002, rückbenannt worden, nachdem sie 1938 von den Nationalsozialisten in „Kinkelstraße“ umbenannt worden war. *Quelle: Gesellschaft für Interkulturelles Zusammenleben GIZ gGmbH*

21. Mai 2022

Die Gedenktafel für den Spandauer Rabbiner Arthur Löwenstamm vor seinem letzten frei gewählten Wohnsitz in der Feldstr. 11 wurde mit weißer Farbe

übermalt, die sich nicht vollständig entfernen ließ. Diese antisemitische Sachbeschädigung erinnert an den Vorfall am 4. April, bei dem die Straßenschilder der Judenstraße mit weißer Farbe übermalt wurden. Am Gebäude wurde eine Sprüherei entdeckt, die einen extrem rechten Code darstellen könnte. *Quelle: Beauftragte für Erinnerungskultur im Ev. Kirchenkreis Berlin-Spandau/ RIAS Berlin - Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*

Arten von Vorfällen in Spandau 2022



ge, weil sie keine Deutsche sei. Zweitens wurde ihr gesagt, dass sie ohnehin in ihr Heimatland zurückgeschickt werden könnte, da ihr Aufenthaltstitel in einem Jahr ablaufe. (Ungekürzt s. [s.://www.berliner-register.de/vorfall/o436b698-b2o6-4582-99f1-2d785688f2cb/](http://www.berliner-register.de/vorfall/o436b698-b2o6-4582-99f1-2d785688f2cb/))

2022 wurden neun Angriffe dokumentiert, wobei sechs rassistisch und zwei LGBTIQ*-feindlich motiviert waren. Ein Angriff erfolgte aus antisemitischer Motivation. 2021 waren die Motive entsprechend verteilt, allerdings gab es außerdem drei Angriffe, die gegen politische Gegner*innen gerichtet waren. Hierbei handelte es sich um die Bewohner*innen des alternativen Wohnprojekts Jagow 15,, die 2022 keine weiteren Vorfälle mehr melden mussten.

Rassismus häufigstes Motiv, deutlicher Anstieg von NS-Verharmlosung/Verherrlichung

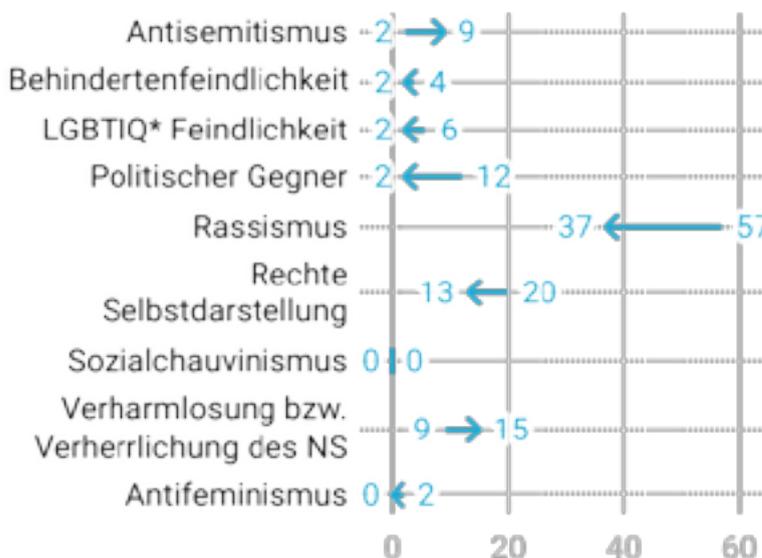
Seitdem in Spandau eine Registerstelle eingerichtet wurde (2014), war Rassismus das häufigste Motiv aller dokumentierten Vorfälle. 2022 fallen 37 Vorfälle (46 Prozent) in diese Kategorie. 18 Vorfälle betreffen Rassismus allgemein, bei 8 Vorfällen handelte es sich um Anti-Schwarzen-Rassismus, 6 Vorfälle waren antimuslimisch motiviert und 5 Vorfälle hatten Rassismus

gegen Rom*nja und Sinti*zze als Motiv. Es muss allerdings von einem größeren Dunkelfeld der antimuslimischen Vorfälle ausgegangen werden, da zwei der berlinweiten Kooperationspartner*innen, die 2021 Vorfälle gesendet hatten, 2022 keine weitergaben, was auf die allgemeine Überlastung der Beratungsstellen zurückzuführen ist.

Nicht nur bei den Propaganda-Vorfällen, sondern auch allgemein stiegen die Vor-

fällen, die NS-Verharmlosung/Verherrlichung als Motiv aufwiesen, von 9 auf 15 Vorfälle an. Als zweithäufigstes Motiv löste es rechte Selbstdarstellung ab, die mit 13 Vorfällen zurückging (2021: 20). Ein deutlicher Anstieg ist bei den antisemitisch motivierten Vorfällen zu verzeichnen, die 11 Prozent (2021: 2%) der dokumentierten Fälle ausmachten und von 2 auf 9 Vorfälle anstiegen. (2021: 2%). Hier handelte es sich um wiederholte Beschädigungen der Infostele am Mahnmal Lindenufer, das an die Synagoge in Spandau und an die deportierten und ermordeten Spandauer Jüdinnen und Juden erinnert. Außerdem wurde der Stolperstein für den Rabbiner Arthur Löwenstamm beschädigt und alle Straßenschilder der Judenstraße wurden im April 2022 mit weißer Farbe übermalt. Die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und die Spandauer Bevölkerung waren sensibilisiert, wie die Mehrfachmeldungen gerade dieser Vorfälle deutlich machte.

Motive von Vorfällen in Spandau 2022



Beispielvorfälle

23. Mai 2022

Gegen 23:30 Uhr wurde eine non-binäre, 22-jährige Person im Falkenhagener Feld von einem Unbekannten beleidigt und angegriffen. Die betroffene Person fuhr mit dem Bus der Linie M37 Richtung Waldkrankenhaus bis zur Haltestelle „Am Kiesteich“. Der Unbekannte soll ihr aus dem Bus gefolgt sein und sie beleidigt haben. In der Straße Am Bogen soll er sie geschubst, dann in den Rücken getreten und mit Kieselsteinen beworfen haben. Dabei soll das Display ihres

Smartphones beschädigt worden sein. Zeug*innen wurden aufmerksam und kamen zu Hilfe. Die betroffene Person erlitt durch den Angriff Schürfwunden.

Quelle: Pressemitteilung der Polizei vom 24.05.2022

05. Januar 2022

Mitglieder der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ führten einen „Streifgang“ durch die Hochhaussiedlung in Staaken durch und warben für eine „Bürgerwehr“. Anlass war die

Brandstiftungsserie in Hausfluren und Kellern der Siedlung.

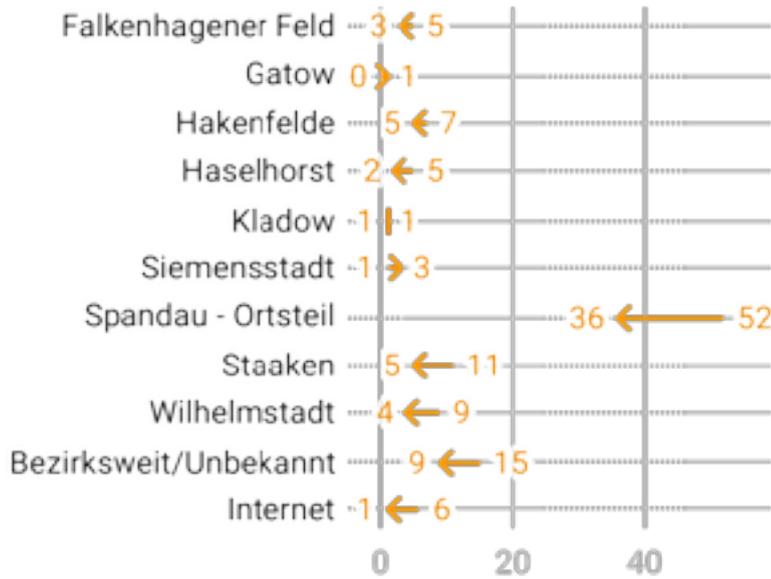
Quelle: Berlin gegen Nazis

27. März 2022

In einer Chatgruppe wurde zum wöchentlichen „Montagsspaziergang“ gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie aufgerufen. Dabei wurde ein Bezug zur Machtergreifung der Nationalsozialisten hergestellt. Die Zahl 1933 war in Fraktur geschrieben.

Quelle: Bürger*innenmeldung

Anzahl der Vorfälle 2022 nach Ortsteil



Vorfälle aus allen Ortsteilen dokumentiert

2022 gab es aus allen neun Ortsteilen Meldungen, allerdings wurden aus den meisten Ortsteilen weniger als fünf Vorfälle erfasst. Der Flächenbezirk Spandau ist stark auf den gleichnamigen Ortsteil zentriert, in dem sich Behörden, Einkaufsgelegenheiten, die Fußgängerzone, der Fern- und

S-Bahnhof sowie mit Marktplatz und Rathausplatz auch Versammlungsorte befinden. Vorfälle ereignen sich da, wo viele Menschen aufeinander treffen und Veranstaltungen oder Behördenkontakte stattfinden. Daher wurden auch 2022 die meisten Vorfälle (36; 45%) aus diesem Ortsteil dokumentiert. Staaken rückte mit 15 Vorfällen (19%) vom dritten auf den zweiten

Platz vor. Dies ist sowohl auf eine Verlagerung der Aktivitäten des „III. Wegs“ vom Ortsteil Spandau nach Staaken zurückzuführen als auch auf die rege Meldetätigkeit der dortigen Anlaufstelle. Mitglieder der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ nahmen die anhaltende Serie von Kellerbränden in der Hochhaussiedlung an der Heerstraße zum Anlass, ihre Propaganda an der Haustür zu verteilen, gegen Migrant*innen und Geflüchtete zu hetzen und für die Einrichtung einer Bürgerwehr zu werben.

11 Prozent aller Vorfälle können keinem Ortsteil zugeordnet werden. Das ist entweder der Fall, weil Vorfälle zum Schutz der Betroffenen stark anonymisiert wurden oder Kooperationspartner*innen Ortsteile in ihrer Statistik nicht erfassen und daher auch nicht übermittelt haben.

Spandauer Netzwerk für Demokratie, Toleranz und Vielfalt

Das Netzwerk wurde im Frühjahr 2022 gegründet und konnte inzwischen zahlreiche Akteur*innen und Institutionen im Bezirk als Mitglieder gewinnen. Es hat sich außerdem durch Hinweise und Vorfalldokumentationen als wichtiger Bündnispartner der Registerstelle bewährt.



Antisemitische Vorfälle 2022: Ein Überblick von RIAS Berlin



Insgesamt 848 antisemitische Vorfälle dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin im Jahr 2022. RIAS Berlin erfasste einen Vorfall extremer Gewalt, 21 Angriffe, 31 gezielte Sachbeschädigungen, 24 Bedrohungen, 751 Fälle verletzenden Verhaltens, die unter anderem 36 Versammlungen umfassen sowie 20 Massenzuschriften. 2022 wurden RIAS Berlin somit knapp 19 Prozent weniger antisemitische Vorfälle in Berlin bekannt als 2021. Das betrifft jedoch nicht alle Vorfälle gleichermaßen: Zwar wurden RIAS Berlin insgesamt weniger Vorfälle als 2021 bekannt, physische antisemitische Angriffe sowie antisemitische Bedrohungen und gezielte Sachbeschädigungen blieben jedoch auf dem gleichen Niveau wie 2021. Im Durchschnitt ereigneten sich etwas mehr als zwei antisemitische Vorfälle pro Tag in der Bundeshauptstadt. Zwei Vorfälle pro Woche richteten sich gegen Jüdinnen/Juden, Israelis oder Personen, die als solche adressiert wurden.

Am 16. November 2022 ereignete sich in Spandau ein Vorfall extremer Gewalt. Zwei Personen wurden von einer Gruppe junger Erwachsener angegriffen. Sie warfen den beiden Männern vor, „Free Israel“ gerufen zu haben. Daraufhin attackierte die Gruppe die beiden, jagte sie zunächst durch den Park und schlug sie. Erst als Passanten auf den Vorfall aufmerksam wurden, ließen die Täter von den Männern ab. Beide wurden zur Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert. Bei einem der beiden waren die Verletzungen so schwer, dass er stationär aufgenommen werden musste.

Der Vorfall erinnert an einen der beiden Fälle extremer Gewalt, der dem Projekt im Jahr 2021 bekannt geworden war: Am 25. Oktober war ein Mann in Spandau von einer Gruppe aus drei Personen so stark verletzt worden, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste, nachdem er sich geweigert hatte, auf Aufforderung der Angreifer „Free Palestine“ zu rufen.

Weitere physische antisemitische Angriffe ereigneten sich im Jahr 2022 in neun der zwölf Berliner Bezirke. Insgesamt wurden dem Projekt 21 solcher Vorfälle bekannt. Bei diesen Vorfällen handelte es sich um unvermittelte Angriffe in der S- oder U-Bahn oder das Anspucken auf der Straße. In 12 Fällen waren die betroffenen Personen jüdisch oder wurden als solche adressiert. Der antisemitische Charakter der Taten wurde dadurch deutlich, dass die Täter_innen in diesen Fällen jüdische Symbole oder das Sprechen auf Hebräisch zum



Kooperationspartner*innen

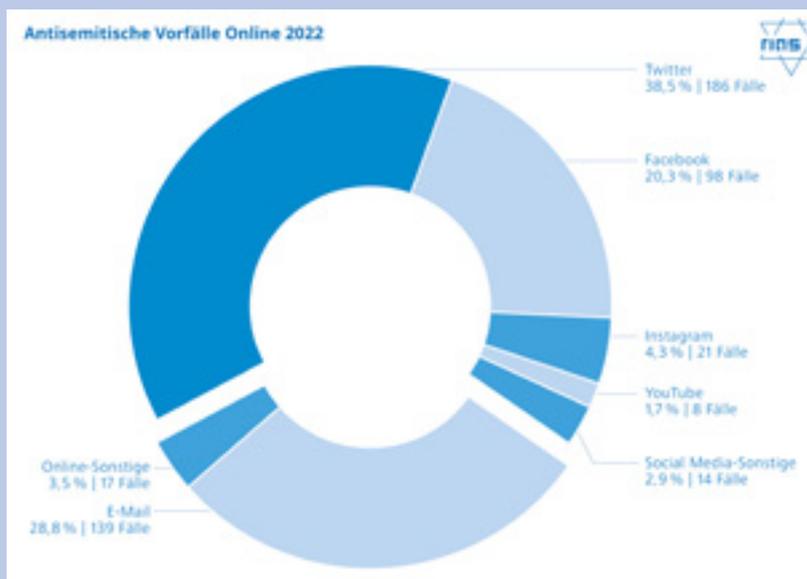
Anlass nahmen, die betroffenen Personen anzugreifen.

2022 wurden dem Projekt 76 Vorfälle bekannt, die einen Bezug zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aufwiesen; das sind knapp 9 Prozent der dokumentierten Vorfälle. RIAS Berlin registrierte in diesem Zusammenhang auch Vorfälle, in denen von Jüdinnen_Juden oder Israel ein spezifisches Verhalten als Konsequenz aus der Schoa erwartet wurde: In Online-Kommentaren und Zuschriften an jüdische oder israelische Organisationen wurde oft eine unzureichende Unterstützung der Ukraine vorgeworfen, in anderen Fällen wurde umgekehrt eine unsolidarische Haltung gegenüber Russland kritisiert. Insbesondere im März, als in den Medien kritisch kommentiert wurde, dass Israel sich nicht an den Sanktionen gegen Russland beteiligen würde, wiesen viele Vorfälle (27) einen solchen Bezug auf. Die meisten dieser antisemitischen Online-Zuschriften wurden der politischen Mitte zugeordnet.

2022 dokumentierte RIAS Berlin noch 141 antisemitische Vorfälle mit einem Bezug auf die COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. 75 Prozent dieser Vorfälle ereigneten sich jedoch in den ersten drei Monaten des Jahres, als zeitgleich noch über eine Impfpflicht debattiert wurde. Danach kam es bis zum Jahresende pro Monat im Schnitt zu weniger als 4 Vorfällen mit einem solchen Bezug. Hatte RIAS Berlin ab März 2020 die COVID-19-Pandemie als eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle erfasst, so lässt sich mit dem März 2022 aufgrund der signifikant nachlassenden Frequenz von Vorfällen mit Bezug zur COVID-19-Pandemie auch das Ende dieser zwei Jahre anhaltenden Gelegenheitsstruktur feststellen. Allerdings haben sich im Kontext der Pandemie anscheinend die Grenzen des Sagbaren verschoben und Bagatellisierungen der Schoa sowie antisemitische Selbstviktimisierungen zunehmend normalisiert.

Die meisten antisemitischen Vorfälle – 57 Prozent aller bekannt gewordenen Vorfälle – ereigneten sich 2022 online. Am häufigsten betroffen von antisemitischen Anfeindungen im Internet waren jüdische und israelische Institutionen (406 Vorfälle). Dabei handelte es sich vor allem um antisemitische Kommentare auf Social-Media-Plattformen und antisemitische E-Mails, die an jüdische und israelische Institutionen oder Personen adressiert waren. So erhielt am 6. März eine jüdische Nutzerin, die über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine tweetete, Kommentare, in denen antisemitische Verschwörungsmythen über den jüdischen Präsidenten der Ukraine verbreitet wurden, in anderen Kommentaren wurden israelische Jüdinnen_Juden mit Nazis gleichgesetzt.

Antisemitismus äußerte sich in Berlin in 48 Prozent der Vorfälle als antisemitisches Otherring. Jü-



dinnen_Juden wurden in fast jedem zweiten Vorfall als fremd oder nicht-dazugehörig markiert oder der Begriff „Jude“ wurde als Schimpfwort verwendet. Auch der Post-Schoa-Antisemitismus ist weiterhin eine prägende Ausdrucksform des Antisemitismus in Berlin. So wies, ähnlich wie in den Jahren zuvor, auch 2022 fast die Hälfte aller Vorfälle, 47 Prozent, antisemitische Bezüge auf die Schoa oder deren Bagatellisierung oder Täter-Opfer-Umkehrungen auf.

Wie auch in den Vorjahren konnte der Mehrzahl der in Berlin dokumentierten antisemitischen Vorfälle kein eindeutiger politisch-weltanschaulicher Hintergrund zugeordnet werden (53,7 %). 15 Prozent der Vorfälle, und damit die meisten derjenigen Vorfälle, in denen eine Zuordnung möglich war, wurden aus dem rechts-extremen/ rechtspopulistischen Spektrum bekannt (128 Vorfälle).



Antisemitische Vorfälle in Berlin 2022

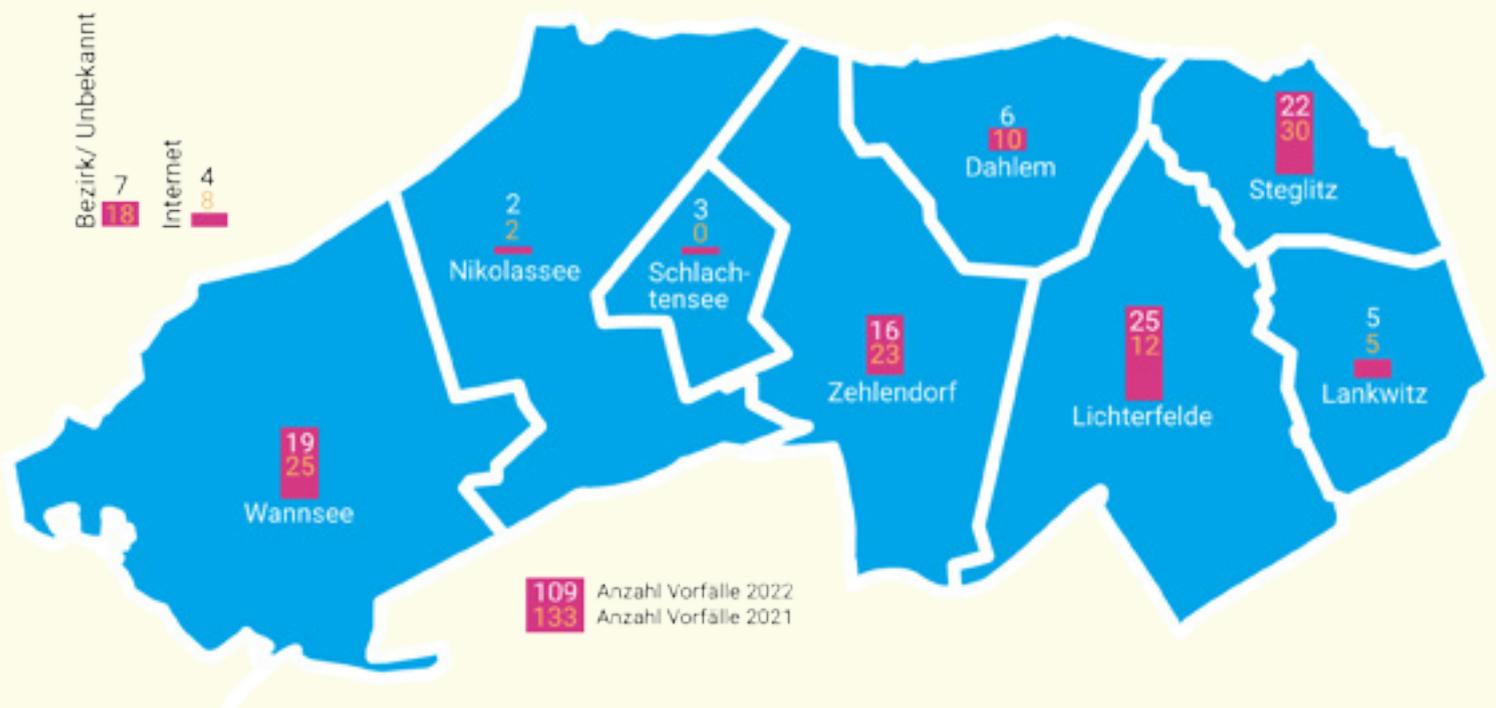
Eine Auswertung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Digital unter:
report-antisemitism.de/annuals

Steglitz-Zehlendorf

Steglitz-Zehlendorf ist ein Randbezirk, der im Südwesten von Berlin liegt. Von der Fläche ist Steglitz-Zehlendorf der drittgrößte Bezirk Berlins. Es leben dort etwa 307 000 Menschen (Stand 31.12.2021). Sowohl von der Nutzung und Landschaft her als auch von seiner Einwohner*innenstruktur ist der Bezirk sehr vielfältig. Auf der einen Seite gibt es sehr grüne und seenreiche Flächen, wie den Wannensee oder den Schlachtensee, auf der anderen Seite hat der Bezirk große Einkaufsstraßen wie die Schloßstraße. Die Bürger*innen des Bezirks wohnen in bekannten

Villenvierteln oder in Hochhaussiedlungen, in denen viele Menschen eng zusammenleben. Steglitz-Zehlendorf ist ein Wissenschaftsstandort mit einer Universität, einer Hochschule (Freie Universität und Evangelische Hochschule) und weiteren Forschungseinrichtungen wie dem Max-Planck-Institut oder dem Campus der Charité Benjamin Franklin. Auch nach der Wahl im Februar 2023 wird der Bezirk von einer Bürgermeisterin der Partei Bündnis 90/ Die Grünen geführt. Vorher regierte im Bezirk 20 Jahre lang die CDU.



Zerstörte Regenbogenfahne in Lichterfelde

Hakenkreuz am Nikolassee



Kontakt:
Register Steglitz-Zehlendorf
Mittelhof e. V.
Königstraße 42-43
14163 Berlin

Mobil: 0177 - 4731717
Mail: sz@berliner-register.de
Facebook: ReginaStegendorf
Twitter: @RegisterBSZ
Instagram: @RegisterBSZ

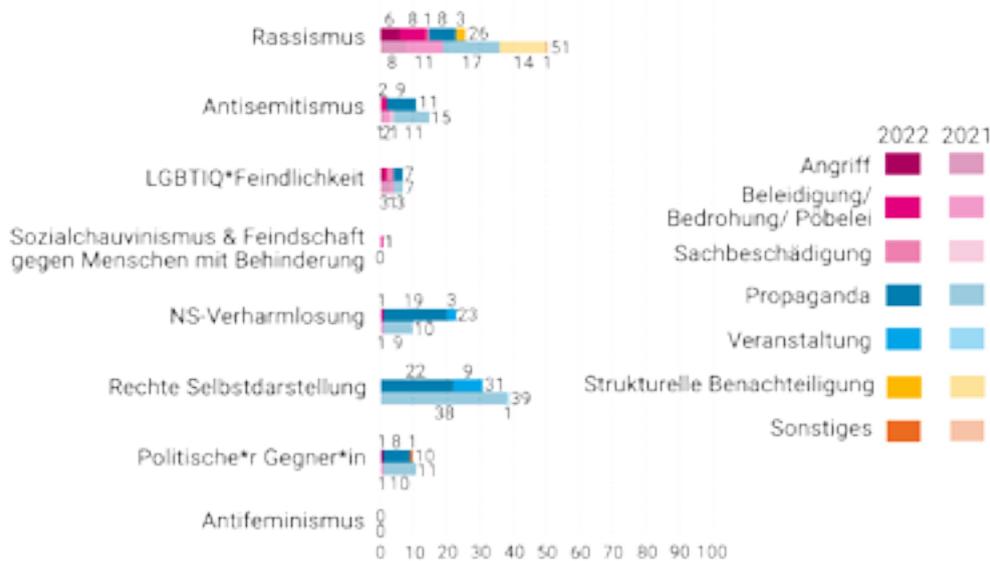
Im Jahr 2022 hat die Registerstelle Steglitz-Zehlendorf insgesamt 109 Vorfälle gemeldet bekommen oder recherchiert. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 24 weniger dokumentierte Vorfälle (2022: 109; 2021: 133). Dieser Rückgang kann mehrere Gründe haben. Um Meldungen zu bekommen, muss das Register bekannt und ansprechbar im Bezirk sein. Der Projektcharakter der Registerstelle führt zu Wechseln in Struktur und Personal. Dabei geht immer wieder Wissen über Netzwerke und Kooperationspartner*innen verloren. Dieses Wissen muss von Neuem erworben werden, Netzwerke und Kooperationen müssen regelmäßig neu- bzw. reaktiviert werden. Zudem bearbeiten die Registerstellen sensible Themen und stehen mit verletzbaren Gruppen in Kontakt, beispielsweise mit von Rassismus betroffenen Personen. Diese Art der Netzwerkarbeit braucht Zeit und das Vertrauen von Netzwerk- und Kooperationspartner*innen in die Mitarbeiter*innen der Registerstelle. Die Berliner Register haben 2022 allgemein weniger Vorfälle von Kooperationspartner*innen aus Gesamtberlin erhalten, insbesondere von Beratungsstellen, die marginalisierte und von

Diskriminierung betroffene Personen beraten. Diese Stellen haben oft nur knappe zeitliche und finanzielle Ressourcen. Diese lagen ab Februar 2022 vermehrt bei geflüchteten Menschen aus der Ukraine. Beratungsstellen, wie beispielsweise der Netzwerkpartner ADAS, dokumentieren und melden Fälle von struktureller Diskriminierung. Die fehlenden Vorfälle der Beratungsstellen könnten den Rückgang der Zahlen struktureller Diskriminierung erklären.

Akteur*innen der (extrem) rechten Szene in Lichterfelde

2022 wurden in Lichterfelde 25 Vorfälle gezählt. Dies sind 13 Vorfälle mehr als 2021 (2022: 25; 2021:12). Mit einem Anteil von 23 Prozent der Gesamtvorfälle ist Lichterfelde damit der Ortsteil mit den meisten Vorfällen in Steglitz-Zehlendorf. Ein Grund für den Anstieg dieser Zahlen sind Veranstaltungen, die seit Mitte 2022 in Lichterfelde Ost stattfinden. Dort liegen die Räume des ehemaligen AfD-Politikers Andreas Wild. Dieser wurde im April 2023 aus der Partei ausgeschlossen, war im Jahr 2022 aber noch Mitglied und hatte im Bezirk eine hohe Position. In Lichterfelde Ost befindet

sich die sogenannte Staatsreparatur, Wilds ehemaliges Abgeordnetenbüro. Mittlerweile fungiert es als Veranstaltungsort und wird über seinen Verein Freunde der Staatsreparatur e. V. betrieben. Mit dem Wegfall aller Corona-Maßnahmen, wie beispielsweise den Einschränkungen von Versammlungen, fanden in Wilds Büro ab dem Sommer 2022 regelmäßig Veranstaltungen mit Redner*innen der (extrem) rechten, neurechten, teils verschwörungsideologischen Szene statt. Das Register Steglitz-Zehlendorf erfasst nicht jede der Veranstaltungen als Einzelvorfall, sondern bündelt die stattfindenden Veranstaltungen einmal monatlich. So gehen in Lichterfelde insgesamt 7 der 9 Veranstaltungen in Steglitz Zehlendorf auf das Konto der Staatsreparatur und der Organisation durch Andreas Wild. Würde das Register die Veranstaltungen als einzelne Vorfälle aufzuführen, wären es durchaus mehr, denn im Schnitt finden ca. ein bis zwei Mal wöchentlich (extrem) rechte Veranstaltungen in der Staatsreparatur statt. Auftretende Personen und Gruppen sind u. a. das Institut für Staatspolitik (IFS), welches seit April 2023 vom Verfassungsschutz als „ge-



17. Januar 2022

Auf der Sven-Hedin Straße wurde ein antisemitischer Aufkleber mit dem sogenannten „Judenstern“ entdeckt. Dieser trug die Aufschrift „Ungeimpft“. Quelle: Register Friedrichshain Kreuzberg

4. März 2022

In Lichterfelde kam es zu einer Brandstiftung aus rassistischer Motivation durch eine Nachbarin der betroffenen Personen. Die Familie war dabei zuvor mehrfach durch ihre Nachbarin rassis-

tisch beleidigt worden. Das Auslösen des Rauchmelders in der Wohnung verhinderte ein Übergreifen des Feuers. Quelle: Polizeimeldung vom 04.03.22.; Nr. 0485 und ReachOut

10. Mai 2022

Auf einer Veranstaltung in Lichterfelde hat Jürgen Elsässer aus seinem Buch gelesen. Elsässer ist Chefredakteur des extrem rechten Magazins Compact. Er fällt auf durch rechte, antisemitische und LGBTQ-feindliche Aussagen, war

Teilnehmer und Redner rechter und verschwörungsideologischer Veranstaltungen und veranstaltet selbst diskriminierende Veranstaltungen. Quelle: Register Steglitz-Zehlendorf

22. Juni 2022

Am Fachbereich Physik der Freien Universität in Dahlem wurden mehrere Plakate einer Anti-Diskriminierungsveranstaltung mit rassistischen und transfeindlichen Stickern überklebt. Quelle: Bürger*innenmeldung

sichert rechtsextremistisch“ eingestuft wurde sowie im Mai 2022 Jürgen Elsässer, Chefredakteur des Compact Magazins, welches sich u. a. verschwörungsideologischen, antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Themen widmet. Auch dieses gilt als „gesichert rechtsextrem“. Doch auch Redner*innen, die deutschlandweit nicht so bekannt sind, treten in der Staatsreparatur auf und bekommen dort eine Bühne. So wurden u. a. Themen wie „Great Reset“ und „Transhumanismus“ behandelt. Beides sind Verschwörungsideologien, die den Austausch der Bevölkerung durch eine globale Elite beschreiben. Diese Erzählungen dienen dem Schüren von Ängsten und sind gegen demokratische Strömungen und Parteien gerichtet. Des Weiteren fanden Veranstaltungen zur Jugend- und Bildungsarbeit in rechts-konservativen Kreisen statt. Es wird interessant werden, wie Wild agiert und welche Gäste er in seine Räume holt, nachdem er 2023 von der Partei ausgeschlossen wurde.

Alltagsrassismus und rassistische Angriffe in Steglitz-Zehlendorf

Obwohl das Motiv Rassismus von 51 Vorfällen im Jahr 2021 auf 26 Vorfälle im Jahr 2022 sank, gibt es in Steglitz-Zehlendorf nach wie vor Alltagsrassismus. Diesen müssen Menschen insbesondere in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Geschäften, auf öffentlichen Straßen, mittlerweile aber auch in ihren Wohnungen fürchten. So kam es beispielsweise im März 2022 in Lichterfelde zu einem Brandanschlag auf eine Familie, der durch eine Nachbarin verübt worden war. Durch das Auslösen des Rauchmelders wurde niemand verletzt.

Die Zahl der Angriffe ging im Jahr 2022 leicht zurück (2022: 8; 2021: 12). Von den 8 gezählten Angriffen geschahen 6 aus rassistischer Motivation, 4 dieser Angriffe wurden in Lichterfelde gemeldet oder recherchiert. Das heißt, neben den oben erwähnten Veranstaltungen in Lichterfelde kam es dort auch zu anderen Arten von Vorfällen.

Alltagsdiskriminierende Vorfälle sind zum einen schwierig zu erfassen, da die Register auf die Meldungen von Betroffenen oder Zeug*innen

angewiesen sind. Zum anderen sind sie, wie der Name suggeriert, in das alltägliche Leben der betroffenen Personen eingebettet. Täter*innen sind Bürger*innen des Bezirks. Menschen erfahren Rassismus durch Nachbar*innen, Verkäufer*innen oder Mitfahrer*innen in Bus und Bahn. Damit werden diese Orte zu unsicheren Orten und Begegnungen zwischen Bürger*innen zu unsicheren Begegnungen für von Rassismus betroffene Personen. So gab es 2022 zum Beispiel 23 Vorfälle, die in öffentlichen Verkehrsmitteln oder an Haltestellen geschahen und entdeckt wurden. Das heißt, so etwas Alltägliches wie die Fahrt zur Arbeit, zur Schule oder nach Hause kann gefährlich werden. Es herrscht ein hohes Dunkelfeld an Alltagsrassismus im Bezirk. Aus Gesprächen mit Betroffenen wird immer wieder deutlich, dass sie nicht die Kapazitäten haben, um jede alltägliche diskriminierende Beleidigung oder Pöbeleie zu melden. Dies bedeutet, dass in diesem Artikel nicht alle menschenfeindlichen, rassistischen Vorfälle, die in Steglitz-Zehlendorf passierten, aufgezeigt wurden. Nur das, was gemeldet wird, können Registerstellen abbilden und analysieren. Das Dunkelfeld an Vorfällen im Bezirk ist hoch und kann nicht beziffert werden.

Kinder und Jugendliche

Im Jahr 2022 gab es 6 Vorfälle, von denen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren betroffen waren. Dabei handelte es sich nicht um Propaganda, die sich gegen Menschengruppen allgemein richtete. 4 der 6 Vorfälle waren Angriffe auf Kinder oder Jugendliche, einer gehörte zur Kategorie des Racial Profiling, bei einem anderen Vorfall wurde ein Kind in einem Supermarkt von einer erwachsenen Person rassistisch beleidigt. Diese Vorfälle fallen in der Gesamtschau nicht auf, sollen hier aber erwähnt werden, da es sich um eine außergewöhnlich verletzliche Betroffenengruppe handelt. Die Jugendlichen, die das Racial Profiling erlebten, fühlten sich dabei besonders machtlos. Sie hatten bereits in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass sie zum einen als Kinder und Jugendliche wenig Rechte haben

und nicht in der Lage sind, diese durchzusetzen. Zum anderen resignierten sie aufgrund ihrer Rassismuserfahrungen. Sie glaubten nicht, dass sie an Strukturen etwas ändern können und nahmen es hin, dass ihnen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Hautfarbe oder vermeintlichen Herkunft Rassismus widerfährt.

Doch warum sind Kinder und Jugendliche von Diskriminierung betroffen und erleben sie im Alltag, obwohl sie als schützenswerte Gruppe gelten? Dies kann unterschiedliche Gründe haben. Gerade die Verwundbarkeit von Kindern und Jugendlichen kann dazu führen, dass sie Diskriminierung, Rassismus und weitere Feindlichkeit erfahren. Sie sind zum einen aufgrund ihrer körperlichen Statur meist „leichtere Opfer“, da sie kleiner und jünger sind als Erwachsene. Gleichzeitig haben Kinder und Jugendliche aufgrund der gesellschaftlichen Struktur weniger Möglichkeiten sich zu wehren und zu partizipieren. Im gesellschaftlichen Machtgefälle stehen sie unter Erwachsenen und sind dementsprechend unterlegen. Kinder und Jugendliche sind also im Vergleich zu erwachsenen Betroffenen noch mehr auf Zivilcourage und das Eingreifen anderer angewiesen. Gleichzeitig machen diese Vorfälle rassistische, menschenfeindliche Meinungen und Vorurteile deutlich.

Abschließend lässt sich festhalten, dass der Bezirk Steglitz-Zehlendorf im Vergleich zu anderen Bezirken Berlins weniger Vorfälle aufweist. (Extrem) rechte Akteur*innen und Gruppen sind weniger aktiv als in anderen Berliner Bezirken, wie beispielsweise Treptow-Köpenick oder Marzahn-Hellersdorf. Zudem sind sie und ihre Aktivitäten im Bezirk an bestimmte Orte gebunden (z.B. Veranstaltungsräume, Parteien oder Burschenschaften). Dennoch finden sich menschenfeindliche Ressentiments auch in Steglitz-Zehlendorf, wie die oben erwähnten Phänomene zeigen. Es ist deshalb im Bezirk weiterhin nötig, dass wir als Registerstelle Steglitz-Zehlendorf uns mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur*innen vernetzen, um den Bezirk für alle dort Wohnenden sicher und lebenswert zu machen.

16. September 2022

Am S-Bahnhof Feuerbachstraße wurden zwei Personen aus LGBTIQ+-Feindlichkeit von einem Mann beleidigt und bedroht. So nannte er die Personen u. a. „Schwuchtel“ und drohte, sie „totzuschlagen“ zu wollen.

Quelle: Bürger*innenmeldung

30. September 2022

In Steglitz wurden Flyer der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ als Wurfungen verteilt. Sie hetzten

rassistisch gegen BiPOCBIPoC (Black, Indigenous, People of Color).

Quelle: Bürger*innenmeldung

5. Oktober 2022

Die Bushaltestelle „Paul-Schneider-Straße“ in Lankwitz wurde mit mehreren Hakenkreuzen beschmiert.

Quelle: Antifa TKS

16. November 2022

In einem Supermarkt an der Albrechtstraße wurde eine Familie von einer

Kundin rassistisch beleidigt und bepöbelt. Die Kundin ging die 3-jährige Tochter aggressiv an, nachdem diese ein kleines Werbeschild umgestoßen hatte. Die Mitarbeiter*innen intervenierten zuerst nicht, obwohl sie die Situation verfolgt wurden und zu Handlungen aufgefordert wurden. Auf Bitte der Betroffenen wurde der Filialleiter dazugeholt der die Situation beendete, in dem er die pöbelnde Kundin des Ladens verwies.

Quelle: Bürger*innenmeldung

Die LADG-Ombudsstelle stellt sich vor



Wer sind wir und an wen richtet sich unser Angebot?

Die LADG Ombudsstelle ist eine staatliche, aber fachlich unabhängige Antidiskriminierungs-Beratungsstelle für Berlin. Sie wurde durch das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) im Jahr 2020 geschaffen und ist Teil der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung.

Wir beraten und unterstützen Personen bei der Durchsetzung ihrer Rechte nach dem LADG.

Das LADG schützt bei Diskriminierung, die von Berliner Behörden und öffentlichen Berliner Einrichtungen ausgeht.

Das sind zum Beispiel:

- Bürgeramt, Standesamt, Ordnungsamt und andere Ämter
- Senats- und Bezirksverwaltungen
- Polizei und Feuerwehr
- städtische Kitas, Schulen und Hochschulen
- städtische Wohnungsbaugesellschaften
- die Berliner Verkehrsbetriebe und Stadtreinigung
- städtische Sportanlagen und Schwimmbäder
- städtische Museen, Theater und Bibliotheken
- städtische Krankenhäuser.

Das LADG verbietet Diskriminierung aus 13 Gründen:

- Geschlecht
- ethnische Herkunft
- rassistische Zuschreibung
- antisemitische Zuschreibung
- Sprache
- Religion

- Weltanschauung
- Behinderung
- chronische Erkrankung
- Lebensalter
- sexuelle Identität
- geschlechtliche Identität sowie
- sozialer Status

Das LADG schützt auch vor Mehrfachdiskriminierung, also vor Diskriminierung aufgrund mehrerer hier genannter Gründe. Dazu gehört auch die intersektionale Diskriminierung.

Wie sieht unsere Beratung aus?

Wir bieten eine kostenlose, unabhängige und vertrauliche rechtliche Einschätzung des Falles. Dann können Ratsuchende gemeinsam mit uns entscheiden, wie es weitergeht. Wir handeln nicht ohne ihr Einverständnis.

Wenn wir festzustellen, dass der Beschwerdefall vom LADG erfasst ist und wenn die Ratsuchenden das wünschen, dann bitten wir die Verwaltung oder Einrichtung des Landes Berlin, der die Diskriminierung vorgeworfen wird, um eine Stellungnahme. Wir können auch Akteneinsicht verlangen und andere Auskünfte, die zur Klärung des Vorfalls wichtig sind, bekommen. Alle öffentlichen Stellen Berlins sind gesetzlich verpflichtet, die Ombudsstelle zu unterstützen und alle Auskünfte zu erteilen.

Unser Auftrag und unser Ziel ist eine außergerichtliche Streitbeilegung. Dazu können wir Handlungsempfehlungen aussprechen, die wir immer mit den Ratsuchenden abstimmen. Das kann zum Beispiel eine Entschuldigung, ein klärendes Gespräch, eine Entschädigung oder eine andere Form der Wiedergutmachung sein. Wir können

auch empfehlen, diskriminierende Bescheide oder Formulare zu verändern. Wir führen selbst keine Klagen, aber wir können zu den Erfolgsaussichten einer LADG-Klage beraten und Ratsuchende an Antidiskriminierungsverbände vermitteln, die Klagen übernehmen können.

In manchen Fällen gilt das LADG nicht, sondern das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Dann verweisen wir an andere Beschwerdestellen. Das betrifft zum Beispiel: Diskriminierung im Beschäftigungsverhältnis oder Diskriminierung durch private Anbieter, zum Beispiel im Supermarkt oder durch private Vermieter*innen.

Wir stehen in engem Austausch mit anderen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Antidiskriminierungsberatungsstellen.

So erreichen Sie uns

Sie können uns zu Ihrem Fall eine E-Mail schicken: ladg-ombudsstelle@senjustva.berlin.de

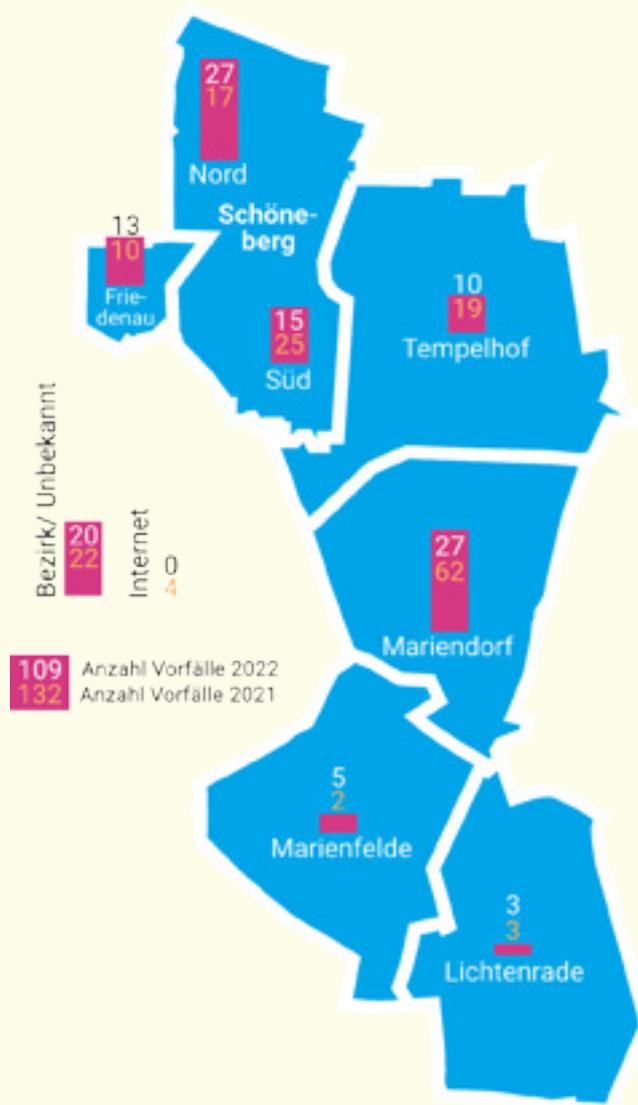
Sie können uns anrufen: (030) 9013-3456. Unsere Sprechzeiten für die telefonische Beratung sind Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 09:00 bis 12:00 und 13:00 bis 17:00 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Wenn Sie Sprachmittlung benötigen, organisieren wir kostenfreie Dolmetschung.

Tempelhof-Schöneberg

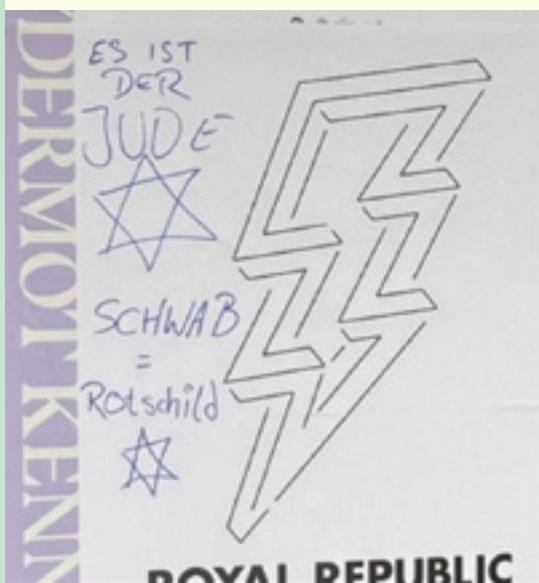
Tempelhof-Schöneberg ist ein Bezirk mit mehr als 340.000 Einwohner*innen, der drittgrößte Bezirk nach Einwohner*innenzahl. Er liegt nach Neukölln auf Platz zwei beim Anteil der besiedelten Fläche. Er besteht aus sieben Ortsteilen: Schöneberg-Nord, Schöneberg-Süd, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade. Ein Stadtteil, der sich durch seine Vielfalt und Dynamik auszeichnet, von Grünflächen wie das Tempelhofer Feld bis zu Shoppingmeilen wie dem Kurfürstendamm. Es ist ein Bezirk mit vielen wichtigen historischen und kulturellen Orten wie dem Rathaus Schöneberg, dem Platz der Luftbrücke und dem Kulturzentrum der ufa-Fabrik.

In Schöneberg um den Nollendorferplatz befindet sich das queere Zentrum Berlins, der heutige Regenbogenkiez. 1996 hisste Schöneberg als erster Bezirk die Regenbogenflagge vor dem Rathaus. Tempelhof-Schöneberg hat eine engagierte Zivilgesellschaft, die sich für das Wohlergehen und die Inklusion aller Bewohner*innen einsetzt.



Antisemitischer Schriftzüge in Mariendorf

Antifeministischer Aufkleber an Regenbogenkita



Kontakt:

Register Tempelhof-Schöneberg

NUSZ in der UFA-Fabrik e. V.
 Viktoriastraße 13
 12105 Berlin

Tel.: 0176 - 58 85 57 15
 Mail: ts@berliner-register.de
 Facebook: [TSRegisterBerlin](https://www.facebook.com/TSRegisterBerlin)
 Twitter: [@TSRegister](https://twitter.com/TSRegister)
 Instagram: [@TSRegister](https://www.instagram.com/TSRegister)

Tempelhof-Schöneberg

In Tempelhof-Schöneberg wurden im Jahr 2022 insgesamt 120 Vorfälle gemeldet (2021: 164). Dies entspricht einem Rückgang von 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Grund dafür sind die Beendigung der Corona-Maßnahmen und der damit verbundenen Vorfälle von NS-verherrlichender und rechter Propaganda, die 2021 noch das Stadtbild prägten.

Trotz großem zivilgesellschaftlichen Engagement geht das Register Tempelhof-Schöneberg von einer hohen Dunkelziffer im Bezirk aus. Die meisten Vorfälle werden dem Register per E-Mail gemeldet, aber auch Soziale Medien werden oft genutzt, um einen Vorfall zu melden. Auch nutzt das Register seine Netzwerke und bekommt über Kooperationspartner*innen wie Amaro Foro, RIAS Berlin, L-Support oder Irmela Mensah-Schramm (hass-vernichtet.de) Vorfälle.

Mit fast der Hälfte (57) aller gemeldeten Vorfälle zählte Propaganda zu der meist dokumentierten Vorfalldart, gefolgt von Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien (20), die fast 17 Prozent ausmachten.

Mariendorf und innerstädtische Ortsteile weisen mehr Vorfälle auf

Mariendorf und Schöneberg-Nord sind mit je 27 Vorfällen die Ortsteile mit den meisten gemeldeten Vorfällen. Ein starker Rückgang ist in Mariendorf zu verzeichnen, von 62 (2021) auf 27 (2022) Vorfälle. Grund dafür ist unter anderem der Rückgang von NS-verherrlichender Propaganda in Bezug auf die Corona-Pandemie. Von den 27 Vorfällen insgesamt waren 19 Vorfälle Propaganda.

Unter den Propagandafällen waren überwiegend Hakenkreuz-Schmierereien oder auch antisemitische Schmierereien. Die Aufschrift 'Nazi Kiez' wurde ebenfalls

häufig entdeckt, oft an U-Bahnhöfen und Bushaltestellen. Eine Häufung dieser Fälle ist in Mariendorf zu beobachten. Meist sind Bushaltestellen wie Heidefriedhof und U-Bahnhöfe wie Alt-Mariendorf und Westphalweg betroffen. Viele der NS-verharmlosenden Schmierereien wurden auch am Mariendorfer Damm entdeckt.

In Schöneberg-Nord stiegen die gemeldeten Vorfälle von 17 (2021) auf 27 (2022) an, insbesondere LGBTIQ*-feindliche Vorfälle. Betroffene meldeten sich häufiger als im Vorjahr direkt bei der Registerstelle. Außerdem besteht eine gute Zusammenarbeit mit Akteur*innen und Kooperationspartner*innen vor Ort. Die Zusammensetzung und Anzahl der Vorfälle ist Schöneberg-Nord und Mariendorf ähnlich, mit Propaganda als häufigster Vorfalldart.

An nächster Stelle sind Schöneberg-Süd und Friedenau mit 15 und 13 Vorfällen. Auch hier gehörte Propaganda zur häufigsten Vorfalldart und prägte mit Rassismus (Schöneberg-Süd) und rechter Selbstdarstellung (Friedenau) die Tatmotive. Dabei handelte es sich um Schmierereien, rassistische Aufkleber und auch Flyer der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ in Briefkästen. Auch wurden Sticker mit den Slogans „Antifaschismus ist keine Meinung. Sondern ein Verbrechen“ und „Linker Lump, zur praktischen Arbeit“ entdeckt.

LGBTIQ*-feindliche Vorfälle leicht gestiegen

Trotz wenigen Vorfällen im Bezirk, richteten sich 15 von ihnen gegen die LGBTIQ*-Community (2021: 10). So wurde zum Beispiel im Mai auf dem Tempelhofer Feld ein schwules Pärchen, das auf einer Decke lag, von drei Männern homofeindlich beleidigt.

20 der Vorfälle, die ohne genaue Ortsangabe veröffentlicht wurden, wurden räumlich zu bezirksweit/ unbekannt zugeordnet. Sie bezogen sich auf Situationen, die zur Sicherheit der betroffenen Personen anonymisiert wurden, z.B., wenn Menschen aus der Sint*izze- und Rom*nja-Community mit verschiedenen Formen struktureller Benachteiligung konfrontiert wurden.

Feindschaft gegen Menschen mit Beeinträchtigungen und Obdachlose wird zu wenig erfasst

Auch im Jahr 2022 ist die Frage des Dunkelfeldes von Bedeutung. Das Register Tempelhof-Schöneberg geht davon aus, dass es im Bezirk eine Reihe von Fällen gibt, die nicht gemeldet werden. Dies betrifft vor allem Übergriffe auf Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne festen Wohnsitz. Im Laufe des Jahres 2022 wurde nur ein behindertenfeindlicher und kein einziger obdachlosenfeindlicher Vorfall dokumentiert. Aus Interviews geht hervor, dass Betroffene ausgrenzende Erfahrungen machen. Diese werden im Alltag aber nicht an die Registerstelle gemeldet. Für einige ist der Nutzen von zivilgesellschaftlichem Monitoring unklar, andere wissen nicht, dass es die Möglichkeit gibt, Vorfälle nur zu melden und nicht zur Anzeige zu bringen. Das Register versucht, durch Netzwerkarbeit das Dunkelfeld in diesen Bereichen zu erhellen.

Rassismus ist stärkstes Vorfalldmotiv

Rassismus war mit 42 Vorfällen das häufigste Vorfalldmotiv und macht somit 35 Prozent aller Vorfälle im Bezirk aus. Darunter waren 12 Vorfälle von struktureller Benachteiligung, davon 10 antiziganistisch motiviert. Rassismus und Diskriminierung in Behörden ist für bestimmte Menschen Alltag. Für die Betroffenen von Antiziga-

Beispielvorfälle

18. Mai 2022

Eine Zeugin beobachtete auf dem Tempelhofer Feld, wie drei Männer ein schwules Paar das auf einer Decke lag, homofeindlich beleidigten. Die Zeugin mischte sich ein, wurde ebenfalls beleidigt und meldete den Fall bei der Aufsicht. Quelle: Registerstelle Tempelhof-Schöneberg

3. Juni 2022

Eine Schmiererei mit dem Schriftzug: „Kill AFA“ [AFA = Antifaschistische Aktion] wurde in Friedenau an der Hedwigstraße Ecke Wielandstraße entdeckt.

Quelle: Register Steglitz-Zehlendorf

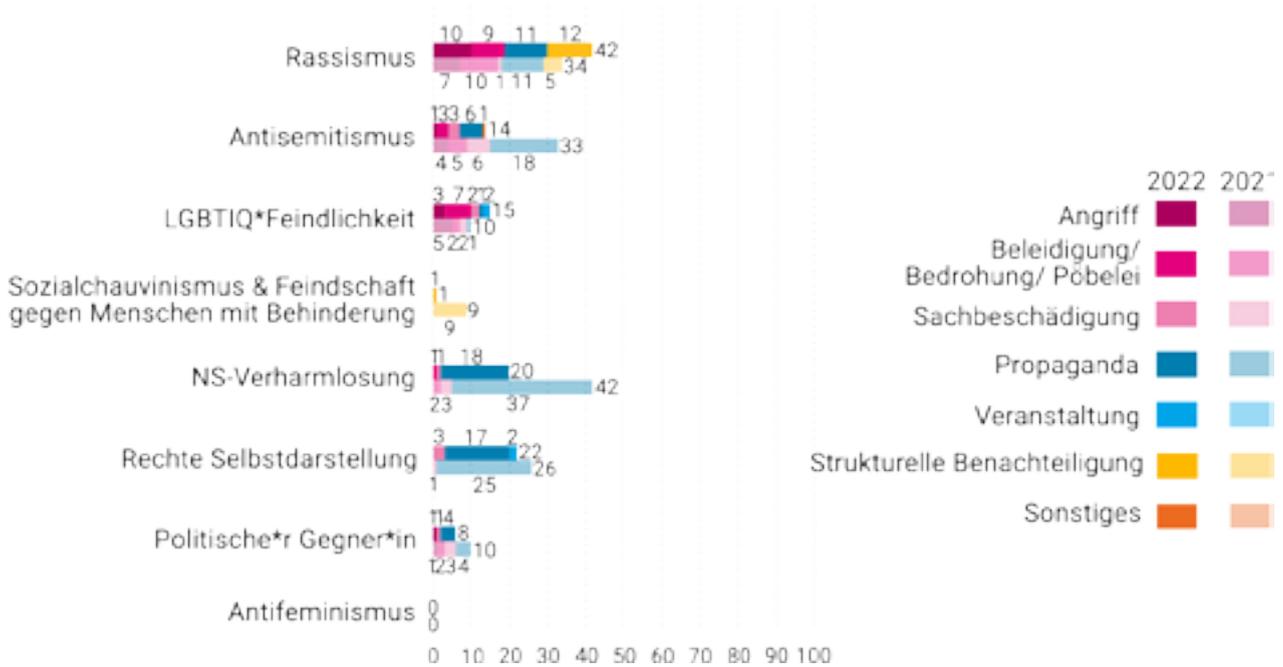
7. Juni 2022

In einem Supermarkt in der Nähe des U-Bahnhofs Westphalweg wurde eine Person, die mit ihrem Einkauf aus dem Supermarkt kamen, un-

terstellt, sie hätten die gekauften Waren gestohlen. Der Mann, der sie beleidigte, stellte die rassistische These auf, die Preise im Supermarkt seien deshalb so hoch, weil Ausländer so viel stehlen würden. Quelle: Meldeformular Berliner Register

12. Juni 2022

In der Buslinie M29, an der Haltestelle Wittenbergplatz, wurde eine Person von einem BVG-Kontrolleur mit dem Wort „Schwuchtel“ LGBTIQ*-



nismus setzt sich die Beratungsstelle von Amaro Foro e. V. ein.

Im Themenfeld Rassismus ist Propaganda mit 11 Vorfällen die zweitstärkste Kategorie. Diese erschien in Form von Aufklebern, mit Parolen wie "Rückflug günstiger als Integration" an der Kurfürstenstraße oder dem Schriftzug "The White Race" am Nollendorfplatz.

Von insgesamt 15 Gewalttaten im Bezirk waren 10 rassistisch motiviert. Beispielsweise bezichtigte im Oktober ein Sicherheitsdienstmitarbeiter in einem Geschäft in der Kaiser-Wilhelm-Passage einen Schwarzen Mann des Diebstahls. Er zertrte ihn über den Boden und stieß ihn mehrfach.

Zusätzlich wurden 9 rassistische Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien dokumentiert. Sie ereigneten sich auf Bahnhöfen, in öffentlichen Verkehrsmitteln,

in einem Supermarkt und einem Fitness-Studio.

Verschwörungsideologische Aktivitäten im Bezirk

Auch in Tempelhof-Schöneberg fanden mehrere verschwörungsideologische Veranstaltungen statt, die von der Querdenker-Partei „Die Basis“ oder Reichsbürger*innen organisiert wurden. Da die Botschaften dieser Veranstaltungen nicht klar als antisemitisch, rassistisch oder extrem rechts erkennbar waren, konnten sie nicht in die Dokumentation des Registers aufgenommen werden. Das Potenzial an Personen und deren Aktivitäten muss weiterhin beobachtet werden. Die extrem rechte Kleinstpartei „Der III. Weg“ war sporadisch im Bezirk unterwegs und verteilte nur im Januar Flugblätter in Wohnhäusern. Tempelhof-Schöneberg ist

der Bezirk, in dem die wenigsten Aktivitäten extrem rechter Parteien stattfanden.

Die Arbeit des Registers ist nur möglich durch Unterstützung von Organisationen und Akteur*innen des Bezirks. Sie unterstützen bei der Zusammenstellung der Vorfälle, sie helfen bei der Interpretation der gesammelten Daten und sind aktiv dabei, wenn es darum geht, für das Register zu werben.

Beispielvorfälle

feindlich beleidigt.
Quelle: Berliner Register

12. Juli 2022

An der Tür der Beauftragten für Partizipation und Integration im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg wurde ein Plakat mit einem Hakenkreuz beschmiert. Das Hakenkreuz wurde mit einem Gleichheitszeichen hinter das Wort Islam gemalt (Islam = Hakenkreuz).
Quelle: Bezirksamt Tempelhof-Schöne-

berg von Berlin Büro der Integrationsbeauftragten

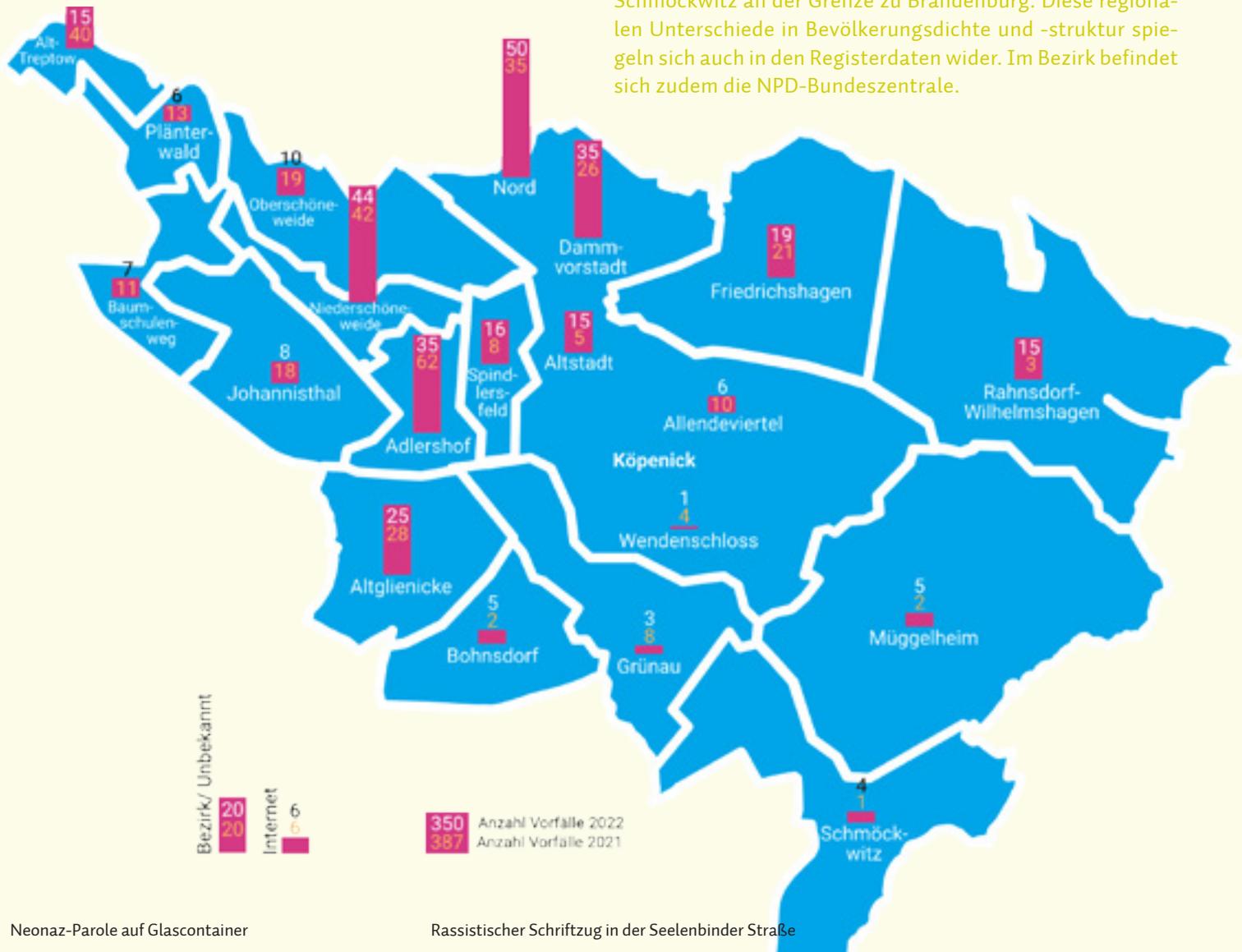
17. Oktober 2022

Ein Frau wurde an der Bushaltestelle der Linie M46 am U-Bahnhof Alt-Tempelhof rassistisch beschimpft. Ein ca. 30-jähriger Mann sagte zu ihr: „Geh in dein Scheißland zurück“.
Quelle: Meldeformular Berliner Register



Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick ist der flächengrößte Bezirk Berlins und einer der grünsten. In seinen 15 Bezirksregionen wohnen fast 280.000 Menschen. Dabei unterscheiden sich diese Regionen stark - vom fast innenstädtischen Alt-Treptow bis nach Schmöckwitz an der Grenze zu Brandenburg. Diese regionalen Unterschiede in Bevölkerungsdichte und -struktur spiegeln sich auch in den Registerdaten wider. Im Bezirk befindet sich zudem die NPD-Bundeszentrale.



Neonaz-Parole auf Glascontainer

Rassistischer Schriftzug in der Seelenbinder Straße



Kontakt:

Register Treptow-Köpenick

offensiv'91 e. V.
Hasselwerder Str. 38-40
12439 Berlin

Tel.: 030 - 65 48 72 93

Mail: tk@berliner-register.de

Facebook: Register Treptow-Köpenick

Twitter: @TKRegister

Im Jahr 2022 wurden 350 Vorfälle im Bezirk Treptow-Köpenick dokumentiert (2021: 387). Das entspricht einem Rückgang um ca. 10 Prozent. Im Vorjahr, dem Superwahljahr 2021, wurden verschiedene Vorfälle dokumentiert, die im Zusammenhang mit dem Wahlkampf standen. Wahlkämpfe führen in der Regel zu einem Anstieg an Vorfällen. Dementsprechend sind im Jahr 2022 insbesondere die Veranstaltungen (- 16) und die Propaganda (- 10) zurückgegangen, aber auch die Beleidigungen/ Bedrohungen/ Pöbeleien (- 8). Lediglich die Angriffe sind wieder leicht angestiegen (+ 4).

Anstieg rassistischer Angriffe

Nachdem im Jahr 2021 erstmals der Abgleich der Angriffe mit der Berliner Polizei aufgrund von Datenschutzbedenken nicht stattfand, wurden mit 13 Angriffen deutlich weniger Gewalttaten als in den Vorjahren erfasst. Trotz weiterhin fehlender Daten der Polizei stieg die Zahl der Angriffe 2022 auf 17 leicht an. Dabei haben sich die rassistischen Angriffe im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 12 verdoppelt, was jedoch immer noch hinter den Zahlen der Vorjahre liegt (2020: 19; 2019: 25). Auch im Bereich der Beleidigungen/ Bedrohungen/ Pöbeleien sind die rassistischen Vorfälle weiter gestiegen (+ 4), obwohl die Vorfälle insgesamt zurückgegangen ist (- 8). Dabei waren NS-verharmlosende/ -verherrlichende und solche gegen politische Gegner*innen am stärksten rückläufig. Insbesondere im Wahlkampf 2021 gab es vermehrt Anfeindungen gegen Wahlkampfhelfer*innen, was den Rückgang im Bereich der politischen Gegner*innen für 2022 erklärt. Die meisten Angriffe (4) und Beleidigungen/ Bedrohungen/ Pöbeleien (7) wurden unter „Bezirkswert“ erfasst, da sie meist an besonders geschützten Orten, wie Schulen, oder am Wohnort der Betroffenen stattfanden. So wurde im Februar und im März aus rassistischer Motivation mehrfach auf eine Wohnung geschossen, in der sich

Menschen befanden. In diesen Fällen wird zum Schutz der Betroffenen der Ortsteil oder das Datum weggelassen und dadurch der Vorfall anonymisiert. In den Ortsteilen Niederschöneweide (Angriffe: 1, Beleidigungen/ Bedrohungen/ Pöbeleien: 7), Alt-Treptow (Angriffe: 2, Beleidigungen/ Bedrohungen/ Pöbeleien: 4) und Altglienicke (Angriffe: 2, Beleidigungen/ Bedrohungen/ Pöbeleien: 4) wurden die meisten Übergriffe dokumentiert. In Alt-Treptow setzten sich die Angriffe aus verschiedenen Gelegenheitstaten im Alltag zusammen. So wurde beispielsweise ein Mann in der Nacht auf einem Bahnsteig am Treptower Park rassistisch beleidigt, mit einem Messer bedroht und mit Pfefferspray attackiert. In Altglienicke sind es im Gegensatz dazu Anwohner*innen und in Niederschöneweide Sympathisant*innen der extremen Rechten, die dort leben.

Dunkelziffer steigt – weniger Diskriminierungsfälle erfasst

Bei den weiteren Vorfällen sind vor allem die Veranstaltungen rückläufig (2022: 8; 2021: 24). Dies lässt sich auf die ausgebliebenen Wahlkampfstände der NPD und die im Jahr 2022 ausgelaufene Genehmigung für Infostände der extrem rechten Partei „Der III. Weg“ zurückführen. Einen leichten Rückgang gab es bei den strukturellen Benachteiligungen (- 6), gemeint sind Diskriminierungsfälle durch Ämter und Institutionen. Der Rückgang ist auf die Überlastung von Kooperationspartner*innen der Registerstellen zurückzuführen. Sie waren aufgrund des massiv gestiegenen Beratungsbedarfs von Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtet sind, überlastet. Dabei rückte die Dokumentation von Vorfällen in den Hintergrund. Die Weiterleitung von Vorfällen stellt an dieser Stelle einen zusätzlichen Aufwand dar, der nicht geleistet werden konnte. Von einer hohen Dunkelziffer in diesem Bereich ist auszugehen. Auch die Propaganda hat leicht abge-

nommen, von 261 auf 251 Vorfälle. Jedoch gab es eine Veränderung in den Inhalten: So haben NS-Verherrlichung/ -Verharmlosung wieder zugenommen und auch die (extrem) rechte Selbstdarstellung. Dies ist bemerkenswert, da nach einem Wahljahr mit einem Rückgang dieses Motivs zu rechnen war. Dieser erwartete Rückgang wurde durch die weiter zunehmenden Aktivitäten der Partei „Der III. Weg“ ausgeglichen. Die Sachbeschädigungen sind auf einem hohen Niveau geblieben, jedoch haben sich hier die Inhalte stark verschoben. 2022 nahmen die LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle stark zu (+ 6).

Inhaltliche Zuordnung: LGBTIQ*-Feindlichkeit am stärksten gestiegen

Den stärksten Zuwachs bei den Motiven gab es im Bereich der LGBTIQ*-Feindlichkeit. Diese Vorfälle stiegen um fast 70 % im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Trend lässt sich nun im zweiten Jahr in Folge beobachten. Im Jahr 2022 nahmen besonders die Sachbeschädigungen und die Propaganda zu. Das ist ein neues Phänomen in diesem Motivbereich, der sonst stark von Übergriffen geprägt war. Die Propaganda schließt dabei an gesellschaftliche Diskurse an und nimmt queere Menschen zunehmend als politische Gegner*innen in den Fokus. Auf Aufklebern, die sich für Gewalt gegen antifaschistisches Engagement aussprechen, werden zusätzlich Symbole queeren Lebens abgelehnt. Weiterhin gab es eine Serie von insgesamt sieben Sachbeschädigungen an Regenbogenbannern an evangelischen Kirchen in den Ortsteilen Müggelheim, der Altstadt Köpenick und Adlershof. Dabei wurden die Banner verbrannt, zerschnitten oder komplett entwendet. Zudem kam es auch im Bereich der NS-Verharmlosung zu einem erneuten Anstieg von 78 auf 97 Vorfälle, womit sich die Vorfälle wieder dem Niveau von 2020 (103) annähert. Es handelte sich dabei größtenteils um Vorfälle mit Hakenkreuzen. In allen anderen Motivbereichen gab es ei-

19. Februar 2022

Ca. eine Stunde nachdem das Gedenken an die Opfer des rechtsterroristischen und rassistischen Anschlags in Hanau auf dem Marktplatz Adlershof beendet wurde, ging ein Mann an den Schildern und Blumen vorbei und kommentierte diese mit „Alles K**“. Ein anderer Mann sprach ihn darauf kritisch an. Als Reaktion rief der Mann im Gehen mindestens dreimal „Heil Hitler“ über den Platz.
Quelle: Zentrum für Demokratie

14. April 2022

Das Friedensbanner in Regenbogenfarben der evangelischen Kirche in Müggelheim wurde gestohlen. Das Banner hing auf einer Höhe von ca. 3,5 m an der Kirchenwand. Der Vorfall reiht sich in eine Serie von Sachbeschädigungen an evangelischen Kirchen im Bezirk ein.
Quelle: Zentrum für Demokratie

12. Mai 2022

Auf dem Michael-Brückner-Platz wur-

de aus einer Gruppe heraus mehrfach „Heil Hitler“ gerufen, der Hitlergruß gezeigt und „Ey Jude“ gerufen. Als eine Person dem widersprach, kam es im Verlauf der Diskussion zu erneuten „Heil Hitler“-Rufen.

Quelle: Zentrum für Demokratie

3. Juli 2022

Am Nachmittag wurde eine trans Frau auf dem Wuhleweg von einem Mann beleidigt und mehrfach ins Gesicht geschlagen. Außerdem versuchte der

Treptow-Köpenick

nen Rückgang, der dem Gesamtrückgang entspricht.

Verteilung nach Ortsteilen: Köpenick Nord ist Propaganda-Schwerpunkt

Erstmals ist Köpenick Nord der Ortsteil mit den meisten Vorfällen (50). Besonders ist jedoch, dass es sich ausschließlich um Propaganda handelt. Dies ist zusätzlich bemerkenswert, da der Ortsteil ein reines Wohngebiet ist und es sich damit um keinen normalerweise üblichen Ort für derartige Vorfälle handelt. Da in Köpenick Nord die größte Menge an Vorfällen im Zusammenhang mit der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ dokumentiert wurde (24), ist davon auszugehen, dass Aktivist*innen der Partei dort regelmäßig unterwegs sind, vermutlich auch wohnen. Ein weiterer Ortsteil mit einer starken Zunahme an Vorfällen ist Wilhelmshagen/ Rahnsdorf (2021: 3; 2022: 15). Hier sind es insbesondere Propaganda-Vorfälle, aber auch eine NS-verherrlichende Pöbelelei. Über das ganze Jahr verteilt wurden

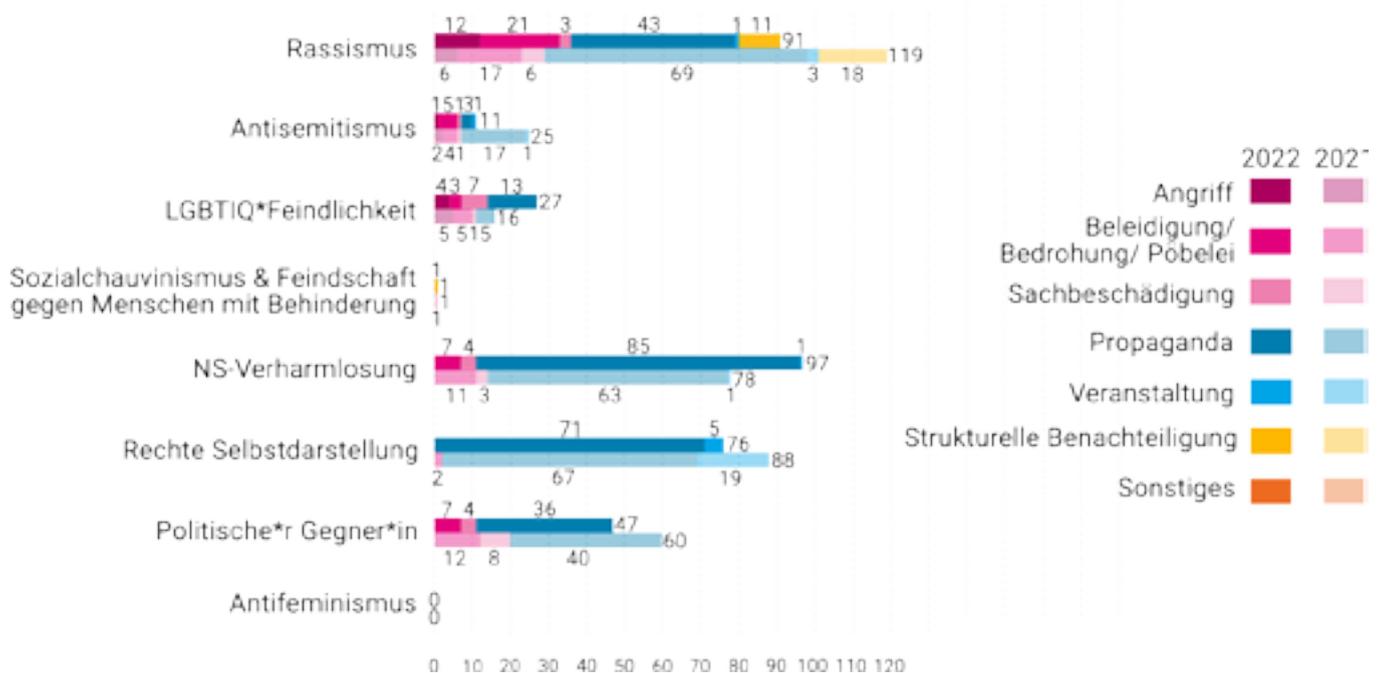
an beiden Bahnhöfen und Bushaltestellen extrem rechte Propaganda unterschiedlicher Gruppierungen verklebt. Nach Köpenick Nord folgt Niederschöneweide mit insgesamt 44 Vorfällen. Hier wurden auch ein LGBTIQ*-feindlicher Angriff und sieben Beleidigungen/ Bedrohungen/ Pöbeleien dokumentiert sowie fünf Sachbeschädigungen. In diesem Ortsteil werden damit nach wie vor die meisten Übergriffe dokumentiert. Niederschöneweide war lange Zeit Wohn- und Aktionsort verschiedener Akteur*innen der extremen Rechten.

Entwicklung der extrem rechten Parteien

Die Vorfälle, die von extrem rechten Parteien verursacht wurden, sanken 2022. Dabei wurden noch nie so wenige Vorfälle, die der NPD zuzuordnen sind, dokumentiert wie in diesem Jahr. Diese Entwicklung hatte sich bereits in den Vorjahren in den anderen Bezirken abgezeichnet und nun verliert die NPD auch in Treptow-Köpenick, wo sich weiterhin die Parteizentrale befindet, immer

stärker an Bedeutung. Dagegen nehmen die Aktivitäten der Partei „Der III. Weg“ im Bezirk weiter zu. „Der III. Weg“ ist zwar eine Partei, aber tritt nicht zu Wahlen in Berlin an. Es handelt sich in Berlin um einen aktionsorientierten Personenzusammenhang von Neonazis. Sie führten im Bezirk einen Infostand durch und verteilten siebenmal großflächig Flugblätter in Wohngebieten. Die Aktivitäten der Partei haben sich im Jahr 2022 nach Köpenick Nord (24 Vorfälle) und in die Köpenicker Dammvorstadt (15 Vorfälle) verschoben. Beide Ortsteile grenzen an Marzahn-Hellersdorf, wo die Partei ihren Aktionsschwerpunkt hat.

Die Auswertung des Jahres 2022 offenbarte wenig Veränderungen im Bezirk. Die rassistischen Vorfälle sind rückläufig, dabei allerdings nur die Propaganda. Dafür wuchsen LGBTIQ*-feindliche Vorfälle an und klassische Motive der extremen Rechten, wie die NS-Verharmlosung und die Selbstdarstellung, nahmen zu.



Mann, der Betroffenen die Handtasche zu entreißen. Die Frau machte durch Schreie auf sich aufmerksam, wodurch ihr eine andere Frau zur Hilfe kam und der Täter flüchtete.

Quelle: Pressemitteilung der Polizei vom 04.07.2022

2. Oktober 2022

In der Ghsener Str. und Hoernlestr. wurden Flyer der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ in Briefkästen verteilt. Auf den Flyern wurde

eine Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen enteignen“ gefordert und in rassistischer Weise gegen PoC's [People of Color] gehetzt. Gleichzeitig wurde der Infokasten eines Jugendclubs in der Hoernlestr. mit Aufklebern des „III. Wegs“ beklebt. Dabei wurden gezielt Plakate überklebt, zum einen ein Aufruf zum Klimastreik, zum anderen ein Plakat der „Aktion Noteingang“. Zudem wurden in der Hoernlestr. weitere ca. 10 Aufkleber des „III. Wegs“ sowie

ein LGBTIQ*-feindlicher Aufkleber eines neonazistischen Versandhandels entdeckt und entfernt.

Quelle: Zentrum für Demokratie

Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin

ADAS

Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen
adas-berlin.de

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)

Das ADNB ist eine unabhängige Beratungsstelle für Menschen, die rassistische Diskriminierungserfahrungen machen.
www.adnb.de

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, chronische Erkrankung

Diese Beratungsstelle ist eine Anlaufstelle für Menschen, die aufgrund ihres Lebensalters, ihrer Behinderung oder chronischen Krankheit diskriminiert werden.
www.diskriminierung-berlin.de

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (Apabiz)

Das apabiz ist ein Archiv und bietet Veranstaltungen und Workshops rund um die Themen der extremen Rechten an. Mehr Informationen unter www.apabiz.de

Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA)

AmaroForo dokumentiert antiziganistisch motivierte Vorfälle in Berlin. Mehr Informationen zum Dokumentationsprojekt gibt es hier: www.amaroforo.de/projekte/dosta.

Dokumentation und Beratung bei Anti-Schwarzem Rassismus

EOTO und die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland dokumentieren Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus. EOTO bietet eine Antidiskriminierungsberatung an.
www.eoto-archiv.de/antidiskriminierungsberatung

Gewaltschutzambulanz der Charité

(keine Beratungsstelle, sondern Untersuchung und Erstellen von Attesten)
gewaltschutzambulanz.charite.de

GLADT

Beratung von und für Schwarze und of Color Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queere Menschen in Berlin
<https://gladt.de/>

Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)

Die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt dokumentiert rassistische Polizeiübergriffe und Racial Profiling in Berlin.
www.kop-berlin.de

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KUB)

Die Kontakt- und Beratungsstelle unterstützt Geflüchtete und Migrant*innen aus aller Welt. Sie beraten bei Fragen zum

Asylrecht, zum Aufenthaltsrecht und in psychischen und sozialen Fragen. www.kub-berlin.org

L-Support

L-Support berät und dokumentiert homophobe Gewalt gegen Frauen und weiblich gelesene Menschen.
www.l-support.net/melde-deinen-fall

LesMigraS

LesMigraS bietet Beratung und Vernetzung für queere Frauen, trans und nichtbinäre Menschen, intergeschlechtliche Menschen. Sie bieten gezielte Beratungen an für People of Colour, Schwarze und Indigene Menschen und queere geflüchtete Menschen an.
www.lesmigras.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Die MBR bietet allen Menschen Beratung und Unterstützung an, die sich in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen.
www.mbr-berlin.de

Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung

www.mbt-berlin.de/mbt

Reachout - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

ReachOut berät Betroffene, Angehörige und Zeug*innen rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.
www.reachoutberlin.de

Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)

RIAS dokumentiert antisemitische Vorfälle in Berlin, die über die Seite www.report-antisemitism.de gemeldet werden können.

REDAR - Recherche und Dokumentationsprojekt Antimuslimischer Rassismus

REDAR dokumentiert Diskriminierungen gegen Muslim*innen oder als solche gelesene Personen. Sie machen antimuslimischen Rassismus sichtbar. Sie gehören zum unabhängigen Verein Transaidency. www.redar.berlin

StandUp

Antidiskriminierungsberatung der Schwulenberatung Berlin
schwulenberatungberlin.de/wir-helfen/antidiskriminierung

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)

Auf der Internetseite sind Ratgeber für Betroffene und deren Angehörige in unterschiedlichen Sprachen als PDF zu finden.
www.verband-brg.de/material/#publikationen

www.berliner-register.de

